



Unterrichtung 19/350

der Landesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beamten- und laufbahnrechtlicher Regelungen

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag unter Hinweis auf Artikel 28 Absatz 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit § 1 Parlamentsinformationsgesetz (PIG).

Federführend ist der Ministerpräsident.

Zuständiger Ausschuss: Innen- und Rechtsausschuss

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Klaus Schlie, MdL
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

7. Oktober 2021

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

den beiliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beamten- und laufbahnrechtlicher Regelungen übersende ich unter Hinweis auf Artikel 28 Absatz 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Parlamentsinformationsgesetz mit der Bitte um Kenntnisnahme. Der Gesetzentwurf ist gleichzeitig den zu beteiligenden Verbänden zur Anhörung zugeleitet worden.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Schrödter

Anlagen: 2



Gesetzentwurf

der Landesregierung - Ministerpräsident

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beamten- und laufbahnrechtlicher Regelungen

Gesetzentwurf der Landesregierung

A. Problem

Infolge der Föderalismusreform war das Landesbeamtengesetz (LBG) im Jahr 2009 neu gefasst und das Laufbahnrecht grundlegend reformiert worden (Gesetz zur Neuordnung des Landesbeamtenrechts vom 26.03.2009, GVOBl. Schl.-H. S. 93, ber. S. 261). Das neue Laufbahnsystem hat sich insgesamt bewährt.

Um gute Fachkräfte für die Verwaltung zu gewinnen ist es erforderlich, attraktive Beschäftigungsbedingungen vorzuhalten. Vor diesem Hintergrund sind fortlaufend Möglichkeiten zu prüfen, das Laufbahnrecht an aktuelle Anforderungen anzupassen und mögliche rechtliche Hemmnisse der Karriereentwicklung in systemkonformer Weise zu beseitigen. Dabei sind auch z.B. durch Kinderbetreuungszeiten unterbrochene Karriereverläufe in den Blick zu nehmen.

Einzelne Regelungen des Status- und Laufbahnrechts wie z.B. die Vergabe von Führungspositionen auf Probe, sind aufgrund von Erfahrungen aus der Praxis und infolge der Rechtsprechung praktikabler und rechtssicherer zu gestalten. Das betrifft auch die spezialgesetzlich im Ausbildungszentrumsgesetz verankerte Rechtsstellung der hauptamtlichen Dozentinnen und Dozenten am Ausbildungszentrum.

Aufgrund der Rechtsprechung zu einzelnen beamtenrechtlichen Pflichten, die das äußere Erscheinungsbild von Beamtinnen und Beamten betreffen (zur Beschränkung von Tätowierungen BVerwG, Urteil vom 17.11.2017, 2 C 25/17 und vom 14.05.2020, 2 C 13/19 sowie zum Tragen religiös konnotierter Erscheinungsmerkmale BVerfG, Beschluss vom 14.01.2020, 2 BvR 1333/17) ist das Beamtenstatusgesetz (BeamStG) um eine konkretisierte Pflichtenregelung ergänzt worden. Dies ist im Landesrecht umzusetzen.

Weitere Anpassungsbedarfe bestehen aufgrund praktischer Erfahrungen z.B. bei den Regelungen über

- eine Sabbat-Teilzeitbeschäftigung,
- die ärztliche Untersuchung von Beamtinnen und Beamten zur Klärung einer vorübergehenden Dienstunfähigkeit,
- das Hinausschieben des Ruhestandseintritts auf Antrag von Professorinnen und Professoren vor dem Hintergrund der Besonderheiten des Hochschulbereichs,

sowie infolge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts zur Bestimmtheit gesetzlicher Ermächtigungsnormen.

B. Lösung

Die laufbahnrechtlichen Vorschriften des Landesbeamtengesetzes werden weiterentwickelt, um Karriereperspektiven zu verbessern und – für Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt – einen weiteren Karriereweg zu eröffnen. Ferner werden Regelungen an die in der Praxis gewonnenen Erfahrungen angepasst. Zugleich werden die damit zusammenhängenden Änderungen der Allgemeinen Laufbahnverordnung vorgenommen. Im Einzelnen:

- Die gesetzliche Mindestabstandsfrist zwischen zwei Beförderungen wird von zwei Jahren auf ein Jahr verkürzt.
- Es wird ergänzend zu den bisherigen Aufstiegsregelungen als Alternative ein bis Besoldungsgruppe A 11 begrenzter Aufstieg von Laufbahngruppe 1 nach Laufbahngruppe 2 (Praxisaufstieg) eingeführt.
- Die Regelung über die zunächst auf Probe zu übertragenden Führungsämter (§ 5 LBG) wird in mehrfacher Hinsicht angepasst:
 - Das Ende der Probezeit bei Übertragung einer höherwertigen Funktion während der Probezeit wird klarer geregelt.
 - Der Anwendungsbereich der Regelung wird reduziert. Das betrifft die Ämter der Leiterinnen und Leiter von Teilen von Behörden im Bereich der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, rechtsfähigen Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts. Künftig fallen die Ämter erst ab der Besoldungsgruppe A 13 (bisher: Besoldungsgruppe A 12) unter den Anwendungsbereich der Norm.

- Für die unmittelbare und mittelbare Landesverwaltung wird klargestellt, dass die der Besoldungsordnung B angehörenden Ämter der stellvertretenden Abteilungsleitungen in den obersten Landesbehörden und Funktionen unter den Anwendungsbereich von § 5 fallen.
- Es wird außerdem gesetzlich klargestellt, dass es sich bei der Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe um den Ernennungsfall der Begründung eines Beamtenverhältnisses handelt und die Ernennungsurkunde daher den Anforderungen von § 8 Absatz 2 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes entsprechen muss.
- Ferner wird die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zur Berücksichtigung einer in die Probezeit nach § 5 fallenden Elternzeit umgesetzt (EuGH, Urteil vom 07.09.2017, C 174/16).
- Die Berücksichtigung von Kinderbetreuungszeiten bei der Karriereentwicklung wird erweitert, indem die Möglichkeit der fiktiven Fortschreibung der letzten regelmäßigen Beurteilung für Beamtinnen und Beamte, die sich in Elternzeit oder in einer Beurlaubung zur Kinderbetreuung oder zur Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger befinden, ausdrücklich geregelt wird.
- Bei den Zugangsvoraussetzungen zu Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt, wird klargestellt, dass für den Laufbahnzugang nicht zwei abgeschlossene Berufsausbildungen erforderlich sind, wenn der Erste Allgemeinbildende Schulabschluss bzw. Hauptschulabschluss vorliegt (§ 14 Absatz 2 LBG).
- Zeiten in einem privatrechtlichen Beschäftigungsverhältnis nach beamtenrechtlichen Grundsätzen (v.a. Dienstordnungs- Angestellte) können künftig auf die beamtenrechtliche Probezeit nach § 19 LBG angerechnet werden.

Bisher werden die Ämter von hauptamtlichen Dozentinnen und Dozenten am Ausbildungszentrum für Verwaltung auch auf Zeit vergeben. Das ist nach der Rechtsprechung des BVerfG zu Beamtenverhältnissen auf Zeit rechtlich nicht mehr tragfähig. Außerdem kam es in der Vergangenheit in der Praxis zu laufbahnrechtlichen Brüchen im Werdegang der Dozentinnen und Dozenten. Daher wird die Rechtsstellung der hauptamtlichen Dozentinnen und Dozenten am Ausbildungszentrum für Verwaltung neu geordnet. Die Möglichkeit, für diese Funktionen Beamtenverhältnisse auf Zeit zu begründen, entfällt.

Künftig erfolgt die Zuordnung entsprechend den allgemeinen laufbahnrechtlichen Regelungen. Das Ausbildungszentrum kann Beamtinnen und Beamte in ein Beamtenverhältnis auf Probe mit dem Ziel der Übernahme in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen und sich dabei der Laufbahnen jener Fachrichtungen bedienen, in denen am Ausbildungszentrum ausgebildet wird. Beamtinnen und Beamte des Landes und anderer Dienstherrn, die vorübergehend am Ausbildungszentrum als Dozentin oder Dozent verwendet werden sollen, werden an das Ausbildungszentrum abgeordnet.

Im Besoldungsrecht wird eine Zulagenregelung für Funktionsträgerinnen und Funktionsträger am Ausbildungszentrum geschaffen.

Während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass die tatsächlichen Möglichkeiten, ärztliche Untersuchungen von Beamtinnen und Beamten durch die Gesundheitsämter durchzuführen, an Grenzen stoßen. Für beamtenrechtliche Untersuchungen, mit denen nach bisherigem Recht noch nicht andere Ärztinnen und Ärzte außerhalb der Gesundheitsämter beauftragt werden dürfen (Untersuchungen nach § 67 LBG), ist daher der Gutachterkreis zu erweitern. § 67 LBG wird entsprechend angepasst.

Bei der Regelung über die Sabbat-Teilzeitbeschäftigung wird eine Klarstellung hinsichtlich des Mindest-Beschäftigungsumfangs vorgenommen. Das betrifft auch die entsprechende Parallelregelung im Landesrichtergesetz (LRiG).

Die materiellen Anforderungen an eine Regelung über das äußere Erscheinungsbild von Beamtinnen und Beamten sind in Wahrnehmung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 27 GG durch eine Änderung des BeamtStG geregelt worden (Änderung von § 34 BeamtStG durch das Gesetz zur Regelung des Erscheinungsbildes von Beamtinnen und Beamten sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vom 28.06.2021 (BGBl. I S. 2250), in Kraft getreten am 07.07.2021). Das betrifft sowohl veränderliche Merkmale wie Haar- und Barttracht, unveränderliche Merkmale wie Tätowierungen als auch religiös oder weltanschaulich konnotierte Erscheinungsmerkmale.

Damit wird die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (Urteile vom 17.11.2017, 2 C 25/17, und vom 14.05.2020, 2 C 13/19) und des Bundesverfassungsgerichts (Beschluss vom 14.01.2020, 2 BvR 1333/17) umgesetzt, die eine Leittentscheidung des Gesetzgebers verlangt, um diesbezügliche Erscheinungsmerkmale von Beamtinnen und Beamten einschränken zu können.

Hierzu ist in § 56 LBG eine ergänzende landesrechtliche Regelung vorgesehen, die zum Erlass bereichsspezifischer Anforderungen an das Erscheinungsbild im Wege einer Ministeriumsverordnung und zu nach Eingriffsintensität abgestuften Anordnungen gegenüber Beamtinnen und Beamten hinsichtlich des Erscheinungsbilds ermächtigt.

Für auf § 34 Absatz 2 BeamtStG (neu) gestützte Anordnungen wird die Zuständigkeit der obersten Dienstbehörde festgelegt, die diese Befugnis auf andere Stellen übertragen kann.

Die Verordnungsermächtigungen für Regelungen über Beurteilungen und für Regelungen über den Erholungsurlaub (§ 68 LBG) werden konkretisiert. Dabei werden in § 59 LBG die Regelungen über Beurteilungen und über die Reichweite entsprechender Verordnungs- Ermächtigungen neu gefasst. Für die Laufbahnverordnungen wird hierauf in § 25 LBG Bezug genommen. Für Richterinnen und Richter sowie bestimmte Gruppen von Beamtinnen und Beamten aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Europa und Verbraucherschutz, die nicht unter die entsprechenden Laufbahnregelungen über Beurteilungen fallen, wird mit der Neufassung von § 6 Absatz 2 LRiG und dem neuen § 114a LBG jeweils eine Ermächtigungsnorm für Ministeriumsverordnungen über Beurteilungsregelungen geschaffen.

Für das Hinausschieben des Ruhestandseintritts auf Antrag von Professorinnen und Professoren wird in § 118 Absatz 3 LBG eine Sonderregelung geschaffen, die die Besonderheiten des Hochschulbereichs berücksichtigt.

C. Alternativen

keine

D. 1. Kosten

Das Gesetz enthält keine unmittelbar kostenwirksamen Folgewirkungen: Verbesserungen bei den laufbahnrechtlichen Regelungen führen nicht unmittelbar zu Mehrausgaben. Mögliche Kostenwirkungen hängen von der tatsächlichen Inanspruchnahme der Regelungen im Einzelfall ab.

2. Verwaltungsaufwand

Die Neuregelungen führen zu keinem erhöhten Verwaltungsaufwand. Einzelne Regelungen werden verschlankt und führen damit zu einer Verringerung von Verwaltungsaufwand.

3. Auswirkungen auf die private Wirtschaft

Ein Einfluss auf die private Wirtschaft ergibt sich nicht.

E. Länderübergreifende Zusammenarbeit

Die Konferenz Norddeutschland hat am 11.04.2007 beschlossen, unter Geltung der neuen Kompetenzordnung nach der Föderalismusreform die Zusammenarbeit ihrer Länder auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts zu intensivieren. Ziel ist es, im Rahmen der landesrechtlichen Verantwortlichkeiten und unbeschadet der Rechte der Landesparlamente die Grundstrukturen so auszugestalten, dass eine dienstherrenübergreifende Mobilität gesichert und eine gleichgerichtete Entwicklung des öffentlichen Dienstrechts in den norddeutschen Ländern gefördert wird. Zur Wahrung dieser Zielsetzung unterrichten sich die norddeutschen Länder möglichst frühzeitig und fortlaufend über Vorhaben in den Kernbereichen des Besoldungs-, Versorgungs-, Status- und Laufbahnrechts und prüfen, ob diese gemeinsam mit den anderen norddeutschen Ländern erfolgen sollten. Entsprechend dieser Beschlusslage wird den anderen norddeutschen Ländern parallel zur Verbandsanhörung die Möglichkeit gegeben, zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

F. Information des Landtages nach Artikel 28 der Landesverfassung in Verbindung mit dem Parlamentsinformationsgesetz

Die Information des Landtages richtet sich nach dem Parlamentsinformationsgesetz.

G. Federführung

Federführend ist der Ministerpräsident.

**Entwurf eines Gesetzes
zur Änderung beamten- und laufbahnrechtlicher Regelungen
Vom**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1
Änderung des Landesbeamtengesetzes**

Das Landesbeamtengesetz vom 26. März 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 93, ber. S. 261), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. September 2020 (GVOBl. Schl.-H. S. 516), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift zu § 56 wird das Wort „Dienstkleidungsvorschriften“ durch die Worte „Äußeres Erscheinungsbild, Dienstkleidung“ ersetzt.
 - b) Die Überschrift zu Abschnitt X Unterabschnitt 4 erhält folgende Fassung:

„Unterabschnitt 4
Justiz und Abschiebungshaftvollzug“
 - c) Nach der Überschrift zu § 114 wird die folgende Überschrift eingefügt:

„§ 114a Dienstliche Beurteilungen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte“
 - d) Nach der Überschrift zu § 129 wird die folgende Überschrift eingefügt:

„§ 129a Übergangsregelung für Beamtinnen und Beamte auf Probe in einem Amt mit leitender Funktion der Besoldungsgruppe A 12“
 - e) Nach der Überschrift zu § 133 wird die folgende Überschrift angefügt:

„§ 134 Übergangsregelung für Dienstkleidungsvorschriften nach § 111“
2. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Für die Form der Ernennungsurkunde gilt § 8 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 BeamStG.“
 - bb) Die bisherigen Sätze 2 bis 5 werden Sätze 3 bis 6.
 - cc) Es wird folgender Satz 7 angefügt:

„Dabei gelten Zeiten einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge nicht als Probezeit.“
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Ämter mit leitender Funktion im Sinne des Absatzes 1 sind

 1. die der Besoldungsordnung A oder B angehörenden Ämter der Leiterinnen und Leiter von Behörden oder Teilen von Behörden, soweit sie nicht richterliche Unabhängigkeit besitzen,
 2. die der Besoldungsordnung B angehörenden Ämter der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der von Nummer 1 erfassten Ämter der Besoldungsordnung B.“
 - bb) In Satz 2 wird die Angabe „A 12“ durch die Angabe „A 13“ ersetzt.
- c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und erhält folgende Fassung:

„(6) Wird die Beamtin oder der Beamte während der Probezeit in ein anderes Amt mit leitender Funktion versetzt oder umgesetzt, das in dieselbe Besoldungsgruppe eingestuft ist wie das zuletzt übertragene Amt mit leitender Funktion, läuft die Probezeit weiter. Wird der Beamtin oder dem Beamten eine höher eingestufte Funktion übertragen, endet die Probezeit des bisherigen Beamtenverhältnisses auf Probe. Im Falle einer hieran anschließenden Ernennung in das der bisherigen leitenden Funktion entsprechende Beförderungsamt im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit gelten die im Beamtenverhältnis auf Probe verbrachten Zeiten als Erprobungszeit nach § 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2.“
- d) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 5.
- e) Es wird folgender Absatz 7 eingefügt:

„(7) Nachdem ein Amt nach Absatz 5 Satz 1 oder Absatz 6 Satz 3 auf Dauer im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übertragen worden ist, kann abweichend von Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 und § 20 Absatz 2 Satz 1

Nummer 3 innerhalb eines Jahres ein neues Beförderungsamts übertragen werden, wenn seit der Übertragung des vorherigen Amtes mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe nach Absatz 1 mindestens ein Jahr vergangen ist.“

f) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8.

3. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden die Worte „erfolgreiche Besuch einer allgemeinbildenden Schule oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand“ durch die Worte „Erste allgemeinbildende Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand“ ersetzt.

bb) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. als sonstige Voraussetzung ein Vorbereitungsdienst oder eine abgeschlossene berufliche Ausbildung.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 Buchstabe b wird das Wort „Berufsausbildung“ durch die Worte „berufliche Ausbildung“ ersetzt.

bb) Nummer 2 Buchstabe a bis c erhält folgende Fassung:

„a) eine förderliche abgeschlossene berufliche Ausbildung und eine geeignete hauptberufliche Tätigkeit oder

b) ein mit einer Laufbahnprüfung abgeschlossener Vorbereitungsdienst oder eine durch Laufbahnverordnung nach § 25 Absatz 2 Satz 2 oder durch Entscheidung der für die Fachrichtung zuständigen obersten Landesbehörde bestimmte, inhaltlich dem Vorbereitungsdienst entsprechende abgeschlossene berufliche Ausbildung oder Fortbildung oder

c) eine abgeschlossene berufliche Ausbildung und ein Vorbereitungsdienst, soweit dies durch Laufbahnverordnung nach § 25 Absatz 2 Satz 2 aufgrund besonderer Anforderungen der Laufbahn bestimmt ist.“

cc) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„Der Nachweis der nach Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a bis c geforderten beruflichen Ausbildung ist auch erbracht, wenn diese bereits nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b abgeleistet worden ist.“

4. § 15 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Wer die Laufbahnbefähigung bei einem anderen Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes erworben hat, besitzt die Befähigung für eine Laufbahn nach §§ 13 und 14. Soweit erforderlich, kann die Beamtin oder der Beamte verpflichtet werden, Einführungsfortbildungen zu absolvieren.“

5. In § 18 wird folgender Satz angefügt:

„Satz 1 gilt nicht in den Fällen des § 5.“

6. In § 19 Absatz 2 Satz 4 werden nach dem Wort „Dienstbezügen“ ein Komma und die Worte „in einem Dienstverhältnis nach §§ 144 und 145 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung) oder in einem Arbeitsverhältnis bei einem Spitzenverband oder einer Arbeitsgemeinschaft nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Sozialgesetzbuches Sechstes Buch – Gesetzliche Rentenversicherung , für das beamtenrechtliche Vorschriften gelten,“ eingefügt.

7. § 20 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Bei der Verleihung eines Amtes mit höherem Endgrundgehalt, das unter den Anwendungsbereich von § 5 fällt, gilt § 5 Absatz 1 Satz 2.“

- b) In Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 werden die Worte „zwei Jahren“ durch die Worte „einem Jahr“ ersetzt.

8. In § 21 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Es kann auch eine auf bestimmte Ämter beschränkte Befähigung erworben werden.“

9. § 23 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Für die Berechnung des Zeitraums der Verzögerung sind die Fristen nach § 4 Absatz 1 Satz 1 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 2015 (BGBl. I S. 33), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Februar 2021 (BGBl. I S. 239), sowie nach § 3 Absatz 1 Satz 1 des Mutterschutzgesetzes vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228), geändert durch Artikel 57 Absatz 8 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2652), zugrunde zu legen.“

- b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Angabe „und 2“ sowie die Worte „und vor Ablauf eines Jahres seit Beendigung der Probezeit“ gestrichen.

10. § 25 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 Nummer 9 erhält folgende Fassung:

„9. Grundsätze für dienstliche Beurteilungen nach § 59 Absatz 3 mit Ausnahme der Staatsanwältinnen, Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen, Rechtspfleger sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte,“

b) In Absatz 2 Satz 2 werden nach den Worten „Darüber hinaus erforderliche“ die Worte „oder, soweit dieses Gesetz oder die Verordnung nach Satz 1 dieses bestimmt, abweichende“ eingefügt.

11. In § 31 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Bei einer Entlassung nach § 23 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 Beamtenstatusgesetz vor dem Ende der Probezeit nach § 5 Absatz 1 findet Absatz 2 außer in den Fällen von § 5 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit Satz 2 keine Anwendung.“

12. § 56 erhält folgende Fassung:

„§ 56

Äußeres Erscheinungsbild, Dienstkleidung

(1) Die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Dienstbehörde wird ermächtigt, durch Verordnung Einzelheiten über das äußere Erscheinungsbild der Beamtinnen und Beamten nach § 34 Absatz 2 Satz 2 bis 4 BeamtStG zu regeln.

(2) Die oberste Dienstbehörde kann im Einzelfall Anordnungen bezüglich des äußeren Erscheinungsbildes nach § 34 Absatz 2 Satz 2 bis 4 BeamtStG treffen. Sie kann diese Befugnis auf andere Stellen übertragen.

(3) Anordnungen nach Absatz 2 können sich insbesondere darauf erstrecken,

1. ein sofort ablegbares Erscheinungsmerkmal bei der Ausübung des Dienstes oder bei einer Tätigkeit mit unmittelbarem Dienstbezug abzu-
legen,
2. ein nicht sofort ablegbares Erscheinungsmerkmal
 - a) bei der Ausübung des Dienstes oder bei einer Tätigkeit mit unmittelbarem Dienstbezug abzudecken oder in geeigneter Weise mit kosmetischen oder ähnlichen Mitteln zu überdecken,
 - b) zur Herstellung eines pflichtgemäßen Zustands dauerhaft zu verändern, oder

- c) zu entfernen, wenn sich in anderer Weise kein pflichtgemäßer Zustand herstellen lässt.

Die Anordnung kann auch darauf gerichtet sein, zur Vermeidung einer künftigen, nicht auf andere Weise abwendbaren Kollision mit den dienstlichen Pflichten ein nicht sofort ablegbares Erscheinungsmerkmal bereits vor dessen Erstellung zu untersagen.

- (4) Religiös oder weltanschaulich konnotierte Erscheinungsmerkmale dürfen nur dann durch Regelungen nach Absatz 1 und Anordnungen nach Absatz 2 eingeschränkt oder untersagt werden, wenn sie objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die neutrale Amtsführung der Beamtin oder des Beamten zu beeinträchtigen. Die Möglichkeit der Beeinträchtigung setzt voraus, dass die Erscheinungsmerkmale bei der Ausübung des Dienstes oder bei einer Tätigkeit mit unmittelbarem Dienstbezug von Dritten wahrgenommen werden können und die Beamtin oder der Beamte Amtshandlungen vornimmt, bei denen es in besonderem Maße auf die weltanschaulich – religiöse Neutralität des Staates und seiner Amtsträgerinnen und Amtsträger ankommt. Anordnungen über die Einschränkung des Tragens religiös oder weltanschaulich konnotierter Erscheinungsmerkmale sind auf das unbedingt erforderliche Maß zu begrenzen; sie sind zu begründen.
- (5) Beamtinnen und Beamte sind verpflichtet Dienstkleidung zu tragen, wenn dies bei der Ausübung des Dienstes üblich oder erforderlich ist. Die Vorschriften über die Dienstkleidung erlässt die zuständige oberste Landesbehörde. Für die Dienstkleidung der uniformierten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten wird das Nähere im Einvernehmen mit dem Finanzministerium geregelt.“

13. § 59 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Beamtinnen und Beamten sind regelmäßig oder aus besonderem Anlass dienstlich zu beurteilen. In der dienstlichen Beurteilung ist eine gesonderte Eignungsbeurteilung nicht erforderlich, sofern Eignungsmerkmale in der Beurteilung der fachlichen Leistung oder der Beurteilung der Befähigung enthalten sind. Dienstliche Beurteilungen sind mit einem Gesamturteil abzuschließen. Enthält die dienstliche Beurteilung eine von der Beurteilung der fachlichen

Leistung (Leistungsbeurteilung) getrennte Beurteilung der Befähigung (Befähigungsbewertung), ist nur die Leistungsbeurteilung mit einem Gesamturteil abzuschließen. Dienstliche Beurteilungen sollen einen Vorschlag für die weitere dienstliche Verwendung enthalten. Erfolgt eine Auswahlentscheidung auch auf der Grundlage dienstlicher Beurteilungen, besitzen die Beurteilungen hinreichende Aktualität, deren Ende des Beurteilungszeitraumes zum Zeitpunkt der Auswahlentscheidung nicht länger als drei Jahre zurückliegt.“

b) Es werden die folgenden neuen Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Bei Elternzeit mit vollständiger Freistellung von der dienstlichen Tätigkeit oder bei einem Urlaub ohne Dienstbezüge nach § 62 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 kann die letzte regelmäßige dienstliche Beurteilung unter Berücksichtigung der Entwicklung vergleichbarer Beamtinnen und Beamten fiktiv fortgeschrieben werden, wenn keine dienstliche Beurteilung vorliegt, die aktuell im Sinne des Absatzes 1 Satz 6 ist. Dabei darf die Fortschreibung sich längstens auf drei Regelbeurteilungszeiträume erstrecken.

(3) In den Laufbahnvorschriften können weitere Grundsätze für dienstliche Beurteilungen geregelt werden, insbesondere über

1. den Inhalt der dienstlichen Beurteilung einschließlich der zu beurteilenden Merkmale oder Gruppen von Merkmalen von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung,
2. die Voraussetzungen für regelmäßige Beurteilungen (Regelbeurteilungen) und Beurteilungen aus besonderem Anlass (Anlassbeurteilungen),
3. Ausnahmen von der Verpflichtung zur Regelbeurteilung oder zur Anlassbeurteilung,
4. Mindestanforderungen an ein Bewertungssystem für die Beurteilung einschließlich der Bildung eines Gesamturteils nach Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie die Festlegung von Richtwerten,
5. die Ausgestaltung des Beurteilungsmaßstabs und
6. die Einzelheiten der fiktiven Fortschreibung von Beurteilungen nach Absatz 2.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4.

14. In § 61 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„dabei muss am Ende des Bewilligungszeitraums mindestens 25% der regelmäßigen Arbeitszeit erbracht werden.“

15. In § 66 Absatz 1 wird das Wort „schriftlich“ gestrichen.

16. § 67 erhält folgende Fassung:

„§ 67

Fernbleiben vom Dienst, Erkrankung

(1) Die Beamtin oder der Beamte darf dem Dienst nicht ohne Genehmigung ihrer oder seiner Dienstvorgesetzten oder ihres oder seines Dienstvorgesetzten fernbleiben.

(2) Eine Dienstunfähigkeit infolge Krankheit hat die Beamtin oder der Beamte unter Angabe ihrer voraussichtlichen Dauer unverzüglich anzuzeigen. Dauert die Dienstunfähigkeit länger als drei Kalendertage, hat sie oder er eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen; dies gilt auf Verlangen der oder des Dienstvorgesetzten auch bei kürzerer Dauer der Dienstunfähigkeit. Bei längerer Dauer kann die oder der Dienstvorgesetzte erneut die Vorlage von ärztlichen Bescheinigungen verlangen.

(3) Die Beamtin oder der Beamte ist verpflichtet, sich nach Weisung der oder des Dienstvorgesetzten ärztlich untersuchen zu lassen; die Kosten dieser Untersuchung trägt der Dienstherr. § 44 gilt entsprechend.“

17. § 68 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Landesregierung regelt durch Verordnung Einzelheiten der Gewährung von Erholungsurlaub und Zusatzurlaub, insbesondere Dauer und Berechnung des Urlaubs, die Voraussetzungen für die Urlaubsgewährung, dessen Verfall und das Verfahren sowie Einzelheiten der Gewährung einer Urlaubsabgeltung hinsichtlich des Verfahrens, der Voraussetzungen und des Umfangs einer Abgeltung.“

18. In § 95 Absatz 6 wird die Angabe „3“ durch die Angabe „2“ ersetzt.

19. § 111 Absatz 2 wird gestrichen.

20. Die Überschrift zu Abschnitt X Unterabschnitt 4 erhält folgende Fassung:

„Unterabschnitt 4

Justiz und Abschiebungshaftvollzug“

21. Es wird folgender § 114a eingefügt:

„§ 114a

Dienstliche Beurteilungen

der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen und
Rechtspfleger sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte

Das für Justiz zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Verordnung weitere Grundsätze für dienstliche Beurteilungen nach § 59 Absatz 3 für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte zu regeln. Dabei kann bestimmt werden, dass bei einer überwiegenden Tätigkeit in der Verwaltung die für die Beamtinnen und Beamten der allgemeinen Verwaltung geltenden Beurteilungsvorschriften anzuwenden sind.“

22. § 118 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Abweichend von § 35 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 kann der Eintritt in den Ruhestand auf Antrag der Professorin oder des Professors hinausgeschoben werden, wenn es im dienstlichen Interesse liegt. Den Antrag kann die Professorin oder der Professor nur bis spätestens 18 Monate vor Ablauf des letzten Monats des Semesters oder Trimesters, in welchem die Altersgrenze erreicht wird, stellen.“

23. Es wird folgender § 129a eingefügt:

„§ 129a

Übergangsregelung für Beamtinnen und Beamte auf Probe in einem Amt mit
leitender Funktion der Besoldungsgruppe A 12

Bei Beamtinnen und Beamten auf Probe in einem Amt mit leitender Funktion der Besoldungsgruppe A 12 nach § 5 in der bis zum [Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes] geltenden Fassung, wird das Beamtenverhältnis auf Probe nach § 5 in der bis zum [Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes] geltenden Fassung fortgesetzt. Abweichend von § 5 Absatz 1 in der bis zum [Tag vor dem Inkrafttreten des Gesetzes] geltenden Fassung ist das Amt mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu übertragen, wenn die Beamtin oder der Beamte sich in einer Probezeit von mindestens einem Jahr bewährt hat; diese Probezeit kann bei besonderer Bewährung verkürzt werden, jedoch nicht auf weniger als sechs Monate. § 5 Absatz 1 Satz 4 in der bis zum [Tag vor dem Inkrafttreten des Gesetzes] geltenden Fassung bleibt unberührt.“

24. Es wird folgender § 134 angefügt:

„§ 134

Übergangsregelung für Dienstkleidungsvorschriften nach § 111

Aufgrund von § 111 Absatz 2 in der bis zum [Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes] geltenden Fassung erlassene Dienstkleidungsvorschriften gelten fort, bis sie durch Dienstkleidungsvorschriften nach § 56 ersetzt werden“.

Artikel 2

Änderung des Landesrichtergesetzes

Das Landesrichtergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 46), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Oktober 2019 (GVOBl. S. 405, ber. S. 534), wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 85 wird folgende Angabe eingefügt:
„Abschnitt V
Gleichstellungsbeauftragte für die Justiz
§ 86 Gleichstellungsbeauftragte für die Justiz“
 - b) Die Angaben zum Zweiten Teil erhalten folgende Fassung:
„Zweiter Teil
Übergangs- und Schlussvorschriften
§ 87 Übergangsvorschrift zu § 18
§ 88 Wiederaufnahme früherer Verfahren“
2. In § 6 wird Absatz 2 wie folgt gefasst:
„(2) Das für Justiz zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Verordnung weitere Grundsätze für dienstliche Beurteilungen der Richterinnen und Richter entsprechend § 59 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes zu regeln.“
3. In § 7b Absatz 3 Nummer 2 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:
„dabei muss am Ende des Bewilligungszeitraums mindestens 25% des regelmäßigen Dienstes erbracht werden.“
4. Nach § 85 wird folgender Abschnitt V eingefügt:
„Abschnitt V
Gleichstellungsbeauftragte für die Justiz

§ 86

Gleichstellungsbeauftragte für die Justiz

- (1) Das für Justiz zuständige Ministerium bestellt aus dem Kreis der Richterinnen und Staatsanwältinnen eine Gleichstellungsbeauftragte für die Justiz sowie eine Vertreterin. Sie nimmt die Aufgaben und Rechte der Gleichstellungsbeauftragten des für Justiz zuständigen Ministeriums wahr, soweit überwiegend Gerichte und Staatsanwaltschaften betroffen sind.
 - (2) Das Vorschlagsrecht aus § 18 Absatz 1 Satz 4 des Gleichstellungsgesetzes vom 13. Dezember 1994 (GVOBl. Schl.-H. S. 562), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 464), Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 16. Januar 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 30), steht den an den Gerichten und Staatsanwaltschaften tätigen Richterinnen, Staatsanwältinnen, Beamtinnen und weiblichen Tarifbeschäftigten zu.“
5. Die bisherigen §§ 86 und 87 werden zu §§ 87 und 88.

Artikel 3

Änderung des Besoldungsgesetzes Schleswig-Holstein

Das Besoldungsgesetz Schleswig-Holstein vom 26. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. März 2021 (GVOBl. Schl.-H. S. 309), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Überschrift zu § 57 die folgende Überschrift eingefügt:
„§ 57a Zulage für Beamtinnen und Beamte am Ausbildungszentrum für Verwaltung mit besonderen Funktionen“
2. Es wird folgender § 57a eingefügt:

„§ 57a

Zulage für Beamtinnen und Beamte am Ausbildungszentrum für Verwaltung mit besonderen Funktionen

- (1) Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen A 14 und A 15, die am Ausbildungszentrum für Verwaltung tätig sind und neben ihren Lehraufgaben an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung das Amt einer Dekanin oder eines Dekans wahrnehmen, erhalten für die Dauer der

Bestellung zur Dekanin oder zum Dekan eine Stellenzulage nach Anlage 8.

- (2) Beamtinnen und Beamte, die am Ausbildungszentrum für Verwaltung tätig sind, erhalten für die Dauer der Bestellung zur stellvertretenden Präsidentin oder zum stellvertretenden Präsidenten der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung eine Stellenzulage nach Anlage 8.“

3. In Anlage 8 wird nach § 56 folgende Angabe eingefügt:

„§ 57a Absatz 1	700,00
§ 57a Absatz 2	500,00“

Artikel 4

Änderung des Ausbildungszentrums Gesetzes

Das Ausbildungszentrums Gesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 60), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. Januar 2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 2), Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 16. Januar 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 30), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die folgende Angabe angefügt:

„Fünfter Teil

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 35 Übergangsregelung zu §§ 17 und 28“

2. § 11 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgende Nummer 3 eingefügt:

„3. für die Regelung der Grundsätze und des Verfahrens für dienstliche Beurteilungen für den Bereich der Verwaltung und des Lehrpersonals,“

- b) Die bisherigen Nummern 3 bis 8 werden die Nummern 4 bis 9.

3. § 17 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Das Ausbildungszentrum kann als hauptamtlich tätige Lehrkräfte Beamtinnen und Beamte in Laufbahnen der Fachrichtungen nach § 13 Absatz 2 Landesbeamtengesetz einstellen, die den Fachrichtungen entsprechen, für

die nach § 19 Absatz 1 Studiengänge angeboten werden oder in denen nach § 32 ausgebildet wird.“

b) Absatz 3 wird gestrichen.

4. § 28 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Als hauptamtliche Lehrkräfte an der Verwaltungsfachhochschule sollen Personen eingestellt werden, die die Voraussetzungen des § 61 HSG erfüllen. Abweichend hiervon können zur Sicherstellung der nach § 94 HSG geforderten anwendungsbezogenen Lehre auch Personen als hauptamtliche Lehrkräfte eingestellt werden, die ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder eine gleichwertige Vor- und Ausbildung in der jeweiligen Fachrichtung, eine langjährige entsprechende berufliche Tätigkeit sowie pädagogische und didaktische Eignung nachweisen. Für die Einstellung hauptamtlicher Lehrkräfte im Beamtenverhältnis bedarf es der Laufbahnbefähigung für die Laufbahngruppe 2 in der jeweiligen Fachrichtung.“

5. Es wird folgender Fünfter Teil angefügt:

„Fünfter Teil

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 35

Übergangsregelung zu §§ 17 und 28

- (1) Für Lehrkräfte, die sich am *[Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes]* in einem Beamtenverhältnis auf Zeit befinden, ohne zugleich in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu einem anderen Dienstherrn zu stehen, gelten die §§ 17 und 28 in der bis zum *[Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes]* geltenden Fassung mit der Maßgabe fort, dass das Beamtenverhältnis auf Zeit in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit umzuwandeln ist, wenn die Lehrkräfte sich mindestens drei Jahre in einem Beamtenverhältnis auf Zeit befunden und darin bewährt haben. § 7 Absatz 6 Landesbeamtengesetz findet keine Anwendung.
- (2) Für Beamtinnen und Beamte des Landes, die am *[Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes]* nach § 17 Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2 in der bis zum *[Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes]* geltenden Fassung beurlaubt sind, gelten die §§ 17 und 28 in der bis zum *[Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes]* geltenden Fassung bis zum Ablauf ihrer Beurlaubung fort.“

Artikel 5

Änderung der Allgemeinen Laufbahnverordnung

Die Allgemeine Laufbahnverordnung vom 19. Mai 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 236), zuletzt geändert durch [...], wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Überschrift zu § 27 wird die folgende Überschrift eingefügt:
„§ 27a Praxisaufstieg“.
 - b) Die Überschrift zu § 41 wird wie folgt gefasst:
„§ 41 Bewertungsskala, Richtwerte“
 - c) Die Überschrift zu § 42 wird wie folgt gefasst:
„§ 42 Beurteilungsrichtlinien, Ausnahmen“.
2. § 4 wird wie folgt geändert
 - a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Satz 1 gilt nicht,
 1. wenn eine bestimmte Vorbildung, Ausbildung oder Prüfung für bestimmte Ämter der Laufbahn
 - a) durch besondere Rechtsvorschrift vorgeschrieben ist,
 - b) aufgrund der Eigenart der wahrzunehmenden Aufgaben erforderlich ist oder
 - c) lediglich einen partiellen Zugang aufgrund der Richtlinie 2005/36/EG¹ nach § 31 Absatz 3 ermöglicht,
 2. bei einer im Rahmen des Aufstiegs nach § 27a erworbenen, auf bestimmte Ämter beschränkten Befähigung“.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:
„1. durch Erfüllen der vorgeschriebenen Bildungsvoraussetzungen und der sonstigen Voraussetzungen nach § 14 LBG,“
 - bb) Die Nummern 2 und 3 werden gestrichen.

¹ Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 S. 22, zuletzt ber. 2014 ABl. L 305 S. 115) die Anerkennung von Berufsqualifikationen, zuletzt geändert durch den Delegierten Beschluss (EU) 2020/548 der Kommission vom 23. Januar 2020 (ABl. L 131 S. 1)“

- cc) Die bisherigen Nummern 4 bis 9 werden zu Nummern 2 bis 7.
 - dd) Nummer 6 erhält folgende Fassung:
 - „6. durch Anerkennung der bei einem anderen Dienstherrn erworbenen Laufbahnbefähigung (§ 15 Absatz 2 LBG) oder“
3. § 7 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 6 wird das Wort „sollen“ durch das Wort „können“ ersetzt.
 - b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:
 - „(3) Die Anrechnung von Zeiten hauptberuflicher Tätigkeiten innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes nach § 19 Absatz 2 LBG darf nur in dem Umfang erfolgen, der die ordnungsgemäße Feststellung der Bewährung gewährleistet. Dabei werden Tätigkeiten in einem Kirchenbeamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Probe, in einem Dienstverhältnis nach §§ 144 und 145 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung oder in einem Arbeitsverhältnis bei einem Spitzenverband oder einer Arbeitsgemeinschaft nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Sozialgesetzbuches Sechstes Buch – Gesetzliche Rentenversicherung, für das beamtenrechtliche Vorschriften gelten, wie Zeiten in einem Beamtenverhältnis mit Dienstbezügen behandelt. Für die Berücksichtigung hauptberuflicher Tätigkeiten gilt § 14 Absatz 1 entsprechend. Dabei können nur Zeiten hauptberuflicher Tätigkeiten auf die Probezeit angerechnet werden, die nicht bereits bei der Feststellung der Laufbahnbefähigung berücksichtigt worden sind.“
4. In § 12 Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „auf Antrag“ durch die Worte „von Amts wegen“ ersetzt.
5. § 14 Absatz 5 wird gestrichen.
6. § 18 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 2 wird gestrichen.
 - b) In Absatz 2 Nummer 2 wird das Wort „Berufsausbildung“ durch die Worte „berufliche Ausbildung“ ersetzt.
 - c) Absatz 4 wird gestrichen.
7. § 27 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 - „(1) Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt, die

1. ihre Laufbahn durchlaufen,
2. den Nachweis einer breiten Verwendung erbracht und
3. in mindestens einer Regelbeurteilung sowie einer weiteren Beurteilung im Endamt der Laufbahn mindestens die zweithöchste Bewertungsstufe erreicht haben,

können zum Aufstieg in die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt nach Absatz 2 bis 5 oder zum Aufstieg in die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt für Ämter bis zur Besoldungsgruppe A 11 nach § 27a zugelassen werden. Zum Nachweis der breiten Verwendung nach Satz 1 Nummer 2 sollen mindestens zwei Dienstposten unterschiedlicher Aufgabengebiete für eine Dauer von jeweils mindestens zwei Jahren wahrgenommen werden.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „drei“ durch das Wort „zwei“ ersetzt.

bb) Es werden folgende Sätze 5 und 6 angefügt:

„Nach Maßgabe der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen kann von der Aufstiegsfortbildung abgesehen werden, wenn ein mindestens gleichwertiger mit einer Prüfung abgeschlossener Lehrgang, der in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung zu benennen ist, vor der Zulassung zum Aufstieg absolviert wurde. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen können bestimmen, dass Lehrgänge oder Teile von Lehrgängen auf die Aufstiegsfortbildungen angerechnet werden, soweit diese geeignet sind, Teile der Aufstiegsfortbildung zu ersetzen.“

c) Es wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Ist mit der Verleihung eines Amtes der neuen Laufbahn gleichzeitig eine Beförderung in das erste Beförderungssamt vorgesehen, muss das Einstiegsamt der neuen Laufbahn nicht durchlaufen werden. § 20 Absatz 2 Nummer 2 LBG bleibt unberührt.“

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.

e) Es wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Beamtinnen und Beamte, die den Praxisaufstieg nach § 27a absolviert und sich mindestens ein Jahr in einem Amt der Besoldungsgruppe A 11 bewährt haben, können zum Bewährungsaufstieg nach Absatz 1 bis 5 zugelassen werden. Die Bewährungszeit nach § 27a Absatz 1 Satz 1 kann

im Umfang von bis zu zwölf Monaten auf die Bewährungszeit nach Absatz 2 Satz 1 angerechnet werden. Die Verpflichtung zur erfolgreichen Teilnahme an der Aufstiegsfortbildung und –prüfung nach Absatz 2 Satz 2 und 3 bleibt hiervon unberührt. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen können bestimmen, dass Fortbildungsmaßnahmen nach § 27a Absatz 1 Satz 2 bis zu 200 Stunden auf den Umfang der Aufstiegsfortbildung nach Absatz 2 Satz 2 angerechnet werden können, wenn sie den Inhalten der Aufstiegsfortbildung entsprechen.“

8. Es wird folgender § 27a eingefügt:

„§ 27a

Praxisaufstieg

- (1) Zum Erwerb der Laufbahnbefähigung für eine Laufbahn der Laufbahngruppe 2 für Ämter bis zur Besoldungsgruppe A 11 müssen die Beamtinnen und Beamten nach der Zulassung zum Aufstieg mindestens zwei Jahre ununterbrochen selbständig Aufgaben der Laufbahngruppe 2 ihrer Fachrichtung wahrnehmen und sich dabei bewähren. In dieser Zeit müssen die Beamtinnen und Beamten an geeigneten Fortbildungsmaßnahmen nach § 11 Absatz 2 Satz 1 im Umfang von insgesamt mindestens 200 Stunden Dauer teilnehmen. Die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde kann Einzelheiten der Fortbildung in der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung regeln. Dabei kann sie auch regeln, in welchem Umfang bereits vor der Bewährungszeit absolvierte Fortbildungen auf die Fortbildungen nach Satz 2 angerechnet werden können.
- (2) Die oberste Dienstbehörde stellt den erfolgreichen Abschluss der Bewährung fest. Mit der Feststellung wird die Befähigung für die neue Laufbahn bis zum Erreichen eines Amtes der Besoldungsgruppe A 11 erworben. Bis zur Verleihung eines Amtes der neuen Laufbahn verbleiben die Beamtinnen und Beamten in ihrer bisherigen Rechtsstellung. Beamtinnen und Beamte, die sich nicht bewährt haben, treten in die frühere Beschäftigung zurück.
- (3) § 25 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 7 sowie § 27 Absatz 4 gelten entsprechend.“

9. § 28 erhält folgende Fassung:

„§ 28

In anderen Ländern oder beim Bund erworbene Befähigung

- (1) Soweit die Versetzung einer Beamtin oder eines Beamten oder die Einstellung einer Bewerberin oder eines Bewerbers beabsichtigt ist, die oder der nach den Vorschriften eines anderen Landes oder des Bundes die Laufbahnbefähigung erworben hat, entscheidet die oberste Dienstbehörde, welcher Laufbahn und welchem Einstiegsamt innerhalb der Laufbahn nach § 13 LBG die erworbene Laufbahnbefähigung zuzuordnen ist und erteilt hierüber eine Feststellung. In Zweifelsfällen ist die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde zu beteiligen. Mit der Feststellung wird die Laufbahnbefähigung erworben.
- (2) In der Feststellung ist anzugeben, ob Einführungsfortbildungen im Sinne von § 15 Absatz 2 Satz 2 LBG in Verbindung mit § 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 erforderlich sind. Die Festlegung der zusätzlichen Fortbildungsmaßnahmen kann durch gesonderte Entscheidung erfolgen. Bei der Entscheidung, ob und in welchem Umfang zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen erforderlich sind, ist auf die Ausbildung, die zum Erwerb der bisherigen Laufbahnbefähigung geführt hat, alle sonstigen Qualifikationen sowie die bisher wahrgenommenen hauptberuflichen Tätigkeiten abzustellen.
- (3) Soweit Einführungsfortbildungen erforderlich sind, ist deren Abschluss Voraussetzung für eine Beförderung oder den Aufstieg.“

10. § 39 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden das Komma und die Worte „mindestens aber alle fünf Jahre“ gestrichen.
- b) Absatz 2 Nummer 2 erhält folgende Fassung:
„2. die sich in einer Einführungs- oder Bewährungszeit nach §§ 6, 10 a, 25, 26, 27 oder 27a befinden,“
- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Aufstieg“ die Worte „nach §§ 25, 26, 27 oder 27a “ eingefügt.
 - bb) Nummer 4 erhält folgende Fassung:
„4. vor Ablauf der Einführungs- und Bewährungszeit nach §§ 6, 10 a, 25, 26, 27 oder 27a; in der Einführungszeit ist eine Anlassbeurteilung auch bei Wechsel der Beschäftigungsbehörde zu erstellen,“
- d) Es wird folgender Absatz 6 eingefügt:

„(6) Bei Beamtinnen und Beamten, die sich in Elternzeit mit vollständiger Freistellung von der Tätigkeit oder in einem Urlaub ohne Dienstbezüge nach § 62 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 LBG befinden und für die keine aktuelle dienstliche Beurteilung vorliegt, ist die letzte Regelbeurteilung unter Berücksichtigung des seinerzeit angelegten Maßstabs und der durchschnittlichen Entwicklung vergleichbarer Beamtinnen und Beamter fiktiv fortzuschreiben. Die Fortschreibung darf sich auf längstens drei Regelbeurteilungszeiträume erstrecken.“

e) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7.

11. § 40 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die dienstliche Beurteilung erstreckt sich auf Eignung, Leistung und Befähigung (Leistungsbeurteilung und Befähigungsbewertung). Mit der Leistungsbeurteilung werden die dienstlichen Aufgaben erfasst und die Arbeitsergebnisse (Arbeitsleistung) bewertet. Bewertungsmaßstab ist das statusrechtliche Amt; die Anforderungen der im Beurteilungszeitraum übertragenen Aufgaben sind dabei zu berücksichtigen. Die Leistungsbeurteilung soll sich besonders auf Arbeitsmenge, Arbeitsgüte und Arbeitsweise erstrecken. Sie schließt mit einer Leistungsbewertung (Gesamturteil) ab. In der Befähigungsbewertung werden die im dienstlichen Umgang gezeigten Fähigkeiten und Kenntnisse differenziert bewertet, die für die dienstliche Verwendung und berufliche Entwicklung von Bedeutung sind. Eine Zusammenfassung der Leistungsbewertung und der Befähigungsbewertung zu einem Gesamturteil erfolgt nicht. Qualifizierungsmaßnahmen (§ 9 Absatz 1) sind in der Beurteilung aufzuführen. Die dienstliche Beurteilung soll sich auch auf die weitere dienstliche Verwendung erstrecken; sie kann einen Vorschlag für die Teilnahme an Personalentwicklungsmaßnahmen enthalten.“

12. §§ 41 und 42 erhalten folgende Fassung:

„§ 41

Bewertungsskala, Richtwerte

(1) In der Leistungsbeurteilung wird in einer mindestens fünfstufigen Bewertungsskala bewertet, in welcher Ausprägung die zu stellenden Anforderungen erfüllt, nicht erfüllt oder übertroffen werden. Bei der Leistungsbewertung ist eine Binnendifferenzierung (oberer und unterer Bereich) zulässig. Die Leistungsbewertung soll verbal begründet werden.

- (2) Bei der Leistungsbewertung können Richtwerte für die prozentuale Verteilung der einzelnen Bewertungsstufen festgelegt werden. Bei Beamtinnen und Beamten des Landes soll der Anteil von Angehörigen eines Amtes, die beurteilt werden, in der höchsten Stufe insgesamt 10 % nicht überschreiten. Ist die Bildung von Vergleichsgruppen für die Anwendung der Richtwerte wegen zu geringer Fallzahlen nicht möglich, sind die Beurteilungen in geeigneter Weise zu differenzieren.

§ 42

Beurteilungsrichtlinien, Ausnahmen

- (1) Die zuständige oberste Dienstbehörde kann nähere Bestimmungen treffen. Sie kann dazu Beurteilungsrichtlinien erlassen; für die Landesverwaltung kann hierzu eine Vereinbarung nach § 59 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein getroffen werden. Die oberste Dienstbehörde kann ihre Befugnis auf andere Stellen übertragen.
- (2) In den Bestimmungen nach Absatz 1 können Einzelheiten zu den §§ 39 bis 41 und zum Beurteilungsverfahren geregelt werden, insbesondere über
1. die Festlegung einzelner Bewertungsmerkmale,
 2. die konkrete Ausgestaltung der Beurteilungsskala für die Leistungsbeurteilung,
 3. die Festlegung von Richtwerten für die Leistungsbewertung,
 4. die Bewertung der Ausprägung der für die Befähigungsbewertung relevanten Bewertungsmerkmale,
 5. die Mehrstufigkeit des Beurteilungsverfahrens (Erstbeurteilung und Zweitbeurteilung),
 6. die Zuständigkeit der Beurteilerinnen und Beurteiler,
 7. die Koordinierung der Beurteilungen,
 8. Beurteilungsgespräche und
 9. die Bekanntgabe der Beurteilungen.
- In den Beurteilungsrichtlinien für die Landesverwaltung können ferner über § 41 Absatz 2 Satz 2 hinaus Regelungen über die Verteilung weiterer Bewertungsstufen getroffen werden.
- (3) Soweit es die besonderen Verhältnisse einer Laufbahn erfordern, können in den Laufbahnverordnungen nach § 25 Absatz 2 Satz 2 LBG von den

§§ 39 bis 41 abweichende Regelungen getroffen werden. Im Bereich der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts mit und ohne Gebietshoheit und der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts kann von § 40 Absatz 1 Satz 7 und von § 41 Absatz 1 abgewichen werden.“

Artikel 6

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 5 Nummer 10 Buchstabe a am 1. Juli 2023 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel,

Daniel Günther
Ministerpräsident

Claus Christian Claussen
Minister für Justiz,
Europa und Verbraucherschutz

Dr. Sabine Sütterlin - Waack
Ministerin für Inneres, ländliche Räume,
Integration und Gleichstellung

Monika Heinold
Finanzministerin

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Um die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung zu erhalten und die Beschäftigungsbedingungen des öffentlichen Dienstes zeitgemäß und attraktiv auszugestalten, sind die dienst- und laufbahnrechtlichen Regelungen der Beamtinnen und Beamten fortlaufend zu überprüfen, vor dem Hintergrund der Fachkräftegewinnung auf mögliche Verbesserungen der Attraktivität des Beamtenberufs zu untersuchen und an Bedarfe aus der Praxis anzupassen. Dabei sind außerdem Folgerungen aus der aktuellen Rechtsprechung zu ziehen. Mit dem Gesetzentwurf sind daher Änderungen auf folgenden Themenfeldern vorgesehen:

Laufbahn- und Ernennungsrecht:

- Die gesetzliche Mindestabstandsfrist zwischen zwei Beförderungen wird von zwei Jahren auf ein Jahr verkürzt.
- Der Anwendungsbereich der zunächst auf Probe zu übertragenden Führungsämter (§ 5 LBG) wird reduziert. Das betrifft die der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, rechtsfähige Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts. Künftig fallen die Ämter ab der Besoldungsgruppe A 13 (bisher: Besoldungsgruppe A 12) unter den Anwendungsbereich der Norm. Für den Landesbereich wird klargestellt, dass die der Besoldungsordnung B angehörenden Ämter der stellvertretenden Abteilungsleitungen in den obersten Landesbehörden unter den Anwendungsbereich von § 5 fallen. Bei der Gelegenheit wird außerdem gesetzlich klargestellt, dass es sich bei der Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe um den Ernennungsfall der Begründung eines Beamtenverhältnisses handelt und die Ernennungsurkunde daher den Anforderungen von § 8 Absatz 2 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes entsprechen muss. Ferner wird die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zur Berücksichtigung einer in die Probezeit nach § 5 fallenden Elternzeit umgesetzt (EuGH, Urteil vom 07.09.2017, C-174/16). Weitere Klarstellungen betreffen die Folge- Übertragung eines höherwertigen

Amtes oder einer höherwertigen Funktion nach einer beendeten Probezeit nach § 5.

- Bei den Zugangsvoraussetzungen zu Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt, wird klargestellt, dass für den Laufbahnzugang nicht zwei abgeschlossene Berufsausbildungen erforderlich sind, wenn der Erste Allgemeinbildende Schulabschluss bzw. Hauptschulabschluss vorliegt (§ 14 Absatz 2 LBG).
- Zeiten in einem privatrechtlichen Beschäftigungsverhältnis nach beamtenrechtlichen Grundsätzen (v.a. Dienstordnungs- Angestellte) können künftig auf die beamtenrechtliche Probezeit nach § 19 LBG angerechnet werden.
- Es wird ergänzend zu den bisherigen Aufstiegsregelungen als Alternative ein bis Besoldungsgruppe A 11 begrenzter Aufstieg von Laufbahngruppe 1 nach Laufbahngruppe 2 (Praxisaufstieg) eingeführt.
- Die Anerkennung von in anderen Ländern oder beim Bund erworbenen Laufbahnbefähigungen wird im Sinne der praktischen Anwendbarkeit neu geregelt.
- In den Regelungen über die dienstlichen Beurteilungen wird, den Beispielen des Bundes, Bayerns und Nordrhein- Westfalens folgend, für Beamtinnen und Beamte, die sich in Elternzeit oder in einer Beurlaubung zur Kinderbetreuung oder zur Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger befinden, eine Regelung über die fiktive Fortschreibung der letzten regelmäßigen Beurteilung eingeführt.

Überprüfung der Dienstunfähigkeit der Beamtinnen und Beamten

§ 67 LBG wird angepasst, so dass auch die ärztliche Untersuchung zur Überprüfung einer kurzfristigen Dienstunfähigkeit anderen Ärztinnen und Ärzten als Amtsärztinnen und Amtsärzten oder beamteten Ärztinnen oder Ärzten übertragen werden kann.

Klarstellung bei der Regelung über ein Sabbatjahr:

Bei der Regelung über die Sabbat-Teilzeitbeschäftigung wird eine Klarstellung hinsichtlich des Mindest-Beschäftigungsumfangs vorgenommen. Das betrifft auch die entsprechende Parallelregelung im Landesrichtergesetz.

Modifizierte Regelung zum Hinausschieben des Ruhestandseintritts auf Antrag von Professorinnen und Professoren:

Den praktischen Erfahrungen und besonderen Rahmenbedingungen im Hochschulbereich wird in der Weise Rechnung getragen, dass das Hinausschieben des Ruhestandseintritts von Professorinnen und Professoren auf ihren Antrag künftig ein dienstliches Interesse erfordert.

Neuordnung der Rechtsstellung der hauptamtlichen Dozentinnen und Dozenten am Ausbildungszentrum für Verwaltung:

Künftig können diese Funktionen nicht mehr im Beamtenverhältnis auf Zeit übertragen werden. Dem Rechtsverhältnis der hauptamtlichen Dozentinnen und Dozenten liegen keine Sachgesetzlichkeiten zugrunde, die die Durchbrechung des Grundsatzes des Lebenszeitprinzips aus Artikel 33 Absatz 5 GG und die Übertragung der betreffenden Ämter auf Zeit rechtfertigen würden (vgl. BVerfG, Beschluss vom 24.04.2018, 2 BvL 10/16). Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorhandenen Dozentinnen und Dozenten, die ausschließlich in einem Beamtenverhältnis auf Zeit zum Ausbildungszentrum stehen, werden in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit überführt. Beamtinnen und Beamte des Landes, die für die Dauer eines Zeitbeamtenverhältnisses beim Ausbildungszentrum aus dem Beamtenverhältnis beurlaubt sind, setzen das Beamtenverhältnis auf Zeit bis zum Ende dieser Beurlaubung fort.

Künftig erfolgt eine klare Zuordnung nach den allgemeinen laufbahnrechtlichen Regelungen. Das Ausbildungszentrum kann zukünftig nur noch Beamtinnen und Beamte in ein Beamtenverhältnis auf Probe mit dem Ziel der Übernahme in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen und sich dabei der Laufbahnen der Fachrichtungen bedienen, in denen am Ausbildungszentrum ausgebildet wird. Beamtinnen und Beamte des Landes und anderer Dienstherrn, die vorübergehend am Ausbildungszentrum als Dozentin oder Dozent verwendet werden sollen, werden an das Ausbildungszentrum abgeordnet.

Im Besoldungsrecht wird eine Zulagenregelung für Funktionsträgerinnen und Funktionsträger am Ausbildungszentrum geschaffen.

Gesetzliche Ermächtigungsgrundlagen für Verordnungen:

Infolge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts zur Bestimmtheit gesetzlicher Ermächtigungsnormen werden die Verordnungsermächtigungen für Regelungen über Beurteilungen und für Regelungen über den Erholungsurlaub (§ 68 LBG) konkretisiert. Dabei werden in § 59 LBG die Regelungen über Beurteilungen und über die Reichweite entsprechender Verordnungs- Ermächtigungen neu gefasst. Für die Laufbahnverordnungen wird hierauf in § 25 LBG Bezug genommen. Für die Richterinnen und Richter sowie bestimmte Beamtinnen und Beamte aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Europa und Verbraucherschutz, die nicht unter die entsprechenden Laufbahnregelungen über Beurteilungen fallen, wird in § 6 Absatz 2 LRiG und § 114a LBG jeweils eine Ermächtigungsnorm für Ministeriumsverordnungen über Beurteilungsregelungen geschaffen.

Umsetzung der Rechtsprechung zu Regelungen über das äußere Erscheinungsbild und landesrechtliche Regelung zu § 34 Absatz 2 BeamStG:

Bei ihrer Aufgabenwahrnehmung, insbesondere bei der Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse, treten Beamtinnen und Beamte den Bürgerinnen und Bürgern als Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates gegenüber. In dieser Funktion muss das Verhalten der Beamtinnen und Beamten innerhalb und außerhalb des Dienstes der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die ihr Beruf erfordert. Zum Verhalten der Beamtinnen und Beamten gehört auch das Auftreten und damit untrennbar verbunden das Erscheinungsbild; damit können z.B. auffällige Tätowierungen unvereinbar sein. Ferner besteht für den Staat und damit auch für die für ihn tätig werdenden Beamtinnen und Beamten bei Ausübung ihres Dienstes und bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug grundsätzlich die Pflicht zur weltanschaulichen und religiösen Neutralität.

Um die Einhaltung dieser verfassungs- und einfachgesetzlichen Pflichten der Beamtinnen und Beamten sicherzustellen sowie die Funktionsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten, kann es – abhängig von Funktion und Aufgabenbereich – notwendig sein, konkrete Vorgaben zum Erscheinungsbild zu machen und bestimmte Formen des Erscheinungsbildes zu untersagen. Hierfür bedarf es nach

der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einer gesetzlichen Grundlage (Urteile des BVerwG zu Tätowierungen vom 17.11.2017, 2 C 25/17 und vom 14.05.2020, 2 C 13/19). Das gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch für die Einschränkung des Tragens religiös oder weltanschaulich konnotierter Erscheinungsmerkmale bei Ausübung des Dienstes (BVerfG, Beschluss vom 14.01.2020, 2 BvR 1333/17).

Die materiellen Anforderungen an eine Regelung über das äußere Erscheinungsbild von Beamtinnen und Beamten sind in Wahrnehmung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 27 GG durch eine Änderung des Beamtenstatusgesetzes durch den Bund geregelt worden (Gesetz zur Regelung des Erscheinungsbildes von Beamtinnen und Beamten sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vom 28.06.2021, BGBl. I S. 2250). Damit wird die o.a. Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt, die eine Leitentscheidung des Gesetzgebers verlangt, um diesbezügliche Erscheinungsmerkmale von Beamtinnen und Beamten einschränken zu können.

§ 34 Absatz 2 Satz 5 BeamtStG ermächtigt zur Bestimmung von Einzelheiten durch Landesrecht. Dementsprechend ist in § 56 LBG eine ergänzende landesrechtliche Regelung vorgesehen, die zum Erlass bereichsspezifischer Anforderungen an das Erscheinungsbild im Wege einer Ministeriumsverordnung und zu nach Eingriffsintensität abgestuften Anordnungen gegenüber Beamtinnen und Beamten hinsichtlich des Erscheinungsbilds ermächtigt.

Für auf § 34 Absatz 2 BeamtStG (neu) gestützte Anordnungen wird die Zuständigkeit der obersten Dienstbehörde festgelegt, die diese Befugnis auf andere Stellen übertragen kann. Das Verbot der Gesichtsverhüllung ist bereits abschließend im Beamtenstatusgesetz geregelt (§ 34 Absatz 2 Satz 6 BeamtStG, eingefügt durch Artikel 2 des Gesetzes zu bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtsverhüllung und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vom 08.06.2017, BGBl. I S. 1570), so dass es hierfür keiner weitergehenden landesrechtlichen Regelungen bedarf.

B. Besonderer Teil.**Zu Artikel 1 (Änderung des Landesbeamtengesetzes):****Zu Nummer 1 (Inhaltsverzeichnis):**

Redaktionelle Folgeänderungen zu Artikel 1 Nummern 12, 20, 21, 23 und 24.

Zu Nummer 2 (§ 5):

Zu Buchstabe a):

Bei der Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe wird zusätzlich zu dem in aller Regel bereits bestehenden Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ein Beamtenverhältnis auf Probe begründet. Mit dem Verweis auf § 8 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 Beamtenstatusgesetz wird klargestellt, dass bei diesem Ernennungsfall – der Begründung eines Beamtenverhältnisses – in der Ernennungs-urkunde die Worte „unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe“ enthalten sein müssen. Ist das nicht der Fall, liegt ein Ernennungsfehler nach § 11 Absatz 1 Nummer 1 Beamtenstatusgesetz vor.

Mit Urteil vom 07.09.2017, C-174/16 hat der EuGH zu dem Vorabentscheidungsersuchen des Verwaltungsgerichts Berlin, Beschluss vom 02.07.2015, VG 26 K 313/14, entschieden, dass § 5 Nummer 1 und 2 der Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub (Anhang der RL 2010/18/EU) einer nationalen Regelung entgegensteht, wonach die endgültige Beförderung in einem Amt mit leitender Funktion im öffentlichen Dienst voraussetzt, dass die ausgewählte Bewerberin oder der ausgewählte Bewerber zuvor eine zweijährige Probezeit abgeleistet hat, welche auch bei einem Elternurlaub während dieser Probezeit nicht verlängert wird, sondern stattdessen die Entlassung nach Ablauf der Probezeit erfolgt.

Für die Bewährung in der Probezeit nach § 5 Absatz 1 ist maßgebend, ob eine ausreichende Grundlage gegeben ist, um die Bewährung feststellen zu können. Kann sie nicht festgestellt werden, tritt die Rechtsfolge der Entlassung nach § 22 Absatz 5 BeamtStG ein. Die erneute Übertragung des Amtes ist nach Ablauf eines Jahres zulässig (§ 5 Absatz 7). Das ist mit der o.a. Rechtsprechung des EuGH nicht vereinbar.

Auch wenn es im Einzelfall möglich ist, unter Rückgriff auf die Nachteilsausgleichsregelungen des § 23 Absatz 3 in begrenztem Umfang die Probezeit für Elternzeit zu unterbrechen und so zugleich einen Ausgleich zwischen persönlichen und personalwirtschaftlichen Interessen herbeizuführen, bedarf es zur Umsetzung der EuGH-Rechtsprechung einer ausdrücklichen Regelung in § 5 Absatz 1. Mit dem angefügten neuen Satz 7 wird klargestellt, dass der Ablauf der Probezeit durch Zeiten einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge wie z.B. der Elternzeit gehemmt wird. Nach Rückkehr aus der Beurlaubung wird die Probezeit somit fortgesetzt und ist das Führungsamt bei Bewährung in der Probezeit auf Lebenszeit zu übertragen (§ 5 Absatz 6).

Ist es dabei objektiv unmöglich, das Führungsamt vorläufig unbesetzt zu lassen oder vorübergehend auf eine andere Beamtin oder einen anderen Beamten zu übertragen, ist der Beamtin oder dem Beamten zur Fortsetzung der Probezeit ein gleichwertiges Amt zu übertragen.

Zu Buchstabe b):

Mit der Änderung wird klargestellt, dass auch die der Besoldungsordnung B angehörenden Stellvertretungen der Leitungsämter, soweit diese der Besoldungsordnung B zugeordnet sind, zu den Ämtern mit leitender Funktion nach § 5 zählen. Hierunter fallen insbesondere die in Besoldungsgruppe B 2 der Anlage 1 zum Besoldungsgesetz Schleswig-Holstein genannten Vertretungen wie z.B. das Amt der Ministerialrätin oder des Ministerialrats als Vertreterin oder Vertreter einer Abteilungsleiterin oder eines Abteilungsleiters bei einer obersten Landesbehörde; bei der Abteilungsleitung handelt es sich um ein der Besoldungsordnung B zugeordnetes Amt der Leitung eines Teils einer Behörde.

Der erweiterte Verantwortungsbereich der jeweiligen Stellvertretung, die an die Übertragung der Stellvertretung zu stellenden erhöhten Leistungsanforderungen und die aufgrund dessen erfolgte besoldungsmäßige Heraushebung dieser Funktionen rechtfertigen es, diese Ämter weiterhin dem Kreis der Ämter mit leitender Funktion nach Absatz 1 zuzuordnen.

Das folgt der bereits mit Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesrichtergesetzes und des Gesetzes über die Datenzentrale

Schleswig- Holstein getroffenen gesetzgeberischen Entscheidung, auch die der Besoldungsordnung B angehörenden Ämter der Stellvertretungen als Ämter mit leitender Funktion auszuweisen (LT-Drs. 14/1055 S. 32). Dabei wurden seinerzeit mit diesem Personenkreis ein auf 5 Jahre befristetes Beamtenverhältnis auf Zeit begründet (§ 20b LBG in der bis zum 31.03.2009 geltenden Fassung). Diese Rechtsverhältnisse sind mit Artikel 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Landesbeamtenrechts vom 26.03.2009 (GVObI. Schl.- H. S. 93, ber. S. 261) in ein Beamtenverhältnis auf Probe nach § 5 überführt worden (§ 129 LBG). Eine Änderung des Kreises der unter die leitenden Ämter fallenden Funktionen hatte der Gesetzgeber dabei nicht vorgenommen (LT-Drs. 16/2306 S. 226 f.).

Zur Klarstellung und in Ansehung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der Einschränkbarkeit des beamtenrechtlichen Lebenszeitprinzips (BVerfG, Beschluss vom 28.05.2008, 2 BvL 11/07) ist es dennoch erforderlich, Stellvertretungen als leitende Funktionen im Sinne des § 5 ausdrücklich gesetzlich zu normieren (OVG Schleswig, Beschluss vom 07.02.2020, 2 MB 12/19).

Im Bereich der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts mit und ohne Gebietshoheit und der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts zählen bisher zu den Ämtern der Leiterinnen und Leiter von Teilen von Behörden die mindestens der Besoldungsgruppe A 12 angehörenden Ämter der Leiterinnen und Leiter von Dezernaten, Fachbereichen, Ämtern und Abteilungen und vergleichbarer Organisationseinheiten sowie die Ämter der leitenden Verwaltungsbeamtinnen und leitenden Verwaltungsbeamten der Ämter nach der Amtsordnung. Damit hat die Regelung einen weiten Anwendungsbereich, vor allem im Kommunalbereich, was in der praktischen Umsetzung aufwändig und fehleranfällig ist. Im Ländervergleich nimmt die bisherige Regelung zusammen mit der vergleichbaren Regelung des Freistaats Sachsen eine Sonderstellung ein.

Es erscheint daher nicht mehr angemessen, bereits Ämter der Besoldungsgruppe A 12 den Ämtern mit leitender Funktion zuzuordnen. Künftig zählen erst die der Besoldungsgruppe A 13 angehörenden Ämter der Leiterinnen und Leiter der betreffenden Organisationseinheiten im Bereich der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts und der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen

des öffentlichen Rechts zu den Ämtern mit leitender Funktion nach Absatz 1. Die Anknüpfung Ämter der Besoldungsgruppe A 13 ist hingegen sachgerecht. Damit sind zudem weiterhin die leitenden Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten der Ämter nach der Amtsordnung von der Regelung erfasst.

Für am Tag des Inkrafttretens des Gesetzes vorhandene Inhaberinnen und Inhaber von Ämtern mit leitender Funktion der Besoldungsgruppe A 12 gilt eine Übergangsregelung (Artikel 1 Nummer 23, neuer § 129a).

Zu Buchstabe c) und d):

Der Regelfall wird vorangestellt. Im neuen Absatz 6 werden die Ausnahmen und deren Folgen bei Übertragung einer höher eingestuften Funktion während der Probezeit präzisiert.

Beispiel:

- Beamtin/ Beamter auf Lebenszeit im Amt der BesGr A 13
- 01.01.2022 Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion der BesGr A 14 nach § 5 im Beamtenverhältnis auf Probe; das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ruht derweil.
- 01.06.2022 Übertragung einer höherwertigen Funktion während der Probezeit
Ende der Probezeit = Ende der Probezeit in dem auf Probe übertragenen Amt,
Mit dem Ende der Probezeit endet gem. § 22 Absatz 5 BeamStG auch das Beamtenverhältnis auf Probe. Zurückfallen in Amt der BesGr A 13 für „logische Sekunde“ bei gleichzeitigem Wiederaufleben des Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit; zulässig in diesen Fällen:
 - 01.06.2022 Beförderung nach BesGr A 14 (auf Lebenszeit) bei Feststellung der Bewährung nach mindestens dreimonatiger Erprobungszeit

Zu Buchstabe e):

Mit dem (erfolgreichen) Ende der Probezeit endet das Beamtenverhältnis auf Probe. Für eine „logische Sekunde“ fällt die Beamtin oder der Beamte in das im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übertragene Amt zurück, aus dem unmittelbar die Übertragung des leitenden Amtes auf Lebenszeit im Wege der Beförderung erfolgt. Das hat zur Folge, dass ab diesem Datum die gesetzliche Wartefrist für eine spätere weitere Beförderung rechnet. Das führt zur Benachteiligung gegenüber Beamtinnen und Beamten, denen nicht zuvor ein Amt auf Probe übertragen worden ist. Um diese Be-

nachteiligung zu vermeiden, bedurfte es bisher einer Ausnahmeentscheidung durch den Landesbeamtenausschuss, wozu dieser einen Grundsatzbeschluss (Nr. 3.3.3 der Bekanntmachung der Geschäftsstelle des Landesbeamtenausschusses bei der Staatskanzlei vom 19.05.2016 – StK OD 13 -17683/2016, Amtsbl. Schl.-H. S. 460, 464) gefasst hatte. Der Inhalt dieses Grundsatzbeschlusses wird nunmehr als allgemeine gesetzliche Maßnahme geregelt. Damit bedarf es in diesen Fällen künftig keiner Anträge auf Erteilung einer Ausnahme von Beförderungsverboten nach § 20 Absatz 2 Nummer 3 bzw. § 5 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 mehr.

Beispiel:

- Beamtin/ Beamter auf Lebenszeit im Amt der BesGr A 13
- 01.01.2022 Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion der BesGr A 14 nach § 5 im Beamtenverhältnis auf Probe; das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ruht derweil.
- 31.12.2023 Ende der Probezeit nach erfolgter Bewährung, Zurückfallen in Amt der BesGr A 13 für „logische Sekunde“ bei gleichzeitigem Wiederaufleben des Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit; anschließend:
- 01.01.2024 Beförderung nach BesGr A 14 (auf Lebenszeit)
- 01.07.2024 Übertragung eines anderen, nach BesGr A 15 bewerteten Amtes mit leitender Funktion. Bisher steht einer unmittelbaren Berufung in das entsprechende Beamtenverhältnis nach § 5 in BesGr A 15 entgegen, dass in dieses Amt wegen der Mindestwartefrist nach § 20 Absatz 2 Nummer 3 nicht befördert werden könnte (Abstand zur letzten Beförderung nach A 14 im Rechtsinne nur 6 Monate, obwohl das Amt der BesGr A 14- wenn auch auf Probe – bereits zum 01.01.2022, also 2,5 Jahre zuvor, übertragen worden war).

In der vorstehenden Konstellation und vergleichbaren Sachverhalten bedurfte es bisher einer Ausnahme durch den Landesbeamtenausschuss. Die Ausnahme wird nun unmittelbar im Gesetz geregelt. Redaktionell wird die Vorschrift dabei zugleich an die durch Nummer 7 Buchstabe b) (Änderung von § 20) erfolgende Verkürzung der gesetzlichen Mindestabstandsfrist von zwei Jahren auf ein Jahr angepasst.

Zu Buchstabe f):

Durch den neu eingefügten Absatz wird der inhaltlich unveränderte bisherige Absatz 7 neuer Absatz 8.

Zu Nummer 3 (§ 14):

Zu Buchstabe a):

aa) Der bisher geforderte „Besuch einer allgemeinbildenden Schule“ wird in § 18 ALVO dahingehend konkretisiert, dass ein Erster allgemeinbildender Schulabschluss oder Hauptschulabschluss nachzuweisen ist. Der Besuch einer allgemeinbildenden Schule reicht für den Zugang zur Laufbahn nicht aus, dies soll daher auch im LBG verankert werden.

bb) Redaktionelle Änderung zur Vereinheitlichung der bisher unterschiedlich verwendeten Begriffe „Berufsausbildung“ und „berufliche Ausbildung“. Unter den Begriff „berufliche Ausbildung“ im Sinne des Gesetzes fallen alle nach einem Gesetz oder einer Verordnung (z. B. Berufsbildungsgesetz, Handwerksordnung oder Notfallsanitätergesetz) geregelten Ausbildungsgänge, die den Berufstätigen in die Lage versetzen, den entsprechenden Beruf nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung auszuüben.

Für den bisher in § 14 Absatz 1 Nummer 2 verwendeten Begriff der „Laufbahnen mit besonderen Anforderungen“ existiert keine Legaldefinition, so dass unklar ist, welche Laufbahnen unter diese Regelung fallen. In der Praxis finden Einstellungen im ersten Einstiegsamt zudem nur noch in der Fachrichtung Justiz statt, so dass ein Regelungsbedarf für etwaige „besondere Laufbahnen“ nicht mehr besteht und der zweite Halbsatz gestrichen werden kann.

Zu Buchstabe b):

Redaktionelle Änderung zur Vereinheitlichung der bisher unterschiedlich verwendeten Begriffe „Berufsausbildung“ und „berufliche Ausbildung“.

Die berufliche Ausbildung ersetzt in Verbindung mit einer geeigneten hauptberuflichen Tätigkeit den Vorbereitungsdienst. Es wird daher klargestellt, dass die neben der geeigneten hauptberuflichen Tätigkeit geforderte berufliche Ausbildung für die Wahrnehmung der Aufgaben der Laufbahn zumindest förderlich sein muss.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass von der Möglichkeit, die Laufbahnbefähigung anstelle des Vorbereitungsdienstes auch durch eine diesem entsprechende berufliche Ausbildung oder Fortbildung zu erlangen, kein Gebrauch gemacht wurde.

Zur Sicherung der Qualität, der einheitlichen Handhabung und einer fachgerechten Prüfung, ob bestimmte berufliche Ausbildungen oder Fortbildungen vollumfänglich dem jeweiligen Vorbereitungsdienst entsprechen, soll die Entscheidung über die Gleichwertigkeit entsprechender beruflicher Ausbildungen und Fortbildungen von der für die jeweilige Fachrichtung zuständigen obersten Landesbehörde durch Festlegung bestimmter Aus- oder Fortbildungen in den besonderen Laufbahnverordnungen oder durch Einzelfallentscheidung vorgenommen werden. Damit können den Dienstherren verbindliche Kriterien für die Feststellung entsprechender Laufbahnbefähigungen an die Hand gegeben werden.

Auch für den bisher in § 14 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe c) verwendeten Begriff der „Laufbahnen mit besonderen Anforderungen“ existiert keine Legaldefinition. In bestimmten Laufbahnen, wie z. B. Feuerwehr kann es jedoch notwendig sein, dass neben der erforderlichen Bildungsvoraussetzung und der Ableistungen eines Vorbereitungsdienstes aufgrund der besonderen Anforderungen der Laufbahn zusätzlich der Nachweis einer Berufsausbildung geboten ist.

Künftig soll daher in den jeweiligen besonderen Laufbahnverordnungen festgelegt werden, ob für den Zugang zur Laufbahn die gegenüber Buchstabe a) und b) speziellen Anforderungen nach Buchstabe c) gelten.

Für den Zugang zur Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt wird als Bildungsvoraussetzung u. a. der Erste Allgemeine Schulabschluss und eine förderliche abgeschlossene berufliche Ausbildung vorausgesetzt (§ 14 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe b)). Darüber hinaus bedarf es als sonstige Voraussetzung in den Fällen der Nummer 2 Buchstabe a) bis c) ebenfalls einer abgeschlossenen Beruflichen Ausbildung. Der Zugang zu entsprechenden beruflichen Ausbildungen ist teilweise mit dem Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss oder Hauptschulabschluss möglich. Mit der Regelung wird klargestellt, dass in den Fällen, in denen die jeweils nach Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a) bis c) geforderte berufliche Ausbildung bereits nach Erwerb des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses oder Hauptschulabschlusses absolviert wurde, keine weitere Ausbildung abgeleistet werden muss.

Zu Nummer 4 (§ 15):

Im Zuge der Föderalismusreform wurde die Gesetzgebungskompetenz für das Laufbahnrecht auf die Länder übertragen. In der Konferenz der Ministerpräsidenten der Norddeutschen Küstenländer bestand Einigkeit, dass die dienstherrnübergreifende Mobilität von Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerbern trotz ggf. voneinander abweichender Regelungen zu Erwerb der Laufbahnbefähigung jedoch weiterhin gesichert bleiben soll. Mit § 15 LBG wurde somit Regelungen für die Berücksichtigung von Vorbildungen und Laufbahnbefähigungen, die in anderen Bundesländern oder beim Bund erworben wurden, geschaffen.

Nach Absatz 2 besitzt eine Beamtin oder ein Beamter, die oder der die Laufbahnbefähigung bei einem anderen außerhalb des Geltungsbereiches des LBG erworben hat, grundsätzlich auch die Befähigung für die entsprechende schleswig-holsteinische Laufbahn (Laufbahn derselben Fachrichtung mit einer weitgehend vergleichbaren Ausbildung). Soweit erforderlich ist, wie beim Laufbahnwechsel eine Einführung in die Aufgaben in die neue Laufbahn durchzuführen, die allgemein oder einzelfallbezogen zu bestimmen ist. Anders als beim Laufbahnwechsel, bei dem die Einführungsmaßnahmen als Auflage bei der Zustimmung zum Laufbahnwechsel festgelegt werden und somit nach einer Versetzung absolviert werden können, sieht § 15 Absatz 2 nach seinem Wortlaut derzeit vor, dass die Betroffenen die Befähigung für die neue Laufbahn erst nach Durchführung entsprechender Maßnahmen besitzen.

In der Praxis bedeutet dies, dass, soweit Einführungsfortbildungen für erforderlich gehalten werden, die Anerkennung der Laufbahnbefähigung erst nach Durchführung dieser Maßnahmen möglich ist. Dies wäre nur durch vorherige Abordnung oder bei Neueinstellungen nur durch vorherige Einstellung in einem Beschäftigtenverhältnis möglich. Das damalige Ziel der Regelung, die Mobilität der Bewerberinnen und Bewerber zu sichern, wird hiermit verfehlt.

Künftig sollen die bei Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereiches des LBG erworbenen Laufbahnbefähigungen daher grundsätzlich festgestellt werden. Soweit erforderlich, kann die Beamtin oder der Beamte verpflichtet werden, nach Versetzung oder Einstellung an Einführungsfortbildungen teilzunehmen. Die neue Regelung entspricht im Wesentlichen der Regelung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (§ 15

Absatz 2 LBG M-V). Näheres zum Verfahren und zu den Folgen der Nichterfüllung wird in der Allgemeinen Laufbahnverordnung geregelt.

Zu Nummer 5 (§ 18):

Zwar ergab sich schon bisher aus der spezielleren Norm des § 5, dass die Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Probe in einem Amt mit leitender Funktion in einem Beförderungsamte erfolgen darf. Im Regelungszusammenhang mit der in Nummer 2 (§ 5) vorgesehenen Änderung wird dennoch in § 18 klargestellt, dass der Grundsatz der Begründung eines Beamtenverhältnisses im Einstiegsamt in den Fällen des § 5 keine Anwendung findet, da es sich hierbei sachlogisch ausschließlich um die Begründung eines Beamtenverhältnisses in einem Beförderungsamte handelt.

Zu Nummer 6 (§ 19):

Bisher ist eine Anrechnung von Vordienstzeiten auf die Mindestprobezeit von sechs Monaten bzw. einem Jahr nur möglich, wenn diese Zeiten im Beamtenverhältnis mit Dienstbezügen abgeleistet worden sind. Darunter fallen nicht gesetzlich geregelte beamtenähnliche Beschäftigungsverhältnisse, bei denen es sich zwar formal nicht um Beamtenverhältnisse handelt, für die aber weitestgehend die beamtenrechtlichen Bedingungen (Besoldung, Versorgungsanwartschaft, Beamtenpflichten) gelten. Das ist nicht sachgerecht. Daher werden die Rechtsverhältnisse der Dienstordnungs- Angestellten, die im Recht der gesetzlichen Unfallversicherung (§§ 144 und 145 SGB VII) geregelt sind, in den Anwendungsbereich der Regelung einbezogen. Dieses wird in gleicher Weise für beamtenähnliche Dienstverträge bei einem kommunalen Spitzenverband oder einer entsprechenden Arbeitsgemeinschaft geregelt für dortige Arbeitsverhältnisse, die nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 SGB VI versicherungsfrei sind und auf die beamtenrechtliche Regelungen Anwendung finden.

Zu Nummer 7 (§ 20):

Zu Buchstabe a):

Folgeänderung zu Nummer 2, mit der klargestellt wird, dass es sich bei der Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion nach § 5 um den Ernennungsfall der Begründung eines Beamtenverhältnisses handelt.

Zu Buchstabe b):

Die gesetzliche Mindestabstandsfrist zwischen zwei Beförderungen wird von zwei Jahren auf ein Jahr verkürzt. Das entspricht dem bis zum 31.03.2009 geltenden Recht und den Regelungen der ganz überwiegenden Mehrheit der Länder und beim Bund.

Durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08.09.2020 (GVObI. Schl.-H. S. 516) ist bereits die einjährige Beförderungssperre nach der Probezeit (§ 20 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 in der bis zum 31.12.2020 geltenden Fassung) abgeschafft worden.

Zusammen mit der nun vorgesehenen Verkürzung der Mindestabstandsfrist zwischen zwei Beförderungen werden die gesetzlichen Vorgaben konsequent dereguliert und auf das notwendige Minimum reduziert.

Dennoch bleiben für die Dienstherren zur personalwirtschaftlichen Steuerung untergesetzliche Regelungen über Beförderungsabstandsfristen möglich, sofern sie die von der Rechtsprechung gezogenen Grenzen einhalten; danach sind Wartezeiten zulässig, die erforderlich sind, um die tatsächlichen Grundlagen für Beurteilung und Prognose über die Eignung zu schaffen und nicht länger als der für eine Regelbeurteilung vorgesehene Zeitraum sind (BVerwG, Urteil vom 28.10.2004, 2 C 23/03 und vom 26.09.2012, 2 C 74/10). Das betrifft z.B. die Leistungs- und Beförderungsgrundsätze für die Landesverwaltung, die in diesem Rahmen auch längere Abstandsfristen als die gesetzlich geregelten Mindestfristen vorsehen (Leistungs- und Beförderungsgrundsätze vom 24.09.1997, Amtsbl. Schl.-H. 1997 S. 450, in der Fassung vom 20.12.2004, Amtsbl. Schl.-H. 2005 S. 15).

Mit der Verringerung der gesetzlichen Mindestfrist werden für die Dienstherren mehr Möglichkeiten geschaffen, leistungsstarken Beamtinnen und Beamten hervorragende Karriereperspektiven aufzuzeigen und damit besondere Leistungen und Qualifikationen im Karriereverlauf besser berücksichtigen zu können.

Zu Nummer 8 (§ 21):

Die gesetzlichen Möglichkeiten für den Aufstieg von Laufbahngruppe 1 nach Laufbahngruppe 2 werden um einen auf bestimmte Ämter beschränkten Aufstieg erweitert.

Die Voraussetzungen und das Verfahren auch für diesen Aufstieg werden durch Verordnung bestimmt (§ 25 Absatz 1 Nummer 6 LBG, Artikel 5 Nummer 7 und 8 dieses Gesetzes (§ 27 und § 27a – neu – ALVO)).

Zu Nummer 9 (§ 23):

Die Vorschrift wird redaktionell angepasst an zwischenzeitlich erfolgte Änderungen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes und des Mutterschutzgesetzes sowie an die durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08.09.2020 (GVObI. Schl.-H. S. 516) erfolgte Abschaffung der einjährigen Beförderungssperre nach der Probezeit.

Zu Nummer 10 (§ 25):

Zu Buchstabe a):

Im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. BVerfG, Beschluss vom 21.04.2015, 2 BvR 1322/12, 2 BvR 1989/12) wird die Verordnungsermächtigung betreffend das Beurteilungswesen konkretisiert. Das folgt zugleich dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17.09.2020, 2 C 2.20 und dem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.12.2020, 2 B 63/20. § 25 Absatz 2 Satz 2 Nummer 9 nimmt Bezug auf die in dem neuen § 59 Absatz 3 ausdrücklich genannten Regelungsinhalte, die Gegenstand der Ermächtigung sind. Dazu wird im Einzelnen auf die Begründung zu Nummer 12 verwiesen. Hiervon werden diejenigen Justizberufe ausgenommen, für die in § 114a eine gesonderte Verordnungsermächtigung geschaffen wird

Zu Buchstabe b):

Die Änderung zu Absatz 2 dient der Klarstellung der Rechtssystematik zwischen LBG, Allgemeiner Laufbahnverordnung und den besonderen Laufbahnverordnungen nach § 25 Absatz 2 Satz 2 LBG. In Letzteren dürfen über die ALVO hinausgehende Regelungen getroffen werden sowie von dieser abweichende Regelungen, wenn das LBG oder die ALVO dies vorsehen.

Zu Nummer 11 (§ 31):

Da die Beamtin oder der Beamte bei festgestellter Nichtbewährung in der Probezeit wieder in das grundständige Beamtenverhältnis zurückfällt, bedarf es keines besonderen Schutzes durch die Entlassungsfristen nach Absatz 2 wie dies bei Beamtinnen

und Beamten auf Probe in der Probezeit nach § 19 der Fall ist. Daher wird mit dem neuen Absatz 6 gesetzlich ausdrücklich bestimmt, dass diese Entlassungsfristen im Fall der nicht erfolgreichen Probezeit nach § 5 keine Anwendung finden. Mit dem Verweis auf § 5 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit Satz 2 wird klargestellt, dass die Ausnahme von den Entlassungsfristen nicht für mit Zustimmung des Landesbeamtenausschusses zulässige, solitäre Beamtenverhältnisse auf Probe nach § 5 LBG gilt; in diesen Fällen ist das Schutzbedürfnis durch die Entlassungsfristen nach Absatz 2 gegeben.

Zu Nummer 12 (§ 56):

Allgemeines:

Nach aktueller Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (Urteil vom 17.11.2017, 2 C 25/17 und Urteil vom 14.05.2020, 2 C 13/19) setzt die Regelung des zulässigen Ausmaßes von Tätowierungen bei Beamtinnen und Beamten eine hinreichend bestimmte gesetzliche Ermächtigung voraus. Das Verbot des Tragens von Tätowierungen greift danach in das auch den Beamtinnen und Beamten durch Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz (GG) gewährleistete allgemeine Persönlichkeitsrecht ein. Dieser Eingriff kann nicht allein auf Verwaltungsvorschriften oder Runderlasse gestützt werden. Deshalb bedarf es einer hinreichend bestimmten gesetzlichen Grundlage. Das betrifft vor allem Anordnungen bezüglich nicht sofort (zum Dienstbeginn) ablegbarer Erscheinungsmerkmale wie z.B. Tätowierungen, Brandings, Fleshtunnel, Bodypaintings, Haar- und Barttracht, aber auch sofort ablegbare Merkmale wie z.B. Schmuck, bestimmte Kleidungsstücke und Piercings.

Die Einschränkung, religiös oder weltanschaulich konnotierte Erscheinungsmerkmale wie z.B. das muslimische Kopftuch, die jüdische Kippa oder ein christliches Kreuz nicht zu tragen, stellt darüber hinaus einen Eingriff in das Grundrecht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit der oder des Betroffenen dar (Artikel 4 Absatz 1 und 2 GG). Die Ausübung dieses Grundrechts gilt nicht schrankenlos. Als einen Eingriff in die Religionsfreiheit rechtfertigende Verfassungsgüter kommen der Grundsatz der weltanschaulich- religiösen Neutralität des Staates, der Grundsatz der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege und mögliche Kollisionen mit der grundrechtlich geschützten negativen Religionsfreiheit Dritter in Betracht. Dabei obliegt es zuvörderst dem demokratischen Gesetzgeber, das normative Spannungsverhältnis zwischen den Verfassungsgütern

unter Berücksichtigung des Toleranzgebots aufzulösen (BVerfG, Beschluss vom 14.01.2020, 2 BvR 1333/17).

Im Beamtenstatusgesetz trifft der Bundesgesetzgeber für die Beamtinnen und Beamten der Länder und Kommunen die gesetzliche Leitentscheidung, dass das Tragen von bestimmten Erscheinungsmerkmalen unter den dort geregelten Voraussetzungen eingeschränkt oder untersagt werden kann (Artikel 2 Nummer 6 Buchstabe c) des Gesetzes zur Regelung des Erscheinungsbildes von Beamtinnen und Beamten sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 28.06.2021 [neuer § 34 Absatz 2 BeamStG], BGBl. I S. 2250). Der Gesetzgeber folgt damit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts. Die Einzelheiten können nach § 34 Absatz 2 Satz 5 BeamStG durch Landesrecht bestimmt werden.

Auf Grundlage der neuen bundesgesetzlichen Regelung kann insbesondere das Tragen von bestimmten Kleidungsstücken, Schmuck, Symbolen und Tätowierungen im sichtbaren Bereich sowie die Art der Haar- und Barttracht eingeschränkt oder ganz untersagt werden, soweit die Funktionsfähigkeit der Verwaltung oder die Pflicht zum achtungs- und vertrauenswürdigen Verhalten dies erfordern. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn solche Erscheinungsmerkmale durch ihre über das übliche Maß hinausgehende besonders individualisierende Art geeignet sind, die amtliche Funktion der Beamtin oder des Beamten in den Hintergrund zu drängen. Religiös oder weltanschaulich konnotierte Erscheinungsmerkmale können nur unter der strengeren Voraussetzung eingeschränkt oder ganz untersagt werden, wenn sie objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die neutrale Amtsführung der Beamtin oder des Beamten zu beeinträchtigen.

Bei Tätowierungen hat zwar die Akzeptanz in der Gesellschaft in den letzten Jahren zugenommen, jedoch bestehen in weiten Teilen der Bevölkerung noch erhebliche Vorbehalte hiergegen, so dass davon ausgegangen werden kann, dass Tätowierungen und vergleichbare Erscheinungsmerkmale in breiten Teilen der Bevölkerung immer noch als besonders auffällige und sehr stark individualisierende Erscheinungsmerkmale wahrgenommen werden. Dies folgt aus der Begründung zu dem Entwurf des Gesetzes zur Regelung des Erscheinungsbildes von Beamtinnen und Beamten

sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, BR-Drs. 15/21 S. 28 f., BT-Drs. 19/26839 S. 29 und Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 14.05.2020, 2 C 13/19 unter Hinweis auf verschiedene Studien (Allensbacher Kurzbericht vom 08.07.2014; s.a. Bayerischer Landtag Drucksache 17/21474; Studie der Universität Leipzig zur „Verbreitung von Tätowierungen, Piercing und Körperhaarentfernung in Deutschland“ aus dem September 2017; Studie der Arbeitsgruppe „Erscheinungsbild“ der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz aus dem Dezember 2017).

Insbesondere im Bereich der uniformierten Vollzugsdienste, aber auch in anderen Bereichen der Verwaltung, muss vermieden werden, dass hoheitliche Maßnahmen mit der in einem stark auffälligen Erscheinungsbild zum Ausdruck kommenden Selbstdarstellung der handelnden Person in Zusammenhang gebracht werden. Hierdurch soll insbesondere das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die neutrale und unparteiische Amtsführung der Amtswalterinnen und Amtswalter gestärkt werden. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz staatlichen Verwaltungshandelns und damit für die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung.

Verbote und Beschränkungen hinsichtlich des äußeren Erscheinungsbildes von Beamtinnen und Beamten dienen letztlich dazu, insbesondere das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die neutrale und unparteiische Amtsführung der Amtswalterinnen und Amtswalter zu stärken und damit die Akzeptanz des staatlichen Verwaltungshandelns und somit die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung aufrecht zu erhalten.

Zu der bundesgesetzlichen Regelung werden Einzelheiten in dem neu gefassten § 56 LBG bestimmt.

Von vornherein untragbar sind Erscheinungsmerkmale, die einen verfassungsfeindlichen oder strafbaren Inhalt haben. Das betrifft z.B. Tätowierungen, die auf eine verfassungsfeindliche Gesinnung schließen lassen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist eine Beamtin oder ein Beamter, die oder der sich mit einer der Werteordnung des Grundgesetzes widersprechenden Anschauung derart identifiziert, dass sie bzw. er sie sich sogar in die Haut tätowieren lässt und dadurch ihr oder sein dauerhaftes Bekenntnis zu dieser Anschauung und damit ihre oder seine Abkehr von der Verfassungsordnung dokumentiert, nicht tragbar und daher

aus dem Beamtenverhältnis zu entfernen. In diesen Fällen ist es unerheblich, an welcher Körperstelle sich das Tattoo befindet (BVerwG, Urteil vom 25.11.2017, 2 C 25/17).

Nicht mit den Beamtenpflichten zur neutralen und gemeinwohlorientierten Amtsführung sowie zum achtungs- und vertrauenswürdigen Verhalten vereinbar sind zudem gewaltverherrlichende, gegen die Menschenwürde gerichtete, sexistische, rassistische oder in anderer Weise diskriminierende Tattoos oder sonstige Erscheinungsmerkmale.

Darüber hinaus sind mit den zu stellenden Anforderungen an das äußere Erscheinungsbild in Bereichen, in denen das Vertrauen in die Neutralität, Objektivität und Unparteilichkeit zu einem erheblichen Teil von dem Auftreten und dem äußeren Erscheinungsbild der Beamtinnen und Beamten abhängt, Körpermodifikationen (z.B. Tätowierungen, Brandings, Fleshtunnel, Bodypaintings) im sichtbaren Bereich nicht vereinbar. Das trifft insbesondere auf Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte zu, die – vergleichbar dem neutralen Auftreten von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern oder Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren etwa während einer Verhandlung – eine innere Haltung ausdrücken müssen, die durch Neutralität, Distanz und Objektivität geprägt ist. Das gilt grundsätzlich entsprechend für andere Uniformträgerinnen und Uniformträger wie z.B. im Justizdienst.

In anderen Verwaltungsbereichen, in denen keine gesteigerten Anforderungen an die Neutralitäts- und Repräsentationsfunktion zu stellen sind, mögen zwar Körpermodifikationen im sichtbaren Bereich – sofern sie nicht wie die oben erwähnten von vornherein mit den Beamtenpflichten unvereinbar sind – eher tolerabel sein. Dennoch muss auch hier das äußere Erscheinungsbild den allen Beamtinnen und Beamten obliegenden Pflichten zur neutralen und gemeinwohlorientierten Amtsführung sowie dem achtungs- und vertrauenswürdigen Verhalten entsprechen und darf die Funktionsfähigkeit der Verwaltung nicht beeinträchtigen. Dies betrifft insbesondere Bereiche, in denen Beamtinnen und Beamte im direkten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern stehen, wie z.B. in der Leistungsverwaltung, oder Beamtinnen und Beamte, die den Dienstherrn z.B. gegenüber Interessengruppen, Verbänden, in Gremien oder vor

Gerichten vertreten. Inwieweit eine Körpermodifikation nicht mit den Beamtenpflichten vereinbar ist, hängt dabei nicht von dem jeweiligen konkret-funktionellen Amt ab, also ob z.B. aktuell Bürgerkontakt auf dem konkreten Dienstposten gefordert ist, sondern von den grundsätzlich bestehenden Verwendungsmöglichkeiten der Beamtinnen und Beamten innerhalb der jeweiligen Laufbahn. Unter Berücksichtigung dessen ist eine Abwägung zwischen dem durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht geschützten individuellen Interesse der Beamtin oder des Beamten an dem selbst gewählten Erscheinungsbild und den Anforderungen an die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung zu treffen, zu der die neutrale und gemeinwohlorientierte Amtsführung ihrer Repräsentantinnen und Repräsentanten zählt. Dabei ist eine Beeinträchtigung der Beamtenpflichten am ehesten anzunehmen bei Körpermodifikationen an exponierten Körperstellen wie Kopf oder Hals, die bereits aufgrund dessen eine stark hervortretende, die amtliche Funktion der Trägerin oder des Trägers in den Hintergrund drängende Wirkung haben.

Nicht unter das Merkmal des sichtbaren Bereichs fallen Körpermodifikationen wie z.B. Mini-Tattoos, die so klein sind, dass sie von Dritten als solche nicht ohne Weiteres mit bloßem Auge bei einem natürlichen Mindestabstand zu erkennen sind (vgl. BVerwG, Urteil vom 14.05. 2020, 2 C 13/19, Rn. 15).

Bei Bewerberinnen und Bewerbern steht einer Berufung in das Beamtenverhältnis entgegen, wenn sie bestimmte, unveränderliche Erscheinungsmerkmale nach den vorstehend genannten Kriterien tragen, die nicht mit den Beamtenpflichten vereinbar sind. Dies wird durch den Bundesgesetzgeber in § 7 BeamtStG klargestellt (Artikel 2 Nummer 2 des Gesetzes zur Regelung des Erscheinungsbildes von Beamtinnen und Beamten sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 28.06.2021, BGBl. I S. 2250).

Das Tragen religiös oder weltanschaulich konnotierter Erscheinungsmerkmale kann untersagt oder beschränkt werden, wenn diese objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die neutrale Amtsführung der Beamtin oder des Beamten zu beeinträchtigen. Im Einzelnen wird dazu auf die Begründung zu Absatz 4 verwiesen.

Zu Absatz 1:

Mit dem neuen § 56 Absatz 1 LBG wird – entsprechend § 34 Absatz 2 Satz 5 (neu) BeamStG – die landesgesetzliche Grundlage dafür geschaffen, durch Verordnung Einzelheiten über das äußere Erscheinungsbild der Beamtinnen und Beamten zu regeln.

Da die beamtenrechtlichen Grundpflichten sowohl amts- als auch aufgabenbezogen sind (§§ 33, 34 BeamStG), ist es sachgerecht, eine laufbahnbezogene (und keine ressortbezogene) Zuständigkeitsregelung für den Erlass einer Verordnung nach dem neuen § 56 Absatz 1 zu treffen.

Bedarf für nähere Regelungen im Sinne des neuen § 56 Absatz 1 besteht insbesondere im Polizeivollzugsdienst. Dort sind besondere Anforderungen an das Auftreten der Beamtinnen und Beamten und damit untrennbar verbunden an das Erscheinungsbild zu stellen. Denn bei der Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse treten Beamtinnen und Beamte den Bürgerinnen und Bürgern als Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates gegenüber. Dieses wird besonders hervorgehoben, wenn die Beamtinnen und Beamte eine Dienstkleidung tragen, wie z.B. die Polizeiuniform. Diese dient neben der Kennzeichnung der Zugehörigkeit ihrer Trägerin und ihres Trägers zur Polizei sowie des Dienstrangs insbesondere auch der Betonung der amtlichen Funktion. Polizeiliche Maßnahmen sollen losgelöst von der Person der handelnden Beamtin oder des handelnden Beamten als Maßnahmen des Staates wahrgenommen werden. Damit sind zu sehr individualisierende Erscheinungsmerkmale nicht vereinbar. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 14.05.2020, 2 C 13/19, hängt das Vertrauen in die Neutralität, Objektivität und Unparteilichkeit von Personen, die – wie Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte – hoheitliche Maßnahmen durchsetzen, zu einem erheblichen Teil von dem Auftreten und dem äußeren Erscheinungsbild dieser Beamtinnen und Beamten ab.

Mit der Dienstkleidung und insbesondere der von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten zu tragenden Uniform soll, neben einer Kennzeichnung als Trägerinnen bzw. Träger hoheitlicher Befugnisse, deren Neutralität zum Ausdruck gebracht werden. Diese Wirkung wäre insbesondere bei Tätowierungen oder auffallendem Körperschmuck (Piercings, Ohrtunnel o.ä.) im sichtbaren Bereich beeinträchtigt.

Individuelle Interessen müssen gegenüber der Notwendigkeit eines einheitlichen und neutralen Erscheinungsbilds zurücktreten.

Zu Absatz 2:

Für Anordnungen im Einzelfall ist die oberste Dienstbehörde zuständig, die diese Befugnis auf andere Stellen übertragen kann. Das betrifft auch diejenigen Laufbahnen bzw. Verwendungsbereiche, für die kein Bedarf an allgemeinen, die Anforderungen an das Erscheinungsbild konkretisierenden Regelungen besteht. Auch hier können Einzelfälle auftreten, bei denen Anordnungen zum Erscheinungsbild getroffen werden müssen, weil die Funktionsfähigkeit der Verwaltung oder die Einhaltung der Pflicht zum achtungs- und vertrauenswürdigen Verhalten dies erfordert.

Zu Absatz 3:

Die Regelung zeigt das Spektrum möglicher Anordnungen auf. Die Aufzählung ist wegen der Fülle der denkbaren Formen des Erscheinungsbildes, auf die ggf. mittels einer dienstlichen Anordnung zu reagieren ist, nicht abschließend.

Das zu wählende Mittel muss dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen. Bei ablegbaren Merkmalen wie z.B. Schmuck oder bestimmten Kleidungsstücken, genügt folglich die Anordnung, dieses Erscheinungsmerkmal bei der Ausübung des Dienstes – ggf. auch nur bei bestimmten Amtshandlungen – oder bei einer Tätigkeit mit unmittelbarem Dienstbezug abzulegen. Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug sind alle Tätigkeiten, die nicht in Ausübung des Dienstes erfolgen, die jedoch in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Dienstausübung stehen. Ein solcher unmittelbarer Zusammenhang liegt vor, wenn für eine objektive Beobachterin oder einen objektiven Beobachter nach Würdigung der Gesamtumstände nicht erkennbar ist, ob die Beamtin oder der Beamte einer Tätigkeit in Ausübung ihres oder seines Dienstes nachgeht oder nicht. Das wäre insbesondere dann anzunehmen, wenn die Beamtin oder der Beamte außerhalb ihres oder seines Dienstes schon oder noch ihre oder seine Dienstkleidung, beispielsweise auf dem Arbeitsweg, trägt oder wenn die Beamtin oder der Beamte in der Öffentlichkeit aufgrund des Amtes oder unter Berufung auf ihr oder sein Amt auftritt (Begründung zu Artikel 1 Nummer 11 Buchstabe c des Entwurfs des Gesetzes zur Regelung des Erscheinungsbildes von Beamtinnen

und Beamten sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, BR-Drs. 15/21 S. 40, BT- Drs. 19/26839 S. 39).

Bei nicht ablegbaren Erscheinungsmerkmalen wie z.B. einer Tätowierung kann die Anordnung darauf gerichtet sein, diese bei der Ausübung des Dienstes oder bei einer Tätigkeit mit unmittelbarem Dienstbezug abzudecken (z.B. durch Tragen eines lang-ärmeligen Hemdes bei einer Tätowierung auf dem Unterarm). Ist dieses Mittel nicht geeignet, kann z.B. eine dahingehende Anordnung erteilt werden, die Tätowierung im ansonsten sichtbaren Bereich mithilfe kosmetischer Möglichkeiten („Camouflage“) zu überdecken, soweit nicht dadurch wiederum ein Erscheinungsbild erzeugt wird, das mit der neutralen Amtsführung und der Pflicht zum achtungs- und vertrauenswürdigen Verhalten im Sinne des § 34 BeamtStG unvereinbar ist.

Ist auch dieses Mittel nicht geeignet, einen den Beamtenpflichten entsprechenden Zustand herzustellen, kommt die Anordnung in Betracht, ein nicht sofort ablegbares Erscheinungsmerkmal dauerhaft zu verändern oder – als ultima ratio – zu entfernen. Die Anordnung zur Veränderung kann z.B. auf die Verkleinerung eines Tattoos oder auf die Veränderung des Motivs gerichtet sein.

Eine Anordnung, die auf die Veränderung oder die Entfernung eines nicht sofort ablegbaren Erscheinungsmerkmals gerichtet ist, kann – wie im Falle einer Tätowierung – einen Eingriff in das Recht auf körperliche Unversehrtheit darstellen. Der Eingriff kann im Einzelfall dennoch gerechtfertigt sein, um den ansonsten bestehenden Verstoß gegen die Pflicht zum achtungs- und vertrauenswürdigen Verhalten und zur neutralen und gemeinwohlorientierten Amtsausübung zu vermeiden und die vielseitige Einsetzbarkeit der Beamtin oder des Beamten zu erhalten.

So besteht für eine dienstunfähige Beamtin oder einen dienstunfähigen Beamten aufgrund der Dienstleistungspflicht die Pflicht, sich zur Wiederherstellung der vollen Dienstfähigkeit einer zumutbaren Heilbehandlung einschließlich einer Operation zu unterziehen (BVerwG, Beschluss vom 09.05.1990, 2 B 48/90). Dementsprechend kann es ebenfalls zur Dienstleistungspflicht gehören, ein nicht ablegbares Erscheinungsmerkmal wieder entfernen zu lassen, wenn die Beamtin oder der Beamte

durch dieses Erscheinungsmerkmal ihre oder seine Verwendbarkeit erheblich eingeschränkt oder sogar ausgeschlossen hat.

Die Beamtin oder der Beamte ist verpflichtet, ihre oder seine Verwendungsmöglichkeit für alle Verwendungen zu erhalten, die ihrem oder seinem Statusamt und ihrer oder seiner Befähigung entsprechen. Denn die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung erfordert es, den flexiblen Personaleinsatz zu gewährleisten.

Die Lösung des Konflikts erfolgt durch die beschriebenen Anordnungen, die dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen müssen und als ultima ratio darauf gerichtet sein können, ein nicht sofort ablegbares Erscheinungsmerkmal zu entfernen. Dies ist angemessen, da der Dienstherr ansonsten einen dauerhaften Pflichtverstoß und ggf. eine dauerhafte nur eingeschränkte Verwendbarkeit der betreffenden Beamtinnen oder Beamten hinnehmen müsste. Das ist ihm nicht zuzumuten. Ihm bleibt im Übrigen die Möglichkeit, einen entsprechenden Pflichtverstoß im Disziplinarwege nach den Umständen des Einzelfalls bis hin zur Entfernung aus dem Beamtenverhältnis zu ahnden.

Mit Satz 2 wird klargestellt, dass sich die Anordnung auch darauf erstrecken kann, dass der Beamtin oder dem Beamten bereits im Voraus z.B. eine von ihr oder ihm gegenüber dem Dienstherrn angezeigte geplante Körpermodifikation wie eine Tätowierung untersagt werden kann.

Zu Absatz 4:

Wegen des Eingriffs in die von Artikel 4 Absatz 1 und 2 GG verbürgte individuelle Glaubensfreiheit bedarf es für Einschränkungen von religiös oder weltanschaulich konnotierten Erscheinungsmerkmalen einer besonderen Rechtfertigung. Absatz 4 konkretisiert als lex specialis die Reichweite von ergänzenden Regelungen nach Absatz 1 und von Anordnungen nach Absatz 2 bezüglich dieser Erscheinungsmerkmale. Die Sätze 1 und 2 knüpfen tatbestandlich an § 34 Absatz 2 Satz 4 BeamStG an, wobei § 56 Absatz 4 Satz 2 LBG – neu – konkretisiert, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, um eine Beeinträchtigung des Vertrauens in die neutrale Amtsführung der Beamtin oder des Beamten annehmen zu können.

Voraussetzung ist zunächst, dass die Erscheinungsmerkmale bei der Ausübung des Dienstes oder bei einer Tätigkeit mit unmittelbarem Dienstbezug von Dritten wahrgenommen werden können.

Dabei muss sich der Staat nicht jede bei Gelegenheit der Amtsausübung getätigte private Grundrechtsausübung seiner Amtsträgerinnen und Amtsträger als eigene zurechnen lassen. Eine Zurechnung kommt aber insbesondere dann in Betracht, wenn der Staat auf das äußere Gepräge einer Amtshandlung besonderen Einfluss nimmt, wie dies z.B. bei Verhandlungen vor Gericht der Fall ist; abweichende Verhaltensweisen einzelner Amtsträgerinnen und Amtsträger sind dem Staat dann eher zurechenbar (BVerfG, Beschluss vom 14.01.2020, 2 BvR 1333/17, Rn. 89, 90).

Die Zurechnung betrifft somit vom Staat geschaffene Lagen, in denen Bürgerinnen und Bürger ohne Auswahlmöglichkeiten dem Einfluss eines bestimmten Glaubens, den Handlungen, in denen dieser sich manifestiert und den Symbolen, in denen er sich darstellt, ausgesetzt sind. Zu diesen Lagen zählen neben Verfahrenshandlungen vor Gericht insbesondere solche im Polizeivollzug, in denen Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamte als Anwenderinnen und Anwender des Gewaltmonopols des Staates Bürgerinnen und Bürgern gegenüberreten. In diesen Situationen haben die Bürgerinnen und Bürger keine Ausweichmöglichkeiten. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die neutrale Amtsführung von Beamtinnen und Beamten muss insbesondere in diesen Lagen, in denen der Staat klassisch-hoheitlich und damit mit größerer Beeinträchtigungswirkung auftritt, sichergestellt werden.

Das ist eine andere Situation als im Bereich der bekenntnisoffenen Gemeinschaftsschule, in der sich gerade die religiös-pluralistische Gesellschaft widerspiegeln soll. Dort setzt ein entsprechendes Verbot religiöser Bekundungen eine konkrete Gefahr für den Schulfrieden bzw. für die staatliche Neutralität voraus (vgl. BVerfG, Beschluss vom 27.01.2015, 1 BvR 471/10).

In den vorstehend genannten, vom Staat gegenüber Bürgerinnen und Bürgern geschaffenen Lagen in der Justiz und im Polizeivollzug kommt es in besonderem Maße auf die weltanschaulich – religiöse Neutralität des Staates und seiner Amtsträgerin-

nen und Amtsträger an. Das rechtfertigt es, einzelne Regelungen (nach § 56 Absatz 1 – neu – LBG) und Anordnungen (nach § 56 Absatz 2 – neu – LBG) zu treffen, mit denen das Tragen von religiös oder weltanschaulich konnotierten Erscheinungsmerkmalen durch Amtsträgerinnen und Amtsträger eingeschränkt oder untersagt wird (Satz 2).

Die Rechtfertigung ergibt sich zudem aus der negativen Religionsfreiheit von beteiligten Dritten, die den betreffenden, vom Staat geschaffenen Lagen nicht ausweichen können.

Zwar hat die oder der Einzelne in einer Gesellschaft, die unterschiedlichen Glaubensüberzeugungen Raum gibt, kein Recht darauf, von fremden Glaubensbekundungen, kultischen Handlungen und religiösen Symbolen verschont zu bleiben. Davon zu unterscheiden ist aber eine vom Staat geschaffene Lage, in der die oder der Einzelne ohne Ausweichmöglichkeiten dem Einfluss eines bestimmten Glaubens, den Handlungen, in denen dieser sich manifestiert, und den Symbolen, in denen er sich darstellt, ausgesetzt ist (BVerfG, Beschluss vom 14.01.2020, 2 BvR 1333/17, Rn. 94).

Für den Justizbereich tritt zudem als den betreffenden Eingriff rechtfertigende verfassungsimmanente Schranke der Religionsfreiheit die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege insgesamt hinzu, die zu den Grundbedingungen des Rechtsstaats zählt (BVerfG, Beschluss vom 14.01.2020, 2 BvR 1333/17, Rn. 91). In gesteigertem Maße gilt das in Lagen, in denen Beamtinnen und Beamte als Repräsentantin oder Repräsentant des Staates in einem Verfahren wie z.B. einem gerichtlichen Verfahren auftreten, an welchem Dritte beteiligt sind, die sich diesem Verfahren nicht entziehen können. Das betrifft z.B. die Tätigkeit von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten während gerichtlicher Verhandlungen und die Wahrnehmung justizähnlicher Funktionen wie die Leitung einer Anhörungsausschusssitzung (vgl. BVerfG, Beschluss vom 14.01.2020, 2 BvR 1333/17, Rn. 104).

Mit Satz 3 wird klargestellt, dass Anordnungen über die Einschränkung des Tragens religiös oder weltanschaulich konnotierter Erscheinungsmerkmale auf das unbedingt erforderliche Maß zu begrenzen sind. Das heißt, die Anordnung darf sich nur auf die dienstlichen Tätigkeiten der Beamtin oder des Beamten erstrecken, bei denen es

ohne die Anordnung zu einer nicht hinnehmbaren Kollision mit der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates, dem Grundsatz der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege oder der grundrechtlich geschützten negativen Religionsfreiheit Dritter kommen würde. Anders als bei Anordnungen nach Absatz 2 und 3 bezüglich allgemeiner Erscheinungsmerkmale – insbesondere, wenn es sich um nicht ablegbare handelt – dürfen sich Anordnungen hinsichtlich religiös oder weltanschaulich konnotierter Erscheinungsmerkmale somit nicht pauschal auf die gesamte dienstliche Tätigkeit der betreffenden Beamtin oder des betreffenden Beamten erstrecken. Mit Satz 3 wird ferner klargestellt, dass die entsprechenden Anordnungen zu begründen sind.

Zu Absatz 5:

Neufassung der Ermächtigungsregelung für den Erlass von Dienstkleidungsvorschriften. Zugleich Zusammenführung mit dem bisherigen § 111 Absatz 2 LBG. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht verbunden.

Zu Nummer 13 (§ 59):

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17.09.2020, 2 C 2/20 und dem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.12.2020, 2 B 63/20, sind die wesentlichen Vorgaben für die Erstellung dienstlicher Beurteilungen vom Gesetzgeber selbst zu treffen und nicht dem Handeln sowie der Entscheidungsmacht der Exekutive zu überlassen, wenn der Vergleich der Bewerber im Rahmen des Artikel 33 Absatz 2 GG regelmäßig vor allem anhand dienstlicher Beurteilungen zu erfolgen hat.

Die wesentlichen Grundlagen für dienstliche Beurteilungen werden in § 59 Absatz 1 bis 3 geregelt. Weitere bereits vorhandene gesetzliche Regelungen betreffen die Beurteilung in der Probezeit (§ 19), den Zugang zur Altersteilzeit 63plus (§ 63a) und das Personalaktenrecht (Eröffnung und Erörterung der Beurteilung - § 87, Löschung - § 90).

Die Regelung ist an § 92 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes für Nordrhein-Westfalen angelehnt (vgl. BVerwG, Urteil vom 17.09.2020, 2 C 2/20, Rn.17) und enthält weitere wesentliche Konkretisierungen zu dienstlichen Beurteilungen.

Zu Buchstabe a) (Absatz 1):

Satz 1 knüpft begrifflich an § 9 BeamtStG an, der § 9 des Bundesbeamtengesetzes (§ 9 BBG) entspricht und unter anderem dem Leistungsprinzip des Artikels 33 Absatz 2 GG Rechnung trägt.

So sind gemäß § 9 BeamtStG (Kriterien der Ernennung) für die Beamtinnen und Beamten in den Ländern und gemäß § 9 Satz 1 des BBG (Auswahlkriterien) für die Beamtinnen und Beamten des Bundes Ernennungen nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ohne Rücksicht auf Geschlecht, Abstammung, Rasse oder ethnische Herkunft, Behinderung, Religion oder Weltanschauung, politische Anschauungen, Herkunft, Beziehungen oder sexuelle Identität vorzunehmen.

Die Eignung im weiteren Sinn umfasst die allgemeinen beamtenrechtlichen Eignungsvoraussetzungen für die Einstellung, Anstellung, Übertragung von Dienstposten, Beförderung und den Aufstieg sowie die zur Erfüllung der Aufgaben erforderliche Befähigung (Battis, Bundesbeamtengesetz, Rn. 5 zu § 9 BBG). Sie ist ein umfassendes Qualifikationsmerkmal, das die gesamte Persönlichkeit des Bewerbers erfasst und damit die beiden Merkmale der Befähigung und der fachlichen Leistung bereits umschließt (vgl. bereits BVerwG, Urteil vom 06.02.1975, 2 C 68/73, Rn. 59).

Befähigung zielt auf allgemein der Tätigkeit zugutekommende Fähigkeiten wie Begabung, Allgemeinwissen, Lebenserfahrung und allgemeine Ausbildung. Fachliche Leistung bedeutet Fachwissen, Fachkönnen und Bewährung im Fach. Eignung im engeren Sinne erfasst insbesondere Persönlichkeit und charakterliche Eigenschaften, die für ein bestimmtes Amt von Bedeutung sind (BVerfG, Beschluss vom 27.05.2013, 2 BvR 462/13, Rn. 14).

Befähigung und fachliche Leistung sind somit besonders hervorgehobene Teile der Eignung im weiteren Sinne. Eine exakte Abgrenzung der Inhalte dieser das Leistungsprinzip umschreibenden Merkmale gegeneinander ist insoweit nicht restlos möglich und auch nicht von maßgeblicher Bedeutung (Lemhöfer in Plog/ Wiedow, Bundesbeamtengesetz, Rn. 14 zu § 9 BBG).

Zur Eignung im engeren Sinne gehören noch weitere persönliche Merkmale mit Leistungsbezug, d.h. die darüber Aufschluss geben können, in welchem Maße eine Bewerberin oder ein Bewerber den Anforderungen der angestrebten Laufbahn bzw. – bei Beförderung – des angestrebten statusrechtlichen Amtes voraussichtlich gewachsen ist (vgl. BVerwG, Urteil vom 21.6.2007, 2 A 6/06, Rn 20, 22). Hierzu zählen die gesundheitliche Eignung sowie eine der angestrebten Laufbahn (bzw. dem angestrebten Amt) entsprechende körperliche, geistige und seelische Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit. Damit sind z.B. dienstlich relevante Eigenschaften wie Selbstständigkeit, Organisationsfähigkeit, Durchsetzungsvermögen, Zuverlässigkeit sowie Bereitschaft und Fähigkeit zur Zusammenarbeit angesprochen (Lemhöfer in Plog/ Wiedow, Rn. 18 zu § 9 BBG).

Dabei handelt es sich um Eigenschaften, die im Rahmen einer Befähigungsbewertung beurteilt werden (z.B. Organisationsfähigkeit) oder im Rahmen der gezeigten fachlichen Leistungen beobachtet werden können (z.B. Selbstständigkeit bzw. Eigenständigkeit /Eigeninitiative oder Zusammenarbeit); so bezüglich der Befähigung auch Schnellenbach, Bodanowitz, Die dienstliche Beurteilung der Beamten und der Richter unter Rn. 85: „Soweit Rechtsprechung und Literatur die „(besondere) charakterliche Eignung“, die „(allgemeine) geistige Eignung“ und die „gesundheitliche (körperliche) Eignung“ als Spezifika der „Eignung“ anführen, begegnet dies insofern durchgreifenden Bedenken, als der Eindruck erweckt wird, es drehe sich bei diesen Faktoren *nur* um Eignungsmerkmale. Die zitierten Merkmale betreffen in Wahrheit *Eigenschaften* des Bewerbers, die sich ebenso zwanglos dem Begriff der „Befähigung“ zuordnen lassen wie etwa Beharrlichkeit, geistige Beweglichkeit und Belastbarkeit. Ein sachlicher Grund dafür, einige - und zudem gerade die genannten – Eigenschaften gänzlich aus dem Befähigungsprofil auszuklammern und *nur* als Eignungsfaktoren zu betrachten, ist nicht ersichtlich.“

Wegen dieser inhaltlichen Überschneidungen ist eine von der Beurteilung der fachlichen Leistung oder der Bewertung der Befähigung getrennte Eignungsbeurteilung als gesonderter Bestandteil der dienstlichen Beurteilung nicht notwendig. Das wird in Satz 2 klargestellt.

Eignung, Befähigung und fachliche Leistung können somit in einer Gesamtbeurteilung beurteilt werden. Dienstliche Beurteilungen können aber auch aus voneinander getrennten Teilen bestehen, die sich zu den fachlichen Leistungen, zur Befähigung und/ oder zur Eignung verhalten. Sie sollen einen Verwendungsvorschlag (neuer Satz 5) enthalten. Ferner können sie z.B. Angaben zu Fortbildungen oder Empfehlungen für Personalentwicklungsmaßnahmen enthalten.

Davon unberührt bleibt die Notwendigkeit, im Zusammenhang mit (angestrebten) statusberührenden Maßnahmen (Einstellung, Wechsel in eine andere Laufbahn, Ende der Probezeit nach § 5 oder nach § 19, Beförderung oder – in Vorbereitung dessen – Übertragung eines höherwertigen Dienstpostens) ein prognostisches Eignungsurteil bezüglich der Gesamteignung der jeweiligen Beamtin oder des jeweiligen Beamten abzugeben. In einer Konkurrenzsituation z.B. um die Vergabe eines höheren Statusamtes ist dieses vergleichende Eignungsurteil maßgeblich auf aktuelle dienstliche Beurteilungen zu stützen. Maßgebend für den Leistungsvergleich ist in erster Linie das abschließende Gesamturteil, das durch eine Würdigung, Gewichtung und Abwägung der einzelnen leistungsbezogenen Gesichtspunkte zu bilden ist (BVerwG, Beschluss vom 20.06.2013, 2 VR 1/13).

In den Vergleich sind weitere Eignungsanforderungen einzubeziehen (z.B. Erfüllung der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen; Erfüllung eines zulässigerweise aufgestellten konstitutiven Anforderungsprofils; Erfüllung von Wartefristen seit der letzten Beförderung im nach der Rechtsprechung zulässigen zeitlichen Umfang, vgl. BVerwG, Urteil vom 26.09.2012, 2 C 74/10, Rn. 23, Urteil vom 19.03.2015, - 2 C 12/14; keine relevanten Vorstrafen; keine laufenden Disziplinarverfahren; Verfassungstreue), die – wenn überhaupt - nur eingeschränkt in einer dienstlichen Beurteilung abgebildet werden können. Denn für eine Auswahlentscheidung ist eine Eignungsprognose abzugeben, die sich grundsätzlich nicht in der Bewertung der bislang gezeigten Leistungen erschöpft. Insbesondere wenn die Anforderungen des angestrebten Amtes - etwa im Hinblick auf typischerweise wahrzunehmende Führungsaufgaben - nicht identisch mit denjenigen des bisherigen Amtes sind, müssen daher zusätzliche Erwägungen angestellt werden. Hierfür sind die in der dienstlichen Beurteilung ausgewiesenen Befähigungseinschätzungen heranzuziehen (BVerwG, Urteil vom 19.03.2015, 2 C 12/14, Rn. 45).

Insbesondere bei im Wesentlichen gleichem Gesamturteil kommt ein weiterer Vergleich der Kandidatinnen und Kandidaten anhand der für das Beförderungsamts wesentlichen Einzelaussagen der dienstlichen Beurteilungen und / oder die Heranziehung weiterer leistungsbezogener Kriterien neben den Beurteilungen wie z.B. strukturierte Interviews, Assessment- Center und Tests in Betracht (vgl. BVerfG, Beschluss vom 04.10.2012, 2 BvR 1120/12, Nichtannahmebeschluss vom 11.05.2011, 2 BvR 764/11, OVG Lüneburg, Beschluss vom 21.02.2007, 5 LA 171/06).

Vor diesem Hintergrund regelt § 59 Absatz 1 bis 3 LBG die Rahmenbedingungen für dienstliche Beurteilungen.

Dienstliche Beurteilungen erfolgen nach Satz 2 regelmäßig in bestimmten Zeitabständen (Regelbeurteilung) oder aus besonderem Anlass (Anlassbeurteilung). Ob Beurteilungen in einem System von Regelbeurteilungen, ergänzt um Anlassbeurteilungen, erfolgen oder ausschließlich ein System von Anlassbeurteilungen gilt, ist in den jeweiligen Laufbahnverordnungen zu bestimmen. Dies hängt von den sachlichen Bedingungen der jeweiligen Laufbahn bzw. Fachrichtung (z.B. Allgemeine Dienste, Justiz, Polizei, Bildung) usw. ab, deren Rahmenbedingungen sich so evident voneinander unterscheiden, dass eine abschließende gesetzliche Regelung einer bestimmten Variante nicht sachgerecht ist. Die Ermächtigung, im Verordnungsrang entsprechende Bestimmungen zu treffen, folgt aus Absatz 3.

Nach Satz 3 sind dienstliche Beurteilungen mit einem Gesamturteil abzuschließen (BVerwG, Urteil vom 20.06.2013, 2 VR 1/13 , Rn. 21; Urteil vom 17.09.2015, 2 C 27/14, Rn. 34).

Mit Satz 4 wird klargestellt, dass von der Leistungsbeurteilung getrennte, prognostische Befähigungsbewertungen nicht mit einem Gesamturteil zu versehen oder in das Leistungs- Gesamturteil einzubeziehen sind. Denn derartige Befähigungsmerkmale entziehen sich einer generellen und bezugsunabhängigen Gesamtbewertung oder gar Notenvergabe. Eine diesbezügliche Gesamtsaldierung widerspräche dem Sinn der Befähigungsanalyse, mit der individuelle Stärken und Schwächen der Beamtin oder des Beamten herausdifferenziert werden sollen, um eine fundierte Erkenntnis-

grundlage für die künftige Verwendung zu schaffen (vgl. BVerwG, Urteil vom 19.03.2015, 2 C 12/14, Rn. 44).

Bei dem nach Satz 5 grundsätzlich vorgesehenen Verwendungsvorschlag handelt es sich ebenfalls um einen Teil einer – prognostischen – Eignungseinschätzung. Dazu zählt z.B. die Einschätzung, ob die Beamtin oder der Beamte für eine andere Verwendung z.B. mit Führungsfunktion geeignet wäre (im Geltungsbereich der ALVO zählt hierzu auch die in der dienstlichen Beurteilung anzugebende Empfehlung für die Teilnahme an einer Führungspotenzialanalyse - § 10 a ALVO).

Die bisherige Regelung über die Aktualität der dienstlichen Beurteilung wird unverändert fortgeschrieben (Satz 6).

Zu Buchstabe b):

Zu Absatz 2:

Die bisherige laufbahnrechtliche Regelung, Kinderbetreuungszeiten bei Beförderungen zu berücksichtigen (Nachteilsausgleich), betrifft seit der Abschaffung des Beförderungsverbotes im Anschluss an die Probezeit (Artikel 3 des Gesetzes zur Verbesserung der Besoldungsstruktur und zur Einführung eines Altersgeldes nach versorgungsrechtlichen Vorschriften vom 08.09.2020, GVObI. Schl.-H. S. 516) nur noch die im Rahmen des Nachteilsausgleichs ausnahmsweise mögliche Beförderung während der Probezeit. Im weiteren Karriereverlauf ist die Einbeziehung von z.B. wegen der Kinderbetreuung beurlauben Beamtinnen und Beamten in die Beförderungsauswahl begrenzt.

So scheitert die Einbeziehung in die Beförderungsauswahl bei entsprechenden Beurlaubungszeiten oftmals daran, dass zum Zeitpunkt der Auswahlentscheidung keine aktuelle dienstliche Beurteilung für die beurlaubte Beamtin oder den beurlaubten Beamten vorliegt. Denn nach § 59 Absatz 1 Satz 6 besitzt eine Beurteilung – der Rechtsprechung zur Aktualität von dienstlichen Beurteilungen folgend – hinreichende Aktualität, wenn das Ende des Beurteilungszeitraumes zum Zeitpunkt der Auswahlentscheidung nicht länger als drei Jahre zurückliegt.

In den Allgemeinen Laufbahnvorschriften (§ 39 ALVO) wird bestimmt, dass vor Beginn einer mindestens dreimonatigen Beurlaubung eine Anlassbeurteilung erstellt wird, wenn die letzte Beurteilung zum Beurteilungsbeginn länger als 12 Monate zurückliegt. Damit ist eine Beurteilung vorhanden, die längstens für die Dauer von drei Jahren in den Beurteilungszeitraum reicht, jedoch nicht darüber hinaus.

Daher besteht Bedarf, diese Lücke zu schließen. Damit wird zugleich der RL (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 20.06.2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der RL 2010/18/EU des Rates (ABl. EU L 188/79) stärker Rechnung getragen.

Daher kann künftig bei Elternzeit mit vollständiger Freistellung von der Tätigkeit oder bei einem Urlaub ohne Dienstbezüge nach § 62 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 die letzte regelmäßige dienstliche Beurteilung unter Berücksichtigung der Entwicklung vergleichbarer Beamtinnen und Beamten fortgeschrieben werden, wenn keine aktuelle dienstliche Beurteilung im Sinne des Absatzes 1 vorliegt. Das entspricht im Wesentlichen der fiktiven Laufbahnnachzeichnung für freigestellte Personalratsmitglieder, die aus dem Mitbestimmungsrecht hergeleitet wird.

Damit liegt auch über die bisherige Nachwirkung einer dienstlichen Beurteilung hinaus eine Beurteilungsgrundlage vor, die auch zu einem späteren Zeitpunkt die Einbeziehung in eine Beförderungsauswahlentscheidung ermöglicht. Die fiktive Fortschreibung setzt allerdings eine belastbare Tatsachengrundlage voraus:

Die fiktive Fortschreibung fingiert nicht nur eine tatsächlich im Beurteilungszeitraum nicht erbrachte Dienstleistung, sie unterstellt auch eine Fortentwicklung der Leistungen der Beamtin oder des Beamten entsprechend dem durchschnittlichen beruflichen Werdegang einer von Gruppe vergleichbaren Beamtinnen und Beamten. Damit prognostiziert sie, wie die Beamtin oder der Beamte voraussichtlich zu beurteilen wäre, wäre sie oder er im Beurteilungszeitraum nicht freigestellt und hätte sie oder er die Leistungen wie vergleichbare Kolleginnen und Kollegen fortentwickelt. Die Verlässlichkeit einer Prognose über die voraussichtliche Leistungsentwicklung einer freigestellten Beamtin oder eines freigestellten Beamten ist umso höher, je länger und je

qualifizierter dieser vor der Freistellung dienstliche Aufgaben erledigt hat, je kürzer dies zurückliegt und je eher diese Aufgaben mit denjenigen des angestrebten Beförderungsamtes oder -dienstpostens vergleichbar sind. Hiernach ist die tatsächliche Möglichkeit einer belastbaren Prognose auch von der Dauer des Zeitraumes abhängig, der zwischen der letzten beurteilten Dienstleistung und dem Beurteilungszeitraum liegt, für den die fiktive Fortschreibung erfolgen soll. Ab welcher Zeitspanne zwischen der letzten beurteilten Dienstleistung und dem Stichtag die tatsächlichen Erkenntnisse eine Prognose über die Leistungsentwicklung nicht mehr tragen können, ist grundsätzlich eine Frage des Einzelfalles (BVerwG, Urteil vom 16.12.2010, 2 C 11/09).

Verlangt das Laufbahnrecht allerdings, dass sich die Beamtin oder der Beamte vor einer Beförderung auf einem höherwertigen Dienstposten zu bewähren hat (z.B. Vorprobungszeit nach § 20 Absatz 2 Nummer 2 LBG), kann dies nicht durch eine Nachzeichnung ersetzt werden (vgl. BVerwG, Beschluss vom 25.06.2014, 2 B 1/13). Unabhängig davon müssen die allgemeinen beamtenrechtlichen Eignungsvoraussetzungen für eine Beförderung – einschließlich der gesetzlichen Mindestdienstzeit zwischen zwei Beförderungen (§ 20 Absatz 2 Nummer 3) – erfüllt sein.

Als äußere zeitliche Grenze für die fiktive Laufbahnnachzeichnung wird festgelegt, dass sich die Fortschreibung auf längstens drei aufeinander folgende Regelbeurteilungszeiträume erstrecken darf. Das entspricht z.B. der vergleichbaren Regelung in Artikel 17a des bayerischen Leistungslaufbahngesetzes. Regelung von Einzelheiten der fiktiven Laufbahnnachzeichnung bleibt nach Absatz 3 Nummer 6 den jeweiligen Laufbahnverordnungen vorbehalten. Für den Geltungsbereich der ALVO wird die maßgebliche Regelung durch Artikel 5 Nummer 9 dieses Gesetzes getroffen (§ 39 ALVO).

Zu Absatz 3:

Wegen der sehr unterschiedlichen Bedarfe der verschiedenen Verwaltungsbereiche (zum Beispiel Allgemeine Dienste, Polizei, Lehrkräfte) sind die über den Inhalt von Absatz 1 hinausgehenden weiteren Beurteilungsregelungen in den Laufbahnverordnungen nach § 25 Absatz 2 zu treffen. Mit dem neuen Absatz 3 wird – der o.a. Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts folgend – die Reichweite der jeweiligen Ermächtigung präzisiert.

Absatz 3 bestimmt im Rahmen einer nicht abschließenden Aufzählung, auf welche Inhalte der im Verordnungsrang zu treffenden Regelungen sich die gesetzliche Ermächtigung für über Absatz 1 hinaus zu regelnde Grundsätze insbesondere erstreckt:

Zum Inhalt der Beurteilung zählen z.B. Bestimmungen über die Beurteilung der fachlichen Leistung, der Befähigung oder ein Verwendungsvorschlag sowie wesentliche Bewertungsmerkmale oder Gruppen von Bewertungsmerkmalen (z.B. Arbeitsgüte und Arbeitsweise). Zu den Grundsätzen zählen auch Regelungen über regelmäßige Beurteilungen (Regelbeurteilung) und Regelungen über Beurteilungen aus besonderem Anlass (Anlassbeurteilung). Dabei kann es in Verordnungen nach § 25 Absatz 2 Satz 2 für bestimmte Fachrichtungen, bei denen Beförderungen fast ausschließlich nur auf gesetzlich geregelten Funktionsstellen erfolgen wie im Schulbereich, ausreichend sein, nur ein System von Anlassbeurteilungen zu regeln. Zur Klarstellung der diesbezüglich möglichen Abweichung von der Allgemeinen Laufbahnverordnung (§ 25 Absatz 2 Satz 1) wird auf die Neufassung von § 42 ALVO (Artikel 5 Nummer 12) verwiesen.

In den Verordnungen können Regelungen über Regelbeurteilungen und/ oder Anlassbeurteilungen getroffen werden. Dazu zählen auch Bestimmungen über eine Mindestfrist der Wahrnehmung von Aufgaben für die Beurteilung, über den Regelbeurteilungszeitraum, über Ausnahmen von der Regelbeurteilung für bestimmte Statusgruppen (z.B. Beamtinnen und Beamte in der Probezeit, während einer Einführungs- oder Bewährungszeit, während einer Beurlaubung), sowie, dass Regelbeurteilungen ab einem bestimmten Lebensalter nur auf Antrag der Beamtin oder des Beamten erfolgen, ferner die Anlässe, aus denen eine Anlassbeurteilung zu fertigen ist (z.B. während der Probezeit, vor Ablauf einer Einführungs-oder Bewährungszeit, vor Beginn einer mindestens dreimonatigen Beurlaubung und wenn sonstige dienstliche oder persönliche Verhältnisse es erfordern).

Neben Regelungen über die Ausgestaltung des Beurteilungsmaßstabs, über eine Bewertungsskala für Einzelmerkmale und die Bildung des Gesamturteils können ferner Regelungen über Richtwerte für die Vergabe der Beurteilungsnoten vorgesehen werden.

Nummer 6 ermächtigt, Einzelheiten zu der in Absatz 2 neu geschaffenen Regelung über die fiktive Fortschreibung von Beurteilungen zu regeln.

Zu Nummer 14 (§ 61):

Mit der Regelung wird klargestellt, dass der Arbeitszeitanteil am Ende des Teilzeit-Sabbatjahres mindestens 25% der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit betragen muss. Damit soll ein Absinken der tatsächlichen Arbeitszeit auf ein für die Aufgabenerledigung nicht mehr sachgerechtes Maß vermieden werden. Das entspricht der Regelung in § 62a Absatz 2 Satz 2 und dem Mindestteilzeitfaktor der Teilzeitbeschäftigung nach § 62 Absatz 1. Der Umfang der Teilzeitbeschäftigung und die Besoldung entsprechen dem über den gesamten Zeitraum gemittelten Teilzeitfaktor. Wird eine noch weitergehende Freistellung im letzten Jahr angestrebt, wäre das Sabbatmodell mit Vollfreistellung am Ende die geeignetere Alternative.

Beispiel:

- Teilzeit- Sabbatmodell für die Dauer von 4 Jahren
- 1. bis 4. Jahr tatsächliche Beschäftigung 75 % der regelmäßigen Wochenarbeitszeit
- 5. Jahr tatsächliche Beschäftigung 25 % der regelmäßigen Wochenarbeitszeit
- Der Teilzeitumfang über den gesamten Zeitraum beträgt 65% der regelmäßigen Wochenarbeitszeit

Mit einem tatsächlichen Beschäftigungsumfang von 80% in den ersten vier Jahren wäre diese Teilzeitbeschäftigung (65%) nicht möglich, da dies im 5. Jahr zu einem Absinken des tatsächlichen Beschäftigungsumfangs auf 5% der regelmäßigen Wochenarbeitszeit führen würde.

Zu Nummer 15 (§ 66):

Es ist nicht mehr zeitgemäß, für den Hinweis auf die Folgen von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung für beamtenrechtliche Folgen ausschließlich die Schriftform zu verlangen, welche nur durch die qualifizierte elektronische Form ersetzt werden kann (§ 52a Absatz 2 LVwG). Stattdessen genügt künftig auch der Hinweis in anderer Form z.B. per E-Mail oder in einem persönlichen und dokumentierten Beratungsgespräch. Dabei ist eine Aufklärung, z.B. in Form der verfügbaren Broschüre zu Teil-

zeit und Beurlaubung zur Orientierung sinnvoll. Das Merkblatt kann dem Bewilligungsbescheid als Bestandteil beigelegt werden.

Zu Nummer 16 (§ 67):

§ 67 berechtigt den Dienstherrn, bei begründeten Zweifeln an der von der Beamtin oder dem Beamten selbst angezeigten Dienstunfähigkeit oder an der privatärztlich attestierten Dienstunfähigkeit eine ärztliche Überprüfung zu veranlassen.

Mit der Begutachtung können nach bisherigem Recht nur Amtsärztinnen, Amtsärzte oder sonstige beamtete Ärztinnen und Ärzte beauftragt werden. Der Verweis auf § 44 wird erweitert, so dass künftig auch andere Ärztinnen und Ärzten als Amtsärztinnen und Amtsärzten oder beamteten Ärztinnen oder Ärzten mit der ärztlichen Untersuchung zur Überprüfung einer kurzfristigen Dienstunfähigkeit beauftragt werden können. Dabei kann es sich z.B. um Klinikärztinnen und –ärzte, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte oder Betriebsärztinnen und –ärzte handeln. Mit dem Verweis auf § 44 wird zugleich klargestellt, dass es sich dabei um von der Behörde bestimmte Ärztinnen und Ärzte handeln muss. Damit werden die verschiedenen Untersuchungsanlässe (Feststellung der gesundheitlichen Eignung für das Beamtenverhältnis, Prüfung der dauerhaften Dienstunfähigkeit, Überprüfung einer vorübergehenden Dienstunfähigkeit) hinsichtlich des möglichen Gutachterkreises in gleicher Weise geregelt.

Die Möglichkeit, andere als Amtsärztinnen und Amtsärzte mit ärztlichen Untersuchungen zu betrauen, trägt zudem dem Umstand und den Erfahrungen Rechnung, dass vor allem in Spitzenzeiten, in denen bei den Gesundheitsämtern vordringliche Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung wahrzunehmen sind (z.B. infektionsschutzrechtliche Aufgaben zur Bekämpfung der COVID-19- Pandemie), keine Kapazitäten für flächendeckende, gesetzlich vorgeschriebene Untersuchungen von Beamtinnen und Beamten vorhanden sind. Mit der Erweiterung des möglichen Gutachterkreises wird somit ein - wenn auch nur geringfügiger - Beitrag zur Entlastung des öffentlichen Gesundheitsdienstes geleistet.

Zu Nummer 17 (§ 68):

Die Ermächtigungsnorm wird konkretisiert. Auf die Begründung zu Nummer 10 Buchstabe a) wird Bezug genommen. Bei der Gelegenheit wird die Ermächtigung für die

Gewährung einer Urlaubsabgeltung vor dem Hintergrund aktueller Rechtsprechung offener gefasst (EuGH-Urteile C-619/16 und C-684/16 sowie die beim EuGH anhängigen Vorabentscheidungsersuchen des BAG vom 07.07.2020, 9 AZR 245/19 (A) und 9 AZR 401/19 (A))

Zu Nummer 18 (§ 95):

Redaktionelle Korrektur.

Zu Nummer 19 (§ 111):

Folgeänderung zu Nummer 12. Die Ermächtigung zum Erlass von Dienstkleidungsvorschriften wird im neugefassten § 56 gebündelt. Im Übrigen bleibt die Ermächtigung nach dem bisherigen Absatz 2 am neuen Standort unverändert. Für bisher aufgrund von § 111 Absatz 2 erlassene Dienstkleidungsvorschriften gilt die Übergangsvorschrift in Nummer 24 (neuer § 134). Künftig regelt § 111 ausschließlich den unverändert bestehenden Anspruch der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten auf Erhalt der Bekleidung und Ausrüstung, die die besondere Art ihres Dienstes erfordert.

Zu Nummer 20 (Überschrift zu Abschnitt X Unterabschnitt 4):

Redaktionelle Folgeänderung zu Nummer 21.

Zu Nummer 21 (§ 114a):

Die Norm ermächtigt das für Justiz zuständige Ministerium zum Erlass von Verordnungen, um die weiteren Grundsätze für dienstliche Beurteilungen der dort genannten Justizberufe zu regeln. Hierbei handelt sich hauptsächlich um in der Rechtspflege tätige Beamtinnen und Beamte, für die auch schon nach geltendem Recht die Beurteilungsregelungen der Allgemeinen Laufbahnverordnung nicht anwendbar waren (§ 42 ALVO). Da gemäß aktueller Rechtsprechung die wesentlichen Grundsätze für die dienstlichen Beurteilungen durch Gesetz zu regeln sind, soll die bisher durch § 42 ALVO geregelte Ausnahme künftig im Wege einer Verordnungsermächtigung in das Gesetz übernommen werden. Das Wesen und der Charakter der in § 114a genannten Berufe unterscheidet sich von den Aufgaben der Beamtinnen und Beamten der allgemeinen Verwaltung. Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger gehören der Judika-

tive an, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte stehen aufgrund ihrer Mitwirkung der Judikative nahe. Die sich daraus ergebenden Besonderheiten bei der Wahrnehmung von Aufgaben, die nicht überwiegende Verwaltungstätigkeit darstellt, rechtfertigt eigene Beurteilungsregelungen und damit das Erfordernis der Verordnungsermächtigung. Deshalb kann bei einer überwiegenden Tätigkeit der Berufsträger in der Verwaltung vorgesehen werden, dass diese nach den allgemeinen Regelungen zu beurteilen sind.

Zu Nummer 22 (§ 118):

Durch Artikel 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Beamtenrechts in Schleswig-Holstein vom 26.03.2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 93, ber. S. 261) ist der Ruhestandseintritt der Beamtinnen und Beamten in der Weise flexibilisiert worden, dass der Eintritt in den Ruhestand auf Antrag der Beamtin oder des Beamten um längstens drei Jahre hinausgeschoben werden kann, wenn dienstliche Interessen nicht entgegenstehen (§ 35 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 LBG, LT- Drs. 16/2306 Seite 179). Den eingeschlagenen Weg hat der Landesgesetzgeber mit den durch das Gesetz zur Förderung der personalwirtschaftlichen Bewältigung besonderer Bedarfslagen vom 18.12.2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 426, LT-Drs. 18/3538(neu)) und das Gesetz zur Modernisierung des Landesbeamtenrechts vom 21.07.2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 597, LT-Drs. 18/3154 und 18/4379) geschaffenen Anreizen für einen längeren Verbleib im aktiven Dienst fortgesetzt.

Im Hochschulbereich hat sich gezeigt, dass die derzeit geltende Regelung über das Hinausschieben auf eigenen Antrag an praktische Grenzen stößt, da bei Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzung nahezu kein Spielraum für eine Ermessensentscheidung bleibt und insoweit die Besonderheiten des Hochschulbereichs nicht hinreichend Berücksichtigung finden können.

Das betrifft insbesondere die notwendige Erhaltung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen. Im Gegensatz zu den Beamtinnen und Beamten in anderen Verwaltungsbereichen geht es bei den Ämtern der Professorinnen und Professoren nicht um die bloße Neubesetzung von bisher vorhandenen Dienstposten mit einer entsprechenden Dienstaufgabe, sondern in der Regel geht mit der Nachbeset-

zung einer Professur eine inhaltliche Neuausrichtung bzw. Neujustierung des jeweiligen Forschungsfeldes einher, die sich an den aktuellen wissenschaftlichen Strömungen orientiert. Die Professorinnen und Professoren verkörpern eine durch ihre Denomination bestimmte Schwerpunktsetzung in dem von ihnen vertretenen Fach. Plant die Hochschule auf Grund ihrer längerfristig angelegten strategischen Ausrichtung eine Weiterentwicklung oder Änderung des Schwerpunktes, z.B. zur Vorbereitung eines Exzellenzclusters, so ist dieses zwangsläufig mit einer Neuausrichtung von Professuren verbunden. Eine entsprechende Planung und Umsetzung an der jeweiligen Hochschule wird wesentlich erschwert oder ggf. unmöglich, wenn nicht zugleich Planbarkeit hinsichtlich einer etwaigen Verlängerung der Dienstzeit von Professorinnen oder Professoren hergestellt wird. Dies lässt sich besser auf der Grundlage einer an den dienstlichen Interessen der jeweiligen Hochschule ausgerichteten Regelung über das antragsgebundene Hinausschieben des Ruhestands verwirklichen.

Für wissenschaftliche hochrangige Förderprogramme ist es oftmals Voraussetzung, zunächst im Rahmen von Drittmitteln befristet eingerichtete Professuren später zu verstetigen. Dies stellt die Hochschule vor die enorme Herausforderung, die notwendigen Ressourcen (sowohl in finanzieller, stellentechnischer sowie auch räumlicher Hinsicht) nach Ablauf der Förderperiode vorzuhalten. Aufgrund der nur sehr begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen geschieht dies i.d.R. durch Einfädelung dieser Professuren auf bereits vorhandene (und grundsätzlich thematisch naheliegende) Professuren. Da die Förderprogramme in der Regel eine Laufzeit von 5 Jahren haben und bereits bei Annahme der Förderung Klarheit über die künftige Verortung bzw. Einfädelung der Professur bestehen muss, ist es für die Hochschulen von größter Bedeutung, bei den Planungen dieser ‚High Potential‘-Nachwuchsprogramme die entsprechende Planungssicherheit zu haben. Die Beibehaltung der aktuellen Rechtslage kann hingegen dazu führen, dass die Hochschule aufgrund nicht abschätzbarer Folgekosten von der Teilnahme an derartigen Förderprogrammen gänzlich Abstand nimmt, was für den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein mit erheblichen Nachteilen verbunden wäre.

Daher soll künftig ein Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand auf Antrag einer Professorin oder eines Professors um bis zu drei Jahre (§ 35 Absatz 4 Satz 1) nur noch im dienstlichen Interesse ermöglicht werden.

Die Änderung der Regelung führt dazu, dass ein Hinausschieben des Ruhestandes auf Antrag der Professorin oder des Professors nur dann möglich ist, wenn ein qualifiziertes Interesse der Hochschulen daran besteht. Dies wird in der Regel dann gegeben sein, wenn die Sicherstellung der Lehre in dem konkreten Fachbereich sonst nicht gewährleistet ist oder wenn von der Professorin oder dem Professor begleitete Projekte oder Forschungsarbeiten zeitlich nicht bis zum regulären Eintritt in den Ruhestand beendet werden können. Auch kann ein dienstliches Interesse begründet sein, wenn die Neubesetzung der Professur zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist oder durch den Verbleib der Professorin oder des Professors ein neues Förderprogramm akquiriert werden kann.

Diese Neuregelung hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Anwendung der Regelung über den Zuschlag bei Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand nach § 9a Absatz 1 SHBesG. Hierüber wird unter Berücksichtigung des dienstlichen Interesses, das mit der Bewilligung eines Antrags auf Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand anerkannt wird, im jeweiligen Einzelfall zu entscheiden sein.

Unberührt bleibt die nach § 35 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 bestehende Möglichkeit, den Eintritt in den Ruhestand – ohne Antrag - um bis zu drei Jahre aus dienstlichen Gründen mit Zustimmung der Beamtin oder des Beamten hinauszuschieben. Diese Regelung gilt auch im Hochschulbereich unverändert fort.

Zu Nummer 23 (§ 129a):

Nach Nummer 2 Buchstabe b) (§ 5) gehören die im Bereich der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts mit und ohne Gebietshoheit und der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts Ämter der Besoldungsgruppe A 12 der Leiterinnen und Leiter von Dezernaten, Fachbereichen, Ämtern und Abteilungen und vergleichbarer Organisationseinheiten künftig nicht mehr zum Kreis der leitenden Ämter nach § 5. Für zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes vorhandene Inhaberinnen und Inhaber dieser Ämter bedarf es einer Übergangsregelung.

Es erfolgt keine automatische Umwandlung der auf Probe übertragenen Ämter in auf Lebenszeit übertragene Ämter. Um den Dienstherren Planbarkeit zu ermöglichen,

wird an dem Erfordernis der Bewährung in der Probezeit festgehalten. Denn die Ämter bei denen es sich trotz der vorgesehenen Herauslösung aus dem Kreis der Ämter mit leitender Funktion in der Regel um herausgehobene Funktionen bei den jeweiligen Dienstherrn handelt, waren von diesen unter der Prämisse vergeben worden, dass die Bewährung für diese Ämter einer Überprüfung im Rahmen der Probezeit unterzogen wird und eine mögliche Fehlentscheidung somit noch korrigierbar ist. Daher gilt für die Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber grundsätzlich das bisherige Recht fort. Zum Ausgleich wird aber abweichend von § 5 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 6 geregelt, dass das Amt auf Lebenszeit zu übertragen ist, wenn die Beamtin oder der Beamte sich in einer Probezeit von mindestens einem Jahr (statt zwei Jahre) bewährt hat; diese Probezeit kann bei besonderer Bewährung bis auf sechs Monate verkürzt werden. Damit liegt ein ausreichender Zeitraum vor, um die Bewährung feststellen zu können.

Die Möglichkeit, Zeiten, in denen die leitende Funktion bereits übertragen worden ist, auf die Probezeit anzurechnen, bleibt unberührt.

Dabei kann in der Übergangsregelung keine allgemeinverbindliche Dauer der Probezeit festgelegt werden, da es zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes Fälle geben wird, die sich bereits mehr als ein Jahr in der Probezeit befinden, was mit der Regelung berücksichtigt wird. Eine Abkürzung der Probezeit für die Vergangenheit und eine rückwirkende Ernennung zur Übertragung des Führungsamtes auf Lebenszeit sind hingegen rechtlich nicht möglich (vgl. § 8 Absatz 4 BeamtStG).

Zu Nummer 24 (§ 134):

Folgeänderung zu Nummer 12 (§ 56) und 19 (§ 111). Die Ermächtigung, Dienstkleidungsvorschriften zu erlassen, wird in § 56 zusammengefasst. Die spezielle Ermächtigung für Dienstkleidungsvorschriften im Polizeivollzugsdienst in § 111 Absatz 2 wird aufgehoben. Mit der Übergangsregelung wird klargestellt, dass die aufgrund von § 111 Absatz 2 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassenen Dienstkleidungsvorschriften fortgelten, bis sie durch Dienstkleidungsvorschriften nach § 56 ersetzt werden.

Zu Artikel 2 (Änderung des Landesrichtergesetzes):**Zu Nummer 1 (Inhaltsverzeichnis)**

Das Inhaltsverzeichnis wird an die Änderungen in Nummern 4 und 5 angepasst.

Zu Nummer 2 (§ 6 LRiG):

Der neue Wortlaut von § 6 Absatz 2 ersetzt die bisherigen Regelungen über die Zusammensetzung des Landesbeamtenausschusses in Angelegenheiten der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Der Bedarf an einer Mitwirkung dieser Berufsgruppen im Ausschuss besteht nicht mehr, zumal nach § 95 Absatz 2 Satz 3 LBG ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied des Landesbeamtenausschusses aus dem Kreis der Richterinnen und Richter der Verwaltungsgerichtsbarkeit berufen wird.

§ 6 Absatz 2 LRiG sieht noch eine von § 95 LBG in der bis zum 31.08.2016 geltenden Fassung abweichende Zusammensetzung des Landesbeamtenausschusses in Angelegenheiten der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vor. Danach gehört auch die Leitung der Allgemeinen Abteilung des Ministeriums für Justiz, Europa und Verbraucherschutz dem Ausschuss als ständiges Mitglied an. An die Stelle der übrigen Mitglieder (§ 95 Absatz 3 LBG a. F.) treten fünf Richterinnen oder Richter sowie eine Staatsanwältin oder ein Staatsanwalt als nichtständige Mitglieder nebst deren Stellvertretung.

Mit der Änderung des § 95 LBG zum 01.09.2016 hat sich die Zusammensetzung des Landesbeamtenausschusses geändert. Nach der neuen Fassung gibt es keine Unterscheidung mehr in ständige und nichtständige Mitglieder. Hintergrund ist, dass im Rahmen der geschlechterparitätischen Besetzung von Gremien von der funktionsbezogenen Besetzung der Ausschussmitglieder Abstand genommen wurde. Folge dieser Rechtsänderung ist, dass die Verweisung in § 6 Absatz 2 LRiG nicht mehr stimmt und daher eine Neubesetzung des Ausschusses in Angelegenheiten der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte derzeit nicht möglich ist. Hierfür müsste das Landesrichtergesetz an die Regelungen zum Landesbeamtenausschuss angepasst werden, was bei der damaligen Gesetzesänderung versäumt wurde. Dessen ungeachtet sprechen praktische Gründe für eine Aufhebung von § 6 Absatz 2 LRiG:

In den 29 Sitzungen des Landesbeamtenausschusses, in denen er mit Angelegenheiten der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte befasst war, wurde bisher nur ein Personalfall beraten, und dies war bei der ersten Sitzung am 23.05.1969. In den anderen Sitzungen wurde der Landesbeamtenausschuss nur zusammengerufen, um seiner Mitwirkungspflicht aus § 114 Absatz 1 Nummer 1 LBG in der bis zum 31.03.2009 geltenden Fassung nachzukommen. Danach hatte der Ausschuss u. a. die Aufgabe, bei das Rechtsverhältnis der Beamtinnen und Beamten gestaltenden Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften mit grundsätzlicher Bedeutung mitzuwirken. Mit dem Gesetz zur Neuregelung des Beamtenrechts (LBNeuG) wurde diese Regelung zum 01.04.2009 gestrichen. Hintergrund war, dass in der Vergangenheit die Beteiligtenrechte insbesondere der Gewerkschaften und der kommunalen Landesverbände erheblich gestärkt wurden. Eine zusätzliche Behandlung der Entwürfe im Landesbeamtenausschuss hielt man deshalb nicht mehr für erforderlich. Die letzte Sitzung des Landesbeamtenausschusses in Angelegenheiten der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte fand am 12.09.2008 statt.

Mit der Neufassung von Absatz 2 wird - vergleichbar mit § 114a LBG-E - eine Verordnungsermächtigung geschaffen, um die weiteren Grundsätze für dienstliche Beurteilungen nach § 59 Absatz 3 LBG-E auch für die Richterinnen und Richter zu regeln. Die Ermächtigung ist im Landesrichtergesetz erforderlich, weil die Verordnungsermächtigung in § 59 Absatz 3 LBG-E über die allgemeine Verweisung in § 6 Absatz 1 LRiG auf die Richterinnen und Richter nicht anwendbar ist, denn die beamtenrechtlichen Laufbahnvorschriften gelten nicht für sie.

Zu Nummer 3 (§ 7b LRiG):

Parallele Änderung zu Artikel 1 Nummer 13 (§ 61 LBG).

Zu Nummer 4 (Abschnitt V - § 86 LRiG):

Soweit die Gleichstellungsbeauftragte beim Justizministerium mit den Belangen der Richterinnen und Staatsanwältinnen befasst ist, etwa bei der Teilnahme an Einstellungsgesprächen nach § 20 Absatz 2 Satz 5 des Gleichstellungsgesetzes (GstG), sollte sie mit den Besonderheiten der Justiz, insbesondere der in Artikel 97 GG garantierten richterlichen Unabhängigkeit und dem für die Staatsanwaltschaft geltenden

Legalitätsprinzip aus § 152 Absatz 2 StPO, in besonderem Maße vertraut sein. Daher entspricht es einer seit Langem geübten Praxis, dass für diesen Bereich eine zusätzliche Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreis der Richterinnen und Staatsanwältinnen bestellt wird. Sie nimmt einen Ausschnitt derjenigen Aufgaben und Befugnisse wahr, die nach §§ 18 ff. GStG der Gleichstellungsbeauftragten beim Justizministerium obliegen. Eine solche Aufgabenteilung wird von § 18 GStG nicht ausgeschlossen (*Hoppe/Rogosch*, Gesetz zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst für Schleswig-Holstein, Wiesbaden 2020, § 18 Ziff. 2.3; *Weinriefer-Hoyer/Limburg/Dohrn*, Gesetz zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst für Schleswig-Holstein, Wiesbaden 1998, § 18 Ziff. 2.3.3) und soll nunmehr gesetzlich verankert werden.

Das Amt wird im Ersten Teil des Landesrichtergesetzes in einem eigenen Abschnitt V geregelt, da es sich dabei nicht um eine Richtervertretung nach Abschnitt IV handelt. Der Übergang der Zuständigkeit im Einzelfall setzt nach Absatz 1 voraus, dass die betroffenen Gleichstellungsbelange überwiegend solche der Gerichte und Staatsanwaltschaften sind. Sind diese im Einzelfall dagegen nur nach- oder gleichrangig neben anderen weiblichen Beschäftigten mitbetroffen, verbleibt es bei der Zuständigkeit der Gleichstellungsbeauftragten beim Justizministerium. Die Aufgaben und Befugnisse der Gleichstellungsbeauftragten bei den nachgeordneten Dienststellen bleiben unberührt.

Das Amt stellt eine Verwaltungstätigkeit dar (vgl. OVG Schleswig, Beschluss vom 14.02.2019, 2 LB 98/18, Rn. 29), die in aller Regel neben dem Hauptamt ausgeübt wird. Nach § 4 DRiG dürfen Richter Aufgaben der rechtsprechenden Gewalt und Aufgaben der vollziehenden Gewalt nur zugleich wahrnehmen, wenn eine der dort aufgeführten Ausnahmen vorliegt, insbesondere wenn Aufgaben auf Grund eines Gesetzes Richtern zugewiesen sind. Eine solche Zuweisung kann auch durch Landesgesetz erfolgen (vgl. BVerwG, Urteil vom 27.10.1966, II C 103/63, BVerwGE 25, 210, juris Rn. 40). Insbesondere dürfen Richterinnen und Richter solche Aufgaben zur Wahrnehmung zugewiesen werden, die eine sachliche Nähe zu ihrer richterlichen Tätigkeit haben und für deren Wahrnehmung sie beruflich erworbene, für die Tätigkeit erwünschte Voraussetzungen in Form von Erfahrungen und Sachverstand mit sich bringen (BVerwG, Urteil vom 15.11.1984, 2 C 29/83, BVerwGE 70, 270, juris Rn.

46). Diese Voraussetzungen sind bei den Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten für die Justiz erfüllt. Das Amt erscheint auch deswegen mit der gleichzeitigen Ausübung eines Richteramts vereinbar, weil es vor Einflussnahme durch den Dienstvorgesetzten in besonderem Maße abgeschirmt ist: Nach § 21 Absatz 1 Satz 1 GStG ist die Gleichstellungsbeauftragte bei der Ausübung ihrer Aufgaben und Befugnisse von fachlichen Weisungen frei, nach § 18 Absatz 3 GStG darf sie wegen ihrer Tätigkeit nicht benachteiligt werden, und nach § 18 Absatz 1 und 5 GStG (i.V.m. § 27 Absatz 1 LVwG) kann ihre Bestellung nur mit ihrem Einverständnis erfolgen und aufgehoben oder aus gewichtigen dienstlichen Gründen und mit Einverständnis der Gleichstellungsbeauftragten des für Gleichstellung zuständigen Ministeriums widerrufen werden. Absatz 1 schafft nunmehr die erforderliche Rechtsgrundlage.

Nach Absatz 2 steht das Vorschlagsrecht abweichend von § 18 Absatz 1 Satz 3 GStG nicht den beim Justizministerium, sondern den bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften tätigen weiblichen Beschäftigten zu. Im Übrigen finden die Vorschriften des Gleichstellungsgesetzes über die Gleichstellungsbeauftragte Anwendung.

Für die bei den Gerichten bestellten Gleichstellungsbeauftragten ist eine eigenständige gesetzliche Regelung über § 18 GStG hinaus nicht erforderlich. Bei dieser Tätigkeit handelt es sich um Gerichtsverwaltung, die nach § 4 Absatz 2 Nummer 1 DRiG von Richterinnen auch neben ihren Rechtsprechungsaufgaben wahrgenommen werden kann.

Zu Nummer 5 (§§ 87 und 88 LRiG):

Durch die Einfügung des neuen § 86 LRiG verschiebt sich die Nummerierung der nachfolgenden Paragraphen.

Zu Artikel 3 (Änderung des Besoldungsgesetzes):

Die Verwaltungsfachhochschule (FHVD) des Ausbildungszentrums für Verwaltung (AZV) ist eine anerkannte nichtstaatliche Fachhochschule. Die FHVD gliedert sich in mehrere Fachbereiche (Dekanate) an zwei Standorten in Schleswig-Holstein. Die jeweilige Dekanin oder der Dekan wird für die Dauer von drei Jahren gewählt. Mit dem

Wahlamt sind zusätzliche herausgehobene Tätigkeiten, die für die Dauer der Wahlzeit wahrgenommen werden, verbunden. Da eine dauerhafte Übertragung der Funktion als statusrechtliches Amt nicht möglich ist, soll durch eine Zulage die höhere Anforderung und der zusätzliche Aufwand ausgeglichen werden. Dasselbe gilt für die Funktion der beiden Stellvertretungen der Präsidentin oder des Präsidenten der FHVD jeweils für die Standorte Altenholz und Reinfeld.

Die Zulage für Dekaninnen und Dekane (Dekanzulage) in Höhe von 700,00 € steht Beamtinnen und Beamten in Ämtern der Besoldungsgruppe A 14 und A 15 zu. Eine Dekanin oder ein Dekan, die oder der sich bereits in einem Amt der Besoldungsgruppe A 16 befindet, bekommt keine Zulage.

Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sind stets in Personalunion auch Dekaninnen und Dekane. Dabei werden die Zulagen kumulativ gewährt: Eine Vizepräsidentin oder ein Vizepräsident, die oder der sich in einem Amt der Besoldungsgruppe A 14 oder A 15 befindet, erhält somit die Dekanzulage in Höhe von 700,00 € sowie die Vizepräsidentenzulage in Höhe von 500,00 €, insgesamt also 1.200,00 €. Eine Vizepräsidentin oder ein Vizepräsident, die oder der sich bereits in einem Amt der Besoldungsgruppe A 16 befindet, erhält ausschließlich die Vizepräsidentenzulage.

Die Zulagen werden auch Beamtinnen und Beamten gewährt, die an das Ausbildungszentrum abgeordnet sind. Die Zulagen sind nicht ruhegehaltfähig.

Zu Artikel 4 (Änderung des Ausbildungszentrumsgesetzes):

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht):

Folgeänderung zu Nummer 4 (Neuer 5. Teil).

Zu Nummer 2 (§ 11):

Es wird klargestellt, dass es zu den Aufgaben des Kuratoriums zählt, die Grundzüge und das Verfahren der dienstlichen Beurteilungen (§ 59 LBG) für den Bereich der Verwaltung und das Lehrpersonal zu regeln. Da es sich bei diesen um Laufbahnbeamtinnen und – beamte handelt, gelten für sie die normativen Grundlagen (z.B. §§ 39 ff. ALVO, u. a. die Verpflichtung zu Regelbeurteilungen) ihrer jeweiligen Laufbahn.

Zu Nummer 3 (§ 17):

Mit dem Beschluss vom 24.04.2018, 2 BvL 10/16 hat das Bundesverfassungsgericht die Anforderungen an die Rechtmäßigkeit des Beamtenverhältnisses auf Zeit geschärft:

Danach kommt der mit dem Lebenszeitverhältnis gewährten Unentziehbarkeit des statusrechtlichen Amtes grundlegende Bedeutung zu, weil sie dem Beamten gerade bei der Ausübung des übertragenen Amtes die im Interesse seiner Bindung an Gesetz und Recht erforderliche Unabhängigkeit sichert. Die Ausgestaltung eines Beamtenverhältnisses auf Zeit kann als Eingriff in das von Artikel 33 Absatz 5 GG gewährleistete Lebenszeitprinzip nur mit Blick auf die Besonderheiten des betroffenen Sachbereichs und der damit verbundenen Aufgabenwahrnehmung gerechtfertigt werden. Ob besondere aus der betroffenen Stellung und deren Aufgabenspektrum folgende Sachgesetzmäßigkeiten eine Ausnahme vom Grundsatz der lebenszeitigen Anstellung und Übertragung aller statusrechtlichen Ämter erforderlich machen, ist keiner generalisierenden Beantwortung zugänglich, sondern bedarf einer konkreten, alle erheblichen Gesichtspunkte berücksichtigenden Bewertung der jeweiligen Regelungsstruktur im Einzelfall. Dabei sind nicht nur etwaige weitere grundrechtliche oder grundrechtsgleiche Positionen in Ausgleich zu bringen, sondern auch die anderen, von Artikel 33 Absatz 5 GG gewährleisteten beamtenrechtlichen Strukturprinzipien.

Vorliegend bestehen Zweifel, ob zwingende Sachgesetzmäßigkeiten vorliegen, die es erfordern würden, die Ämter der hauptamtlichen Dozentinnen und Dozenten am Ausbildungszentrum in einem Beamtenverhältnis auf Zeit zu vergeben, so dass den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Anforderungen genügt werden würde.

Das gilt insbesondere für ein solitäres Beamtenverhältnis auf Zeit zum Ausbildungszentrum. Aber auch die soziale Absicherung, die vom Land beurlaubte Beamtinnen und Beamte während des zugleich zum Ausbildungszentrum begründeten Beamtenverhältnisses auf Zeit erfahren (vgl. § 28 Absatz 2 AZG), vermag die Begründung eines nur auf Zeit angelegten Beamtenverhältnisses zum Ausbildungszentrum nicht hinreichend zu rechtfertigen.

In keinem Land außer Schleswig- Holstein werden hauptamtliche Dozentinnen und Dozenten an einer Verwaltungsfachhochschule in einem Beamtenverhältnis auf Zeit eingestellt. Ein Beamtenverhältnis auf Zeit wird nur mit Professorinnen und Professoren begründet. Das betrifft jedoch nur diejenigen Länder, in denen die Ausbildungsstätten den staatlichen Hochschulen vollumfänglich gleichgestellt sind. Das ist auf die Struktur des Ausbildungszentrums nicht übertragbar.

Vor diesem Hintergrund wird das Beamtenverhältnis auf Zeit für die am Ausbildungszentrum tätigen hauptamtlichen Dozentinnen und Dozenten abgeschafft. In Absatz 2 wird daher die bisherige Ermächtigung, die hauptamtlich tätigen Lehrkräfte zu Beamtinnen und Beamten auf Zeit zu ernennen gestrichen. Als Folgeänderung wird Absatz 3 gestrichen.

Externe Einstellungen im Beamtenverhältnis beim Ausbildungszentrum erfolgen künftig nach den allgemeinen beamten- und laufbahnrechtlichen Bestimmungen (Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe, nach Bewährung in der Probezeit Umwandlung in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit).

Das Ausbildungszentrum kann auf die Laufbahnen zugreifen, in denen dort ausgebildet wird. Dies wird im neu gefassten Absatz 2 ausdrücklich klargestellt. Damit wird die Beschäftigung von Laufbahnbeamtinnen und Laufbahnbeamten ermöglicht, für deren Einstellung die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen (§ 14 LBG). Unverändert bleiben die zu stellenden ergänzenden Anforderungen wie die pädagogische und didaktische Eignung (§ 28 Absatz 2).

Bei einer Einstellung in LG 2.2 wird im Grundsatz zunächst ein Amt der BesGr A 13 übertragen. Im weiteren Werdegang sind Beförderungen bis zur BesGr A 15 möglich. Dabei lässt das Laufbahnrecht die Einstellung im ersten Beförderungsamte (BesGr A 14) oder mit Zustimmung des Landesbeamtenausschusses im höheren Beförderungsamte zu, wenn diesem Amt entsprechende Berufserfahrungen oder bei Bewerberinnen und Bewerbern eine zusätzliche, über die gesetzlichen Einstellungsvoraussetzungen erheblich hinausgehende berufliche Qualifikation nachgewiesen wird (§ 18 LBG i.V.m. § 5 ALVO).

Der befristete Einsatz von Beamtinnen und Beamten des Landes als hauptamtliche Dozentin oder hauptamtlicher Dozent am Ausbildungszentrum erfolgt künftig im Wege der Abordnung anstelle der Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Zeit zum Ausbildungszentrum bei gleichzeitiger Beurlaubung aus dem Beamtenverhältnis zum Land.

Für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes am Ausbildungszentrum vorhandenen hauptamtlichen Dozentinnen und Dozenten in einem Beamtenverhältnis auf Zeit gilt die Übergangsregelung im neuen § 35 (5. Teil).

§ 17 Absatz 2 wird zugleich redaktionell angepasst. Die Regelung über die Möglichkeit der Einstellung der Präsidentin oder des Präsidenten wird an dieser Stelle gestrichen, da sich diese Befugnis bereits aus anderen Vorschriften (§§ 3a, 24) ergibt. Für dieses herausgehobene Wahlamt wird an der Vergabe auf Zeit festgehalten, da u.a. aufgrund des Wahlakts, der Aufgabenstellung und der Rückkopplung dieses Amtes an das Wahlorgan Sachgesetzmäßigkeiten vorliegen, die die Vergabe dieses Amtes auf Zeit und damit die Durchbrechung des Lebenszeitprinzips rechtfertigen (vgl. BVerfG, Beschluss vom 24.04.2018, 2 BvL 10/ 16, Rn. 79 ff.).

Zu Nummer 4 (§ 28):

Mit dem neu gefassten Absatz 2 ist an der Verwaltungsfachhochschule weiterhin ein Nebeneinander von regelmäßig einzustellenden hauptberuflich tätigen Lehrkräften, die die Voraussetzungen des § 61 Hochschulgesetz (HSG) erfüllen und solchen, die zur Sicherstellung der nach § 94 HSG geforderten anwendungsbezogenen Lehre eingestellt werden, vorgesehen. Die an diesen Personenkreis zu stellenden Anforderungen bleiben unverändert; dabei wird hervorgehoben, dass diese die Laufbahnbefähigung in der maßgebenden Fachrichtung besitzen müssen, wenn sie als Beamtin oder als Beamter beschäftigt werden.

Die von § 117 Absatz 6 LBG abweichende Regelung über den Eintritt in den Ruhestand ist nicht mehr erforderlich, da diese Regelung nur bei einem Beamtenverhältnis auf Zeit relevant war.

Zu Nummer 5 (5. Teil - § 35):

Übergangsregelung zu Nummern 2 und 3: Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes vorhandenen Dozentinnen und Dozenten, die in einem solitären Beamtenverhältnis auf Zeit zum Ausbildungszentrum stehen, werden in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit überführt, wenn sie sich mindestens drei Jahre (das entspricht der laufbahnrechtlichen Probezeit nach § 19 LBG) in dem Beamtenverhältnis auf Zeit befunden haben und sich in dieser Zeit bewährt haben. Die Überführung in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit erfolgt abweichend von § 7 Absatz 6 LBG im Wege der Umwandlung (§ 8 Absatz 1 Nummer 2 BeamStG).

Bei Beamtinnen und Beamten des Landes, die für die Dauer eines Beamtenverhältnisses auf Zeit zum Ausbildungszentrum in ihrem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit beurlaubt wurden, wird das Beamtenverhältnis auf Zeit bis zum Ende der vorgesehenen Amtszeit fortgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt enden planmäßig das Beamtenverhältnis auf Zeit sowie die Beurlaubung und leben die Rechte und Pflichten aus dem bestehenden Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Land auf.

Zu Artikel 5 (Änderung der Allgemeinen Laufbahnverordnung):**Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht):**

Redaktionelle Folgeänderungen zu Nummer 8, und 11 und 12.

Zu Nummer 2 (§ 4):

Zu Buchstabe a):

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 8 (§ 21 LBG) und zu Nummer 8 (neuer § 27a ALVO).

Zu Buchstabe b):

§ 4 Absatz 2 hat nur deklaratorischen Charakter und wiederholt lediglich die verschiedenen bereits gesetzlich geregelten Möglichkeiten des Laufbahnerwerbs. Die Zusammenfassung der in den bisherigen Nummern 1 bis 3 genannten verschiedenen Möglichkeiten des Laufbahnerwerbs nach § 14 LBG durch Verweis dient der Vereinfachung.

Zu Nummer 3 (§ 7):

Zu Buchstabe a):

Den Erfahrungen aus der Personalpraxis folgend wird die bisherige Soll- Regelung über den mindestens sechsmonatigen Einsatz außerhalb einer obersten Bundes- oder Landesbehörde während der Probezeit in der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt, durch eine Ermessensregelung ersetzt, die eine derartige Verwendung weiterhin ermöglicht, aber nicht mehr mit der gleichen Verbindlichkeit vorschreibt wie bisher.

Zu Buchstabe b):

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 5. Mit dem Verweis auf § 14 Absatz 1 bis 4 wird klargestellt, welche Kriterien für die Anrechnung der hauptberuflichen Tätigkeit auf die Probezeit gelten. Zeiten entsprechender hauptberuflicher Tätigkeiten, die bereits zur Feststellung der Laufbahnbefähigung herangezogen wurden, dürfen nicht erneut auf die Probezeit angerechnet werden. Diese Einschränkung ist notwendig, da Bewerberinnen und Bewerber, die die Laufbahnbefähigung unter Berücksichtigung hauptberuflicher Tätigkeit oder als andere Bewerberinnen und Bewerber gegenüber Laufbahnbewerberinnen und – bewerbern mit Vorbereitungsdienst besser gestellt würden.

Zu Nummer 4 (§ 12):

Die Regelungen über die Anwendung des Nachteilsausgleichs werden punktuell verbessert, indem die Berücksichtigung des Nachteilsausgleichs künftig bereits von Amts wegen erfolgt und nicht aufgrund eines Antrags.

Zu Nummer 5 (§ 14):

§ 14 ALVO bezieht sich in Absatz 1 ausdrücklich auf die Zugangsvoraussetzung nach § 14 LBG und muss nicht „entsprechend“ angewendet werden.

Zu Nummer 6 (§ 18):

Zu Buchstabe a):

Einstellungen in die Laufbahngruppe 1, erstes Einstiegsamt finden in der Fachrichtung technische Dienste nicht mehr statt. Es bedarf daher keiner Sonderregelung für diese Fachrichtung mehr.

Zu Buchstabe b):

Redaktionelle Änderung zur Vereinheitlichung der bisher unterschiedlich verwendeten Begriffe „Berufsausbildung“ und „berufliche Ausbildung“.

Zu Buchstabe c):

Der Verweis läuft ins Leere, Absatz 2 Satz 2 existiert nicht mehr.

Zu Nummer 7 (§ 27):

Zu Buchstabe a):

Die Zugangsvoraussetzungen für den Aufstieg von der Laufbahngruppe 1 in die Laufbahngruppe 2 werden neu geregelt. Die Beurteilungsanforderungen für die Zulassung werden an die Erfahrungen aus der Praxis - auch im Vergleich zum Qualifizierungsverfahren nach § 10 a ALVO - angepasst; der Nachweis von Beurteilungen mit der höchsten Bewertungsstufe wird künftig nicht mehr gefordert. Der Zugang zum Aufstieg wird hierdurch erleichtert. Dem Leistungsgrundsatz wird mit der Forderung zweier Beurteilungen der zweithöchsten Bewertungsstufe weiterhin ausreichend Rechnung getragen.

Die Anforderung an den Nachweis der Verwendung auf unterschiedlichen Dienstposten wird, der Praxis entsprechend, dahingehend konkretisiert, dass nicht nur verschiedene Dienstposten im Sinne ihrer Wertigkeit, sondern auch inhaltlich sich voneinander unterscheidende Dienstposten ausgeübt worden sein sollen. Mit der Soll-Vorschrift kann zugleich atypischen Fällen beim Zugang zum Aufstiegsverfahren Rechnung getragen werden. Das betrifft Beamtinnen und Beamte, die in Verwaltungseinheiten tätig sind, in denen einen Einsatz auf inhaltlich unterschiedlichen Dienstposten objektiv und tatsächlich nicht möglich ist.

Zu Buchstabe b):

aa) Zur Steigerung der Attraktivität des Bewährungsaufstiegs soll die Minstdauer der Bewährungszeit auf zwei Jahre verkürzt werden. In der Bewährungszeit sollen sich die Beamtinnen und Beamten in den Aufgaben der höheren Laufbahn bewähren. Für eine Feststellung der Bewährung werden zwei Jahre als ausreichender Zeitraum betrachtet, wie auch die Erfahrungen aus dem Qualifizierungsverfahren nach § 10 a ALVO zeigen.

bb) Einführung einer Öffnungsklausel zur Anerkennung/Anrechnung anderer bereits absolvierter geeigneter Lehrgänge, die vollumfänglich oder teilweise der Aufstiegsfortbildung entsprechende Inhalte vermitteln.

Zu Buchstabe c):

Bisher muss das Einstiegsamt der neuen Laufbahn nach dem Bewährungsaufstieg formal verliehen werden, bevor eine Ernennung in das erste Beförderungssamt erfolgen kann, da die Ämter der (neuen) Laufbahn regelmäßig zu durchlaufen sind. In der Praxis bedarf es daher zunächst der Ernennung vom Endamt der Laufbahngruppe 1 in das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2, bevor in einer logischen Sekunde eine Ernennung in das erste Beförderungssamt erfolgen darf. In der Praxis wird dies als unverständlich und überflüssig empfunden und führt häufig auch zu Ernennungsfehlern. Die Neuregelung dient daher der Rechtssicherheit und der Verwaltungseinfachung. Gleichzeitig bleibt aber die Möglichkeit belassen, die Beamtinnen und Beamten nach dem Aufstieg zunächst nur in das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 zu ernennen, da die Entscheidung, ob und wann eine Beförderung ausgesprochen werden soll, beim jeweiligen Dienstherrn verbleibt. Unberührt bleibt nach Satz 2 auch die Beförderungsvoraussetzung der Erprobung auf einem höherwertigen Dienstposten nach § 20 Absatz 2 Nummer 2 LBG.

Zu Buchstabe d):

Folgeänderung zu Buchstabe c).

Zu Buchstabe e):

Beamtinnen und Beamten, die sich zunächst für den Weg des Praxisaufstiegs nach § 27a entschieden haben und sich in einem Amt der Besoldungsgruppe A 11 bewährt haben, soll die Möglichkeit eröffnet bleiben, die Befähigung für die gesamte Laufbahn im Wege des Bewährungsaufstiegs zu erreichen.

Zu Nummer 8 (§ 27a):

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 8 (§ 21 LBG).

Grundsätzlich wird in Schleswig-Holstein bisher mit der Feststellung der jeweiligen Befähigung für eine Laufbahn der Zugang zu allen Ämtern der Laufbahn eröffnet. Mit

der Einführung des Praxisaufstiegs (§ 27a – neu –) sollen den Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt im Sinne der Attraktivitätssteigerung künftig neben dem prüfungsgebundenen Bewährungsaufstieg der Weg zu einer auf bestimmte Ämter der Laufbahn beschränkte Befähigung eröffnet werden. Vergleichbare Regelungen gibt es unter anderem in den Ländern Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.

Vor dem Hintergrund des Leistungsgedankens gelten für den Zugang für diese Aufstiegsform die gleichen Anforderungen wie für den Bewährungsaufstieg. Anstelle der im Rahmen des Bewährungsaufstiegs abzuleistenden prüfungsgebundenen Aufstiegsfortbildung wird im Praxisaufstieg ein erleichterter Zugang zur Laufbahngruppe 2 bis zum Erreichen eines Amtes der Besoldungsgruppe 11 durch das Ableisten von Fortbildungen im Umfang von mindestens 200 Stunden in der zweijährigen Bewährungszeit ermöglicht.

Zu Nummer 9 (§ 28):

S. Begründung zu Artikel 1 Nummer 4. Die neue Regelung entspricht im Wesentlichen der Regelung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (§ 14 ALVO M-V).

Zu Absatz 1:

Mit Änderung des § 15 Absatz 2 LBG wird klargestellt, dass sich grundsätzlich alle beim Bund oder in einem anderen Land erworbenen Laufbahnbefähigungen den in Schleswig-Holstein eingerichteten Laufbahnen zuordnen lassen. Die Frage der Zuordnung ist daher dem Grunde nach bereits durch das Gesetz beantwortet. Entschieden werden muss allerdings in jedem Einzelfall darüber, welcher Laufbahn und welchem Einstiegsamt innerhalb der Laufbahn die „fremde“ Laufbahnbefähigung zuzuordnen ist. Absatz 1 erklärt für die Feststellung über die Zuordnung die oberste Dienstbehörde für zuständig.

Zu Absatz 2:

Die generelle Anerkennung der beim Bund oder in einem anderen Land erworbenen Laufbahnbefähigung hindert nach Änderung des § 15 Absatz 2 LBG die oberste Dienstbehörde nicht, die Beamtin oder den Beamten zu zusätzlichen Fortbildungsmaßnahmen zu verpflichten. In der Feststellung über die Zuordnung nach Absatz 1 ist zwingend anzugeben, ob zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen erforderlich sind. Dies schafft von vornherein Klarheit sowohl für die Betroffenen als auch für die

oberste Dienstbehörde. Die Festlegung der Fortbildungsmaßnahmen im Einzelnen kann zusammen mit der Grundentscheidung, aber auch durch gesonderte Entscheidung erfolgen.

Zu Absatz 3:

Zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen sind immer dann erforderlich, wenn die „fremde“ Laufbahnbefähigung inhaltlich nicht dem Stand der Laufbahnbefähigung entspricht, die im Geltungsbereich des Landesbeamtengesetzes erworben wurde. Es ist daher wichtig, dass diese Lücke in einer angemessenen Zeit geschlossen wird. Um dem Nachdruck zu verleihen, ist der Abschluss der zusätzlichen Fortbildungsmaßnahmen Voraussetzung für eine Beförderung oder den Aufstieg.

Zu Nummer 10 (§ 39):

Zu Buchstabe a):

Die Dauer des Regelbeurteilungszeitraums wird für ein Beurteilungssystem als so wesentlich angesehen, dass diese abschließend in der ALVO aufgrund von § 25 Absatz 1 Nummer 9 LBG in Verbindung mit § 59 Absatz 3 – neu – LBG zu bestimmen ist. Diese Entscheidung kann nicht dem Verwaltungsvollzug überlassen bleiben. Auf Artikel 1 Nummer 10 Buchstabe a) und Nummer 13 wird Bezug genommen. Damit im Einzelfall ausreichend Zeit zur Umstellung eines Regelbeurteilungssystems mit einem längeren als dreijährigen Regelbeurteilungszeitraum verbleibt, tritt die Änderung erst zum 01.07.2023 in Kraft.

Zu Buchstabe b):

Vor der Reform des Laufbahnrechts und der Neufassung der ALVO 2009 handelte es sich bei der heutigen Qualifizierung für ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 nach § 10 a ALVO noch um einen „Aufstieg“ in die nächsthöhere Laufbahn (§ 31 ALVO a. F.). Dies ist seit der Reform nicht mehr der Fall. Die Bestimmungen über die Beurteilung in und vor der Bewährungszeit (Absatz 3) sollten jedoch weiterhin auch für die im Rahmen der Qualifizierung für ein Amt der BesGr. A 14 zu durchlaufende Bewährungszeit gelten. Bei der Anpassung des § 39 ALVO wurde jedoch versäumt, neben Absatz 3 Nummer 4 auch Absatz 2 Nummer 2 zu ändern. Dies soll nunmehr korrigiert werden.

Zu Buchstabe c):

aa) Die Ergänzung der Aufstiegsparagrafen in Nummer 3 dient der Klarstellung.

bb) In der Regelung wird das Erfordernis einer Beurteilung zum Ablauf der im Rahmen eines Laufbahnwechsels ggf. festgelegten Einführungszeit ergänzt. Zwar ist nach § 39 Absatz 3 Satz 3 eine Anlassbeurteilung auch dann zu fertigen, wenn seit der letzten Beurteilung erhebliche Änderungen, insbesondere in Bezug auf das Amt der Beamtin oder des Beamten eingetreten sind, was bei einem Laufbahnwechsel immer der Fall ist. Der Zeitpunkt, wann im Fall des Laufbahnwechsels eine solche Beurteilung jedoch zu fertigen ist, blieb jedoch offen. Soweit im Rahmen des Laufbahnwechsels jedoch eine Einführungszeit festgesetzt wird, bedarf es zur Feststellung der Bewährung in der neuen Laufbahn zum Ablauf dieser Zeit einer Beurteilung. Bei der Gelegenheit wird klargestellt, dass bei einem Wechsel der Beschäftigungsbehörde bereits während der Einführungszeit eine Anlassbeurteilung zu erstellen ist. Für die unmittelbare Landesverwaltung ist dies durch 4.3.4 der Vereinbarung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften nach § 59 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein über die Beschäftigten des Landes Schleswig-Holstein (Beurteilungsrichtlinien) bereits umgesetzt.

Zu Buchstabe d):

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 13 (§ 59 LBG), mit dem die fiktive Laufbahnnachzeichnung in der Allgemeinen Laufbahnverordnung eingeführt wird.

Die Laufbahnnachzeichnung erfolgt bei einer Freistellung aufgrund Elternzeit oder einer Beurlaubung zur Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen.

Die gesetzliche Ermächtigung wird in der Weise ausgeschöpft, dass die Fortschreibung bei einem dreijährigen Regelbeurteilungszeitraum auf längstens drei Regelbeurteilungszeiträume, begrenzt wird. Damit stünde eine belastbare Tatsachengrundlage für die fiktive Fortschreibung noch zur Verfügung.

Zu Buchstabe e):

Folgeänderung zu Buchstabe d)

Zu Nummer 11 (§ 40):

Mit der Änderung werden – anknüpfend an die präzisierten Regelungen in § 59 LBG Absatz 1 und die Ermächtigungsgrundlage in § 25 Absatz 1 Nummer 9 in Verbindung mit § 59 Absatz 3 LBG – (Artikel 1 Nummer 10 und 13) nähere Bestimmungen zum Beurteilungsinhalt getroffen. In Satz 1 wird klargestellt, dass sich die dienstliche Beurteilung auf Leistung (Leistungsbeurteilung) und Befähigung (Befähigungsbeurteilung) erstreckt, was diesbezügliche, einer dienstlichen Beurteilung zugängliche Eignungsmerkmale einschließt (s. die Begründung zu Artikel 1 Nummer 13). Bewertungsmaßstab ist das statusrechtliche Amt (BVerwG, Urteil vom 20.06.2013, 2 VR 1/13). Dabei sind die Anforderungen der im Beurteilungszeitraum übertragenen Aufgaben zu berücksichtigen, d.h. bei der Beurteilung der fachlichen Leistungen der Inhaberinnen und Inhaber gleicher Statusämter ist zu berücksichtigen, ob sie im Beurteilungszeitraum Aufgaben wahrgenommen haben, die durchschnittlichen Anforderungen ihres Statusamtes entsprechen, es sich um besonders anspruchsvolle Aufgaben handelt oder ob ihnen z.B. bereits Aufgaben übertragen worden waren, die einem höheren Statusamt entsprechen.

In § 40 wird nunmehr festgelegt, worauf sich Leistungsbeurteilung und Befähigungsbewertung erstrecken. Für die Leistungsbeurteilung betrifft das die Merkmalgruppen Arbeitsmenge, Arbeitsgüte und Arbeitsweise. Darunter fallen z.B. Einzelmerkmale wie die Bewältigung der übertragenen Aufgaben, Gründlichkeit, Zweckmäßigkeit des Handelns und Eigenständigkeit-/ Initiative. Zur prognostischen, die Potenziale der Beamtinnen und Beamten einschätzenden Befähigungsbewertung zählen Merkmale wie z.B. Urteilsfähigkeit, Auffassungsgabe, Entschlusskraft und Durchsetzungsfähigkeit. Wegen der unterschiedlichen Bedarfe der verschiedensten unter die Regelungen der ALVO fallenden Dienstherren, die eine sehr heterogene Personalstruktur aufweisen, werden die Einzelmerkmale nicht abschließend in § 40 geregelt; deren Regelung bleibt näheren Bestimmungen durch die oberste Dienstbehörde bzw. durch Beurteilungsrichtlinien vorbehalten (vgl. unten Nummer 12 - § 42 Absatz 2 – neu –).

Entsprechend § 59 Absatz 1 Satz 3 LBG schließt die Leistungsbeurteilung mit einem Gesamturteil ab. Es erfolgt grundsätzlich keine Zusammenfassung der Leistungsbeurteilung und der Befähigungsbewertung zu einem Gesamturteil (§ 59 Absatz 1 Satz 4 LBG, Begründung zu Artikel 1 Nummer 13). Hiervon kann im Bereich der der

Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts mit und ohne Gebietshoheit und der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts abgewichen werden (§ 42 Absatz 3 Satz 2 – neu –, nachstehende Nummer 12).

Entsprechend der Neuregelung in § 59 Absatz 1 Satz 5 LBG (Artikel 1 Nummer 13) erhält der Verwendungsvorschlag eine stärkere Verbindlichkeit und wird als Sollvorschrift ausgestaltet. Wie bisher sind Qualifizierungsmaßnahmen in der Beurteilung aufzuführen. Ferner können wie in der bisherigen Fassung von § 40 ALVO im Interesse einer wirksamen Personalentwicklung und um Entwicklungsbedarfe aufzugreifen, Vorschläge für die Teilnahme an Personalentwicklungsmaßnahmen in der dienstlichen Beurteilung niedergelegt werden.

Zu Nummer 12 (§§ 41, 42):

Zu § 41:

Absatz 1:

In dem neuen Absatz 1 werden Vorgaben für die Bewertungsskala der Leistungsbeurteilung gemacht. Um eine ausreichende Differenzierung zu ermöglichen wird eine mindestens fünfstufige Skala vorgegeben. Mit den Bewertungsstufen wird bewertet, in welcher Ausprägung die Beamtin oder der Beamte die zu stellenden Anforderungen erfüllt. Bei der Leistungsbewertung (Gesamturteil) ist eine Binnendifferenzierung zulässig. Die konkreten einzelnen Bewertungsstufen sind durch die oberste Dienstbehörde bzw. in Beurteilungsrichtlinien auszugestalten (s. nachstehende Begründung zu § 42 Absatz 2 – neu –). Eine diesbezügliche Festlegung in § 41 erfolgt nicht, damit den verschiedenen Verwaltungen und Dienstherrn eine hinreichende Flexibilität bleibt, um besondere Sachnotwendigkeiten des jeweiligen Bereichs angemessen berücksichtigen zu können. Wegen des im Vergleich zur Landesverwaltung völlig unterschiedlich gelagerten Verwaltungsaufbaus und der stark abweichenden Personalstruktur z.B. mit nur wenigen Beamtinnen und Beamten bei vielen Dienstherrn vor allem aus dem Kommunalbereich sieht § 42 Absatz 3 darüber hinaus die Ermächtigung für die der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts mit und ohne Gebietshoheit und der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts vor, von § 41 Absatz 1 abzuweichen und somit bei Vorliegen entsprechender Sachgründe eine von der Systematik des § 41 Absatz 1 abweichende Beurteilungsskala zu regeln.

Für die unmittelbare Landesverwaltung gelten die Vorgaben des § 41 Absatz 1 unmittelbar. Zur grundsätzlichen Abweichungsbefugnis für Laufbahnen außerhalb der Fachrichtung Allgemeine Dienste wird auf § 42 Absatz 3 verwiesen. Im Geltungsbereich der Beurteilungsrichtlinien für die Landesverwaltung gelten die folgenden Bewertungsstufen:

- 5 Die Anforderungen werden hervorragend übertroffen
- 4 die Anforderungen werden deutlich übertroffen
- 3 die Anforderungen werden übertroffen,
- 2 die Anforderungen werden erfüllt,
- 1 die Anforderungen werden (noch) nicht erfüllt.

Dabei kann durch Dienstvereinbarung nach § 57 MBG Schl.-H. geregelt werden, dass in diesen Bewertungsstufen eine Differenzierung in „oberer und unterer Bereich“ vorgenommen wird.

Die mit der Bewertungsstufe ausgedrückte Leistungsbewertung soll verbal begründet werden, d.h. in besonders gelagerten Fällen kann hiervon abgewichen werden.

Absatz 2:

Die Regelungen entsprechen dem bisherigen § 41, wobei die Ermächtigung, in den Beurteilungsrichtlinien für die Landesverwaltung Regelungen über die Verteilung weiterer Bewertungsstufen als der höchsten Bewertungsstufe zu treffen, aus systematischen Gründen in den neuen § 42 Absatz 3 verlagert wird.

Zu § 42:

Absätze 1 und 2:

Es wird eine gesonderte Grundlage für den Erlass von Beurteilungsrichtlinien und einzelnen Bestimmungen durch die zuständige oberste Dienstbehörde geschaffen; diese kann ihre Befugnisse auf andere Stellen übertragen.

Die mitbestimmungsrechtlichen Regelungen sind zu beachten. Für den Bereich einer Dienststelle sind somit Dienstvereinbarungen nach § 57 MBG Schl.-H. zulässig. Für die Landesverwaltung sind ressortübergreifende Regelungen durch die Vereinbarung

mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften nach § 59 MBG Schl.-H. über die Beurteilung der Beschäftigten des Landes Schleswig-Holstein (Beurteilungsrichtlinien – BURL, Amtsbl. Schl.-H. 2009, S. 482) getroffen worden, welche einzelne weitere Ermächtigungen zum Abschluss von Dienstvereinbarungen enthält.

Absatz 2 bestimmt die Reichweite der Ermächtigung zum Erlass von näheren Bestimmungen zu den §§ 39 bis 41 und zum Beurteilungsverfahren. Die nicht abschließende Aufzählung enthält die für die betreffenden Bestimmungen wesentlichen Gegenstände, welche wegen der Heterogenität der unter die §§ 39 bis 41 ALVO fallenden Dienstherren und Verwaltungen nicht abschließend und einheitlich in der ALVO geregelt werden können. So hängen z.B. Bestimmungen zur Beurteilerzuständigkeit und zur Frage, ob ein und welches System aus Erst- und Zweitbeurteilung vorgehalten wird, maßgeblich vom jeweiligen Verwaltungsaufbau ab und können daher nicht abschließend für alle unter den Geltungsbereich der ALVO fallende Dienstherren geregelt werden.

Nähere Bestimmungen können z.B. auch über Beurteilungsgespräche wie Leistungsgespräche oder Gespräche über die zu stellenden Anforderungen oder über die in aller Regel in einem System aus Erst- und Zweitbeurteilungen notwendige Koordination von Beurteilungen getroffen werden, ferner über Einzelheiten zur Bekanntgabe von Beurteilungen (deren Grundlagen in § 87 Absatz 2 LBG geregelt sind).

Absatz 3:

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 10 Buchstabe b. Für die von den Beurteilungsrichtlinien des Landes ausgenommenen Beamtengruppen bestanden bereits vor Inkrafttreten der ALVO für bestimmte Beamtengruppen (z. B. Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, Lehrkräfte im Schuldienst) abweichende Beurteilungsregelungen in einzelnen Laufbahnverordnungen und Beurteilungsrichtlinien, die aufgrund der bisherigen Auslegung des § 25 Absatz 2 Satz 2 LBG fortgeführt wurden. Mit Änderung des § 25 Absatz 2 Satz 2 LBG bedarf es nunmehr einer expliziten Regelung dazu, dass Abweichungen von den §§ 39 bis 41 ALVO für bestimmte Beamtengruppen zulässig sind, soweit diese in den besonderen Laufbahnverordnungen geregelt werden.

Das Bedürfnis für von den §§ 39 bis 41 abweichende Regelungen ist weiterhin gegeben, um laufbahnspezifische Besonderheiten der betreffenden Fachrichtungen wie z.B. Polizei und Bildung sachgerecht berücksichtigen zu können.

Für die Beurteilung Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte gehen die aufgrund der spezielleren Ermächtigungsnorm im neuen § 114a LBG erlassenen Regelungen vor. Die Regelung einer entsprechenden Ausnahme in § 42 ALVO ist daher nicht mehr erforderlich.

Zu Artikel 6 (Inkrafttreten):

Regelung des Inkrafttretens. Zur Inkrafttretensregelung in Absatz 2 wird auf die Begründung zu Artikel 5 Nummer 10 Buchstabe a) verwiesen.

1

<p>(2) Ämter mit leitender Funktion im Sinne des Absatzes 1 sind die der Besoldungsordnung B angehörenden Ämter mit leitender Funktion sowie die der Besoldungsordnung A oder B angehörenden Ämter der Leiterinnen und Leiter von Behörden oder Teilen von Behörden, soweit sie nicht richterliche Unabhängigkeit besitzen. Im Bereich der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts mit und ohne Gebietshoheit und der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts zählen zu den Ämtern der Leiterinnen und Leiter von Teilen von Behörden die mindestens der Besoldungsgruppe A 12 angehörenden Ämter der Leiterinnen und Leiter von Dezernaten, Fachbereichen, Ämtern und Abteilungen und vergleichbarer Organisationseinheiten sowie die Ämter der leitenden Verwaltungsbeamtinnen und leitenden Verwaltungsbeamten der Ämter nach der Amtsordnung. Absatz 1 gilt nicht für die in § 37 genannten Ämter.</p> <p>(3) In ein Amt mit leitender Funktion darf nur berufen werden, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. sich in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder einem Richterverhältnis auf Lebenszeit befindet und 2. in dieses Amt auch als Beamtin oder Beamter auf Lebenszeit berufen werden könnte. <p>Der Landesbeamtenausschuss kann Ausnahmen von Satz 1 zulassen.</p> <p>(4) Das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder das Richterverhältnis auf Lebenszeit besteht bei demselben Dienstherrn neben dem Beamtenverhältnis auf Probe fort. Vom Tage der Ernennung an ruhen für die Dauer der Probezeit die Rechte und Pflichten aus dem Amt, das der Beamtin oder dem Beamten zuletzt im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder im Richterverhältnis auf Lebenszeit übertragen worden ist, mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbotes der Annahme von Bezahlungen und Geschenken.</p>	<p>der Probezeit ist nicht zulässig. Dabei gelten Zeiten einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge nicht als Probezeit.</p> <p>(2) Ämter mit leitender Funktion des Absatzes 1 sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die der Besoldungsordnung A oder B angehörenden Ämter der Leiterinnen und Leiter von Behörden oder Teilen von Behörden, soweit sie nicht richterliche Unabhängigkeit besitzen. 2. die der Besoldungsordnung B angehörenden Ämter der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der von Nummer 1 erfassten Ämter der Besoldungsordnung B. <p>Im Bereich der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts mit und ohne Gebietshoheit und der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts zählen zu den Ämtern der Leiterinnen und Leiter von Teilen von Behörden die mindestens der Besoldungsgruppe A 13 angehörenden Ämter der Leiterinnen und Leiter von Dezernaten, Fachbereichen, Ämtern und Abteilungen und vergleichbarer Organisationseinheiten sowie die Ämter der leitenden Verwaltungsbeamtinnen und leitenden Verwaltungsbeamten der Ämter nach der Amtsordnung. Absatz 1 gilt nicht für die in § 37 genannten Ämter.</p> <p>- Abs. 3 und 4 unverändert</p>
--	--

<p>(5) Wird die Beamtin oder der Beamte während der Probezeit in ein anderes Amt mit leitender Funktion versetzt oder umgesetzt, das in dieselbe Besoldungsgruppe eingestuft ist wie das zuletzt übertragene Amt mit leitender Funktion, läuft die Probezeit weiter. Wird der Beamtin oder dem Beamten ein höher eingestuftes Amt mit leitender Funktion übertragen, beginnt eine erneute Probezeit.</p> <p>(6) Mit dem erfolgreichen Abschluss der Probezeit ist der Beamtin oder dem Beamten das Amt mit leitender Funktion auf Dauer im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu übertragen. Einer Richterin oder einem Richter darf das Amt mit leitender Funktion auf Dauer im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit beim gleichen Dienstherrn nur übertragen werden, wenn sie oder er die Entlassung aus dem Richteramt schriftlich verlangt. Wird nach Ablauf der Probezeit das Amt mit leitender Funktion nicht auf Dauer übertragen, endet der Anspruch auf Besoldung aus diesem Amt. Auch weitere Ansprüche aus diesem Amt bestehen nicht.</p> <p>(7) Wird das Amt mit leitender Funktion nicht auf Dauer übertragen, ist eine erneute Verleihung dieses Amtes unter Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Probe erst nach Ablauf eines Jahres zulässig.</p> <p>§ 14 Zugangsvoraussetzungen zu den Laufbahnen</p>	<p>(6) Wird die Beamtin oder der Beamte während der Probezeit in ein anderes Amt mit leitender Funktion versetzt oder umgesetzt, das in dieselbe Besoldungsgruppe eingestuft ist wie das zuletzt übertragene Amt mit leitender Funktion, läuft die Probezeit weiter. Wird der Beamtin oder dem Beamten eine höher eingestufte Funktion übertragen, endet die Probezeit des bisherigen Beamtenverhältnisses auf Probe. Im Falle einer hieran anschließenden Ernennung in das der bisherigen leitenden Funktion entsprechende Beförderungsamts im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit gelten die im Beamtenverhältnis auf Probe verbrachten Zeiten als Erprobungszeit nach § 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2.</p> <p>(5) - inhaltlich unverändert</p> <p>(7) Nachdem ein Amt nach Absatz 5 Satz 1 oder Absatz 6 Satz 3 auf Dauer im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übertragen worden ist, kann abweichend von Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 und § 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 innerhalb eines Jahres ein neues Beförderungsamts übertragen werden, wenn seit der Übertragung des vorherigen Amtes mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe nach Absatz 1 mindestens ein Jahr vergangen ist.“</p> <p>(8) - inhaltlich unverändert.</p> <p>Nr. 3 Änderung von § 14:</p>
--	---

<p>(1) Für die Laufbahnen der Laufbahngruppe 1 sind für das erste Einstiegsamt mindestens zu fordern</p> <p>1. als Bildungsvoraussetzung der erfolgreiche Besuch einer allgemein bildenden Schule oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand</p> <p>und</p> <p>2. als sonstige Voraussetzung ein Vorbereitungsdienst oder eine abgeschlossene Berufsausbildung, bei Laufbahnen mit besonderen Anforderungen ein Vorbereitungsdienst und eine abgeschlossene Berufsausbildung.</p> <p>(2) Für die Laufbahnen der Laufbahngruppe 1 sind für das zweite Einstiegsamt mindestens zu fordern</p> <p>1. als Bildungsvoraussetzung</p> <p>a) ein Mittlerer Schulabschluss oder ein Real-schulabschluss oder</p> <p>b) der Erste allgemeinbildende Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss und eine förderliche abgeschlossene Berufsausbildung oder</p> <p>c) der Erste allgemeinbildende Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss und eine abgeschlossene Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis oder</p> <p>d) ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand</p> <p>und</p> <p>2. als sonstige Voraussetzung</p> <p>a) eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine geeignete hauptberufliche Tätigkeit oder</p> <p>b) ein mit einer Laufbahnprüfung abgeschlossener Vorbereitungsdienst oder eine inhaltlich dessen Anforderungen entsprechende abgeschlossene berufliche Ausbildung oder Fortbildung oder</p> <p>c) bei Laufbahnen mit besonderen Anforderungen eine abgeschlossene Berufsausbildung und ein Vorbereitungsdienst.</p>	<p>(1) Für die Laufbahnen der Laufbahngruppe 1 sind für das erste Einstiegsamt mindestens zu fordern</p> <p>1. als Bildungsvoraussetzung der Erste allgemeinbildende Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand</p> <p>und</p> <p>2. als sonstige Voraussetzung ein Vorbereitungsdienst oder eine abgeschlossene berufliche Ausbildung.</p> <p>(2) Für die Laufbahnen der Laufbahngruppe 1 sind für das zweite Einstiegsamt mindestens zu fordern</p> <p>1. als Bildungsvoraussetzung</p> <p>a) ein Mittlerer Schulabschluss oder ein Real-schulabschluss oder</p> <p>b) der Erste allgemeinbildende Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss und eine förderliche abgeschlossene berufliche Ausbildung oder</p> <p>c) der Erste allgemeinbildende Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss und eine abgeschlossene Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis oder</p> <p>d) ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand</p> <p>und</p> <p>2. als sonstige Voraussetzung</p> <p>a) eine förderliche abgeschlossene berufliche Ausbildung und eine geeignete hauptberufliche Tätigkeit oder</p> <p>b) ein mit einer Laufbahnprüfung abgeschlossener Vorbereitungsdienst oder eine durch Laufbahnverordnung nach § 25 Absatz 2 Satz 2 oder durch Entscheidung der für die Fachrichtung zuständigen obersten Landesbehörde bestimmte, inhaltlich dem Vorbereitungsdienst entsprechende abgeschlossene berufliche Ausbildung oder Fortbildung oder</p> <p>c) eine abgeschlossene berufliche Ausbildung und ein Vorbereitungsdienst, soweit dies durch Laufbahnverordnung nach § 25 Absatz 2 Satz 2 aufgrund besonderer Anforderungen der Laufbahn bestimmt ist.</p> <p>Der Nachweis der nach Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a) bis c) geforderten beruflichen Ausbildung ist auch erbracht, wenn diese bereits nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b) abgeleistet worden ist.</p>
--	---

<p>(3) Für die Laufbahnen der Laufbahngruppe 2 sind für das erste Einstiegsamt mindestens zu fordern</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. als Bildungsvoraussetzung ein mit einem Bachelorgrad abgeschlossenes Hochschulstudium oder ein gleichwertiger Abschluss und 2. als sonstige Voraussetzung <ol style="list-style-type: none"> a) eine geeignete hauptberufliche Tätigkeit oder b) ein mit einer Prüfung abgeschlossener Vorbereitungsdienst. <p>Die Voraussetzungen nach Nummer 2 entfallen, wenn das Hochschulstudium die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden sowie die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt, die zur Erfüllung der Aufgaben in der Laufbahn erforderlich sind.</p> <p>(4) Für die Laufbahnen der Laufbahngruppe 2 sind für das zweite Einstiegsamt mindestens zu fordern</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. als Bildungsvoraussetzung ein mit einem Mastergrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Hochschulstudium und 2. als sonstige Voraussetzung <ol style="list-style-type: none"> a) eine geeignete hauptberufliche Tätigkeit oder b) ein mit einer Prüfung abgeschlossener Vorbereitungsdienst. Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend. <p>§ 15 Bei einem anderen Dienstherrn erworbene Vorbildung und Laufbahnbefähigung</p> <p>(1) Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst einer Laufbahn darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil die Bewerberin oder Bewerber die für ihre oder seine Laufbahn vorgeschriebene Vorbildung im Bereich eines anderen Dienstherrn erworben hat.</p> <p>(2) Wer die Laufbahnbefähigung bei einem anderen Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes erworben hat, besitzt, soweit erforderlich nach Durchführung von Maßnahmen nach § 24 Satz 3, die Befähigung für eine Laufbahn nach §§ 13 und 14.</p> <p>§ 18 Einstellung</p>	<p>- Abs. 3- 4 unverändert</p> <p>Nr. 4 Änderung von § 15:</p> <p>- Absatz 1 unverändert</p> <p>(2) Wer die Laufbahnbefähigung bei einem anderen Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes erworben hat, besitzt die Befähigung für eine Laufbahn nach §§ 13 und 14. Soweit erforderlich, kann die Beamtin oder der Beamte verpflichtet werden, Einführungsfortbildungen zu absolvieren.</p> <p>Nr. 5 Änderung von § 18:</p>
--	--

<p>Eine Ernennung unter Begründung eines Beamtenverhältnisses (Einstellung) ist im Beamtenverhältnis auf Probe oder auf Lebenszeit nur in einem Einstiegsamt zulässig. Abweichend von Satz 1 kann</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. bei entsprechenden beruflichen Erfahrungen oder sonstigen Qualifikationen, die zusätzlich zu den in § 14 geregelten Zugangsvoraussetzungen erworben wurden, wenn die Laufbahnvorschriften dies bestimmen, 2. für die in § 37 genannten Beamtinnen und Beamten oder 3. bei Zulassung einer Ausnahme durch den Landesbeamtenausschuss auch eine Einstellung in einem höheren Amt vorgenommen werden. <p>§ 19 Probezeit</p> <p>(1) Probezeit ist die Zeit im Beamtenverhältnis auf Probe, während der sich die Beamtinnen und Beamten nach Erwerb der Befähigung für die Laufbahn bewähren sollen.</p> <p>(2) Die regelmäßige Probezeit dauert in allen Laufbahnen drei Jahre. Zeiten hauptberuflicher Tätigkeit innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes können auf die Probezeit angerechnet werden, soweit die Tätigkeit nach Art und Bedeutung der Tätigkeit in der Laufbahn gleichwertig ist. Die Mindestprobezeit beträgt in der Laufbahngruppe 1 sechs Monate und in der Laufbahngruppe 2 ein Jahr. Die Mindestprobezeit kann unterschritten werden, wenn die anrechenbaren Zeiten im Beamtenverhältnis mit Dienstbezügen abgeleistet worden sind.</p> <p>(3) Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Beamtin oder des Beamten sind zweimal im Rahmen einer dienstlichen Beurteilung zu bewerten. Für die Feststellung der Bewährung gilt ein strenger Maßstab. Bei Entlassung wegen</p>	<p>Eine Ernennung unter Begründung eines Beamtenverhältnisses (Einstellung) ist im Beamtenverhältnis auf Probe oder auf Lebenszeit nur in einem Einstiegsamt zulässig. Abweichend von Satz 1 kann</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. bei entsprechenden beruflichen Erfahrungen oder sonstigen Qualifikationen, die zusätzlich zu den in § 14 geregelten Zugangsvoraussetzungen erworben wurden, wenn die Laufbahnvorschriften dies bestimmen, 2. für die in § 37 genannten Beamtinnen und Beamten oder 3. bei Zulassung einer Ausnahme durch den Landesbeamtenausschuss auch eine Einstellung in einem höheren Amt vorgenommen werden. <p>Satz 1 gilt nicht in den Fällen des § 5.</p> <p>Nr. 6 Änderung von § 19:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abs. 1 unverändert <p>(2) Die regelmäßige Probezeit dauert in allen Laufbahnen drei Jahre. Zeiten hauptberuflicher Tätigkeit innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes können auf die Probezeit angerechnet werden, soweit die Tätigkeit nach Art und Bedeutung der Tätigkeit in der Laufbahn gleichwertig ist. Die Mindestprobezeit beträgt in der Laufbahngruppe 1 sechs Monate und in der Laufbahngruppe 2 ein Jahr. Die Mindestprobezeit kann unterschritten werden, wenn die anrechenbaren Zeiten im Beamtenverhältnis mit Dienstbezügen, in einem Dienstverhältnis nach §§ 144 und 145 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung oder in einem Arbeitsverhältnis bei einem Spitzenverband oder einer Arbeitsgemeinschaft nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Sozialgesetzbuches Sechstes Buch – Gesetzliche Rentenversicherung, für das beamtenrechtliche Vorschriften gelten, abgeleistet worden sind.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abs. 3- 5 unverändert
---	--

<p>mangelnder Bewährung oder Verkürzung der Probezeit ist eine Beurteilung ausreichend.</p> <p>(4) Die Probezeit kann bis zu einer Höchstdauer von fünf Jahren verlängert werden.</p> <p>(5) Die in § 37 genannten Beamtinnen und Beamten leisten keine Probezeit.</p> <p>§ 20 Beförderung</p> <p>(1) Beförderung ist eine Ernennung, durch die der Beamtin oder dem Beamten ein anderes Amt mit höherem Endgrundgehalt verliehen wird.</p> <p>(2) Eine Beförderung ist nicht zulässig</p> <ol style="list-style-type: none">1. während der Probezeit,2. vor Feststellung der Eignung für einen höher bewerteten Dienstposten in einer Erprobungszeit von mindestens drei Monaten Dauer; dies gilt nicht in den Fällen des § 5 sowie für die Beamtinnen und Beamten nach den §§ 7, 37 und 124,3. vor Ablauf von zwei Jahren seit der letzten Beförderung, es sei denn, dass das derzeitige Amt nicht durchlaufen zu werden braucht. Ämter, die regelmäßig zu durchlaufen sind, dürfen nicht übersprungen werden. <p>(3) Der Landesbeamtenausschuss kann Ausnahmen von Absatz 2 zulassen.</p> <p>§ 21 Aufstieg</p> <p>Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für eine Laufbahn der Laufbahngruppe 1 können auch ohne Erfüllung der für die Laufbahn vorgeschriebenen Zugangsvoraussetzungen durch Aufstieg eine Befähigung für eine Laufbahn der Laufbahngruppe 2 erwerben. Für den Aufstieg ist die Ablegung einer Prüfung zu verlangen; die Laufbahnvorschriften können Ausnahmen bestimmen.</p> <p>§ 23 Benachteiligungsverbot, Nachteilsausgleich</p>	<p>Nr. 7 Änderung von § 20:</p> <p>(1) Beförderung ist eine Ernennung, durch die der Beamtin oder dem Beamten ein anderes Amt mit höherem Endgrundgehalt verliehen wird. Bei der Verleihung eines Amtes mit höherem Endgrundgehalt, das unter den Anwendungsbereich von § 5 fällt, gilt § 5 Absatz 1 Satz 2.</p> <p>(2) Eine Beförderung ist nicht zulässig</p> <ol style="list-style-type: none">1. während der Probezeit,2. vor Feststellung der Eignung für einen höher bewerteten Dienstposten in einer Erprobungszeit von mindestens drei Monaten Dauer; dies gilt nicht in den Fällen des § 5 sowie für die Beamtinnen und Beamten nach den §§ 7, 37 und 124,3. vor Ablauf von einem Jahr seit der letzten Beförderung, es sei denn, dass das derzeitige Amt nicht durchlaufen zu werden braucht. Ämter, die regelmäßig zu durchlaufen sind, dürfen nicht übersprungen werden. <p>- Abs. 3 unverändert</p> <p>Nr. 8 Änderung von § 21:</p> <p>Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für eine Laufbahn der Laufbahngruppe 1 können auch ohne Erfüllung der für die Laufbahn vorgeschriebenen Zugangsvoraussetzungen durch Aufstieg eine Befähigung für eine Laufbahn der Laufbahngruppe 2 erwerben. Es kann auch eine auf bestimmte Ämter beschränkte Befähigung erworben werden. Für den Aufstieg ist die Ablegung einer Prüfung zu verlangen; die Laufbahnvorschriften können Ausnahmen bestimmen.</p> <p>Nr. 9 Änderung von § 23:</p> <p>- Abs. 1 unverändert</p>
---	--

<p>(1) Schwangerschaft, Mutterschutz, Elternzeit und die Betreuung von Kindern oder die Pflege einer oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen Angehörigen dürfen sich bei der Einstellung und der beruflichen Entwicklung nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 nicht nachteilig auswirken.</p> <p>(2) Haben sich die Anforderungen an die fachliche Eignung einer Bewerberin oder eines Bewerbers für die Einstellung in den öffentlichen Dienst in der Zeit erhöht, in der sich ihre oder seine Bewerbung um Einstellung infolge der Geburt oder Betreuung eines Kindes verzögert hat, und hat sie oder er sich innerhalb von drei Jahren nach der Geburt dieses Kindes oder sechs Monate nach Erfüllung der ausbildungsmäßigen Einstellungsvoraussetzungen beworben, ist der Grad ihrer oder seiner fachlichen Eignung nach den Anforderungen zu prüfen, die zu dem Zeitpunkt bestanden haben, zu dem sie oder er sich ohne die Geburt des Kindes hätte bewerben können. Für die Berechnung des Zeitraums der Verzögerung sind die Fristen nach § 4 Abs. 1 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748), geändert durch Artikel 6 Abs. 8 des Gesetzes vom 19. August 2007 (BGBl. I S. 1970), sowie nach § 3 Abs. 2 des Mutterschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S. 2318), geändert durch Artikel 2 Abs. 10 des Gesetzes vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748), zugrunde zu legen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Verzögerung der Einstellung wegen der tatsächlichen Pflege einer oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen.</p> <p>(3) Zum Ausgleich beruflicher Verzögerungen infolge</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Geburt oder der tatsächlichen Betreuung oder Pflege eines Kindes unter achtzehn Jahren oder 2. der tatsächlichen Pflege einer oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen kann die Beamtin oder der Beamte ohne Mitwirkung des Landesbeamtenausschusses abweichend von § 20 Abs. 2 Nr. 1 und 2 während der Probezeit und vor Ablauf eines Jahres seit Beendigung der Probezeit befördert werden. Das Ableisten der vorgeschriebenen Probezeit bleibt unberührt. 	<p>(2) Haben sich die Anforderungen an die fachliche Eignung einer Bewerberin oder eines Bewerbers für die Einstellung in den öffentlichen Dienst in der Zeit erhöht, in der sich ihre oder seine Bewerbung um Einstellung infolge der Geburt oder Betreuung eines Kindes verzögert hat, und hat sie oder er sich innerhalb von drei Jahren nach der Geburt dieses Kindes oder sechs Monate nach Erfüllung der ausbildungsmäßigen Einstellungsvoraussetzungen beworben, ist der Grad ihrer oder seiner fachlichen Eignung nach den Anforderungen zu prüfen, die zu dem Zeitpunkt bestanden haben, zu dem sie oder er sich ohne die Geburt des Kindes hätte bewerben können. Für die Berechnung des Zeitraums der Verzögerung sind die Fristen nach § 4 Absatz 1 Satz 1 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 2015 (BGBl. I S. 33), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Februar 2021 (BGBl. I S. 239), sowie nach § 3 Absatz 1 Satz 1 des Mutterschutzgesetzes vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228), geändert durch Artikel 57 Absatz 8 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2652), zugrunde zu legen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Verzögerung der Einstellung wegen der tatsächlichen Pflege einer oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen.</p> <p>(3) Zum Ausgleich beruflicher Verzögerungen infolge</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Geburt oder der tatsächlichen Betreuung oder Pflege eines Kindes unter achtzehn Jahren oder 2. der tatsächlichen Pflege einer oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen kann die Beamtin oder der Beamte ohne Mitwirkung des Landesbeamtenausschusses abweichend von § 20 Abs. 2 Nr. 1 und 2 während der Probezeit und vor Ablauf eines Jahres seit Beendigung der Probezeit befördert werden. Das Ableisten der vorgeschriebenen Probezeit bleibt unberührt.
---	--

<p>(4) Die Absätze 2 und 3 sind entsprechend anzuwenden für Zeiten</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eines Wehrdienstes, 2. von ehemaligen Soldatinnen und Soldaten nach § 8a des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. September 2009 (BGBl. I S. 3054), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3386), 3. eines Zivildienstes oder Bundesfreiwilligendienstes, 4. eines Entwicklungsdienstes, 5. eines freiwilligen sozialen oder freiwilligen ökologischen Jahres nach dem Jugendfreiwilligendienstegesetz vom 16. Mai 2008 (BGBl. I S. 842), geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854). <p>§ 25 Laufbahnverordnungen</p> <p>(1) Unter Berücksichtigung der §§ 13 bis 24 ist die nähere Ausgestaltung der Laufbahnen durch Verordnung zu bestimmen. Dabei sollen insbesondere geregelt werden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Gestaltung der Laufbahnen, insbesondere die Einrichtung von Laufbahnzweigen und die regelmäßig zu durchlaufenden Ämter (§ 13), 2. der Erwerb der Laufbahnbefähigung (§§ 14 bis 17); dabei sind auch die Minstdauer eines Vorbereitungsdienstes und einer hauptberuflichen Tätigkeit zu regeln, 3. die Durchführung von Prüfungen einschließlich der Prüfungsnote, 4. Voraussetzungen für die Einstellung in einem höheren Amt als einem Einstiegsamt (§ 18 Satz 2 Nr. 1), 5. die Probezeit, insbesondere ihre Verlängerung und Anrechnung von Zeiten hauptberuflicher Tätigkeit auf die Probezeit (§ 19), 6. die Voraussetzungen und das Verfahren für Beförderungen und den Aufstieg sowie für Personalentwicklungsmaßnahmen, die darauf gerichtet sind, Beamtinnen und Beamte auf die Übernahme bestimmter Ämter und Funktionen vorzubereiten (§§ 20, 21, 22), 7. Voraussetzungen für den Laufbahnwechsel (§ 24), 8. Grundsätze der Qualifizierung und Fortbildung im Rahmen der Personalentwicklung (§ 22), 	<p>- Abs. 4 unverändert</p> <p>Nr. 10 Änderung von § 25:</p> <p>(1) Unter Berücksichtigung der §§ 13 bis 24 ist die nähere Ausgestaltung der Laufbahnen durch Verordnung zu bestimmen. Dabei sollen insbesondere geregelt werden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Gestaltung der Laufbahnen, insbesondere die Einrichtung von Laufbahnzweigen und die regelmäßig zu durchlaufenden Ämter (§ 13), 2. der Erwerb der Laufbahnbefähigung (§§ 14 bis 17); dabei sind auch die Minstdauer eines Vorbereitungsdienstes und einer hauptberuflichen Tätigkeit zu regeln, 3. die Durchführung von Prüfungen einschließlich der Prüfungsnote, 4. Voraussetzungen für die Einstellung in einem höheren Amt als einem Einstiegsamt (§ 18 Satz 2 Nr. 1), 5. die Probezeit, insbesondere ihre Verlängerung und Anrechnung von Zeiten hauptberuflicher Tätigkeit auf die Probezeit (§ 19), 6. die Voraussetzungen und das Verfahren für Beförderungen und den Aufstieg sowie für Personalentwicklungsmaßnahmen, die darauf gerichtet sind, Beamtinnen und Beamte auf die Übernahme bestimmter Ämter und Funktionen vorzubereiten (§§ 20, 21, 22), 7. Voraussetzungen für den Laufbahnwechsel (§ 24), 8. Grundsätze der Qualifizierung und Fortbildung im Rahmen der Personalentwicklung (§ 22),
---	--

<p>9. Grundsätze für dienstliche Beurteilungen (§ 59),</p> <p>10. Einzelheiten des Nachteilsausgleichs (§ 23),</p> <p>11. Ausgleichsmaßnahmen zugunsten von schwerbehinderten Menschen,</p> <p>12. Besonderheiten für Beamtinnen und Beamte nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 und 3.</p> <p>(2) Die Landesregierung erlässt durch Verordnung nach Absatz 1 die Vorschriften, die für alle Laufbahnen einheitlich gelten sollen (Allgemeine Laufbahnverordnung). Darüber hinaus erforderliche Vorschriften erlässt die für die Gestaltung der jeweiligen Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde im Einvernehmen mit der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten durch Verordnung nach Absatz 1.</p> <p>§ 31 Entlassung durch Verwaltungsakt</p> <p>(1) Das Verlangen nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BeamStG muss der Dienstvorgesetzten oder dem Dienstvorgesetzten gegenüber erklärt werden. Die Erklärung kann, solange die Entlassungsverfügung noch nicht zugangen ist, innerhalb von zwei Wochen nach Zugang bei der Dienstvorgesetzten oder dem Dienstvorgesetzten, mit Zustimmung der nach § 32 Abs. 1 für die Entlassung zuständigen Behörde auch nach Ablauf dieser Frist, zurückgenommen werden. Die Entlassung ist für den beantragten Zeitpunkt auszusprechen. Sie kann jedoch solange hinausgeschoben werden, bis die Beamtinnen und Beamten ihre Amtsgeschäfte ordnungsgemäß erledigt haben, längstens drei Monate, bei Schulleiterinnen und Schulleitern sowie Lehrerinnen und Lehrern an öffentlichen Schulen bis zum Ende des laufenden Schulhalbjahres, bei dem beamteten wissenschaftlichen und künstlerischen Personal an Hochschulen bis zum Ablauf des Semesters oder Trimesters.</p> <p>(2) Die Frist für die Entlassung nach § 23 Abs. 3 BeamStG beträgt bei einer Beschäftigungszeit 1. bis zu drei Monaten zwei Wochen zum Monatsschluss,</p>	<p>9. Grundsätze für dienstliche Beurteilungen nach § 59 Absatz 3 mit Ausnahme der Staatsanwältinnen, Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen, Rechtspfleger sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte,</p> <p>10. Einzelheiten des Nachteilsausgleichs (§ 23),</p> <p>11. Ausgleichsmaßnahmen zugunsten von schwerbehinderten Menschen,</p> <p>12. Besonderheiten für Beamtinnen und Beamte nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 und 3.</p> <p>(2) Die Landesregierung erlässt durch Verordnung nach Absatz 1 die Vorschriften, die für alle Laufbahnen einheitlich gelten sollen (Allgemeine Laufbahnverordnung). Darüber hinaus erforderliche oder, soweit dieses Gesetz oder die Verordnung nach Satz 1 dieses bestimmt, abweichende Vorschriften erlässt die für die Gestaltung der jeweiligen Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde im Einvernehmen mit der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten durch Verordnung nach Absatz 1.</p> <p>Nr. 11 Änderung von § 31</p> <p>- Absatz 1 bis 5 unverändert</p>
--	---

<p>2. von mehr als drei Monaten sechs Wochen zum Schluss eines Kalendervierteljahres. Als Beschäftigungszeit gilt die Zeit ununterbrochener Tätigkeit im Beamtenverhältnis auf Probe bei demselben Dienstherrn.</p> <p>(3) Im Falle des § 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BeamtStG ist vor der Entlassung der Sachverhalt in entsprechender Anwendung der §§ 21 bis 29 des Landesdisziplinargesetzes vom 18. März 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 154) aufzuklären. Abweichend von Absatz 2 kann die Entlassung ohne Einhaltung einer Frist erfolgen.</p> <p>(4) Sind Beamtinnen und Beamte nach § 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BeamtStG entlassen worden, sind sie auf ihre Bewerbung bei gleichwertiger Eignung vorrangig zu berücksichtigen.</p> <p>(5) Für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf, die wegen eines Dienstvergehens entlassen werden sollen, ist Absatz 3 anzuwenden.</p> <p>§ 56 Dienstkleidungsvorschriften</p> <p>Beamtinnen und Beamte sind verpflichtet Dienstkleidung zu tragen, wenn dies bei der Ausübung des Dienstes üblich oder erforderlich ist. Die Vorschriften über die Dienstkleidung erlässt die zuständige oberste Landesbehörde.</p>	<p>(6) Bei einer Entlassung nach § 23 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 Beamtenstatusgesetz vor dem Ende der Probezeit nach § 5 Absatz 1 findet Absatz 2 außer in den Fällen von § 5 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit Satz 2 keine Anwendung.</p> <p>Nr. 12 Neufassung von § 56: § 56 Äußeres Erscheinungsbild, Dienstkleidung</p> <p>(1) Die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Dienstbehörde wird ermächtigt, durch Verordnung Einzelheiten über das äußere Erscheinungsbild der Beamtinnen und Beamten nach § 34 Absatz 2 Satz 2 bis 4 BeamtStG zu regeln.</p> <p>(2) Die oberste Dienstbehörde kann im Einzelfall Anordnungen bezüglich des äußeren Erscheinungsbildes nach § 34 Absatz 2 Satz 2 bis 4 BeamtStG treffen. Sie kann diese Befugnis auf andere Stellen übertragen.</p> <p>(3) Anordnungen nach Absatz 2 können sich insbesondere darauf erstrecken, 1. ein sofort ablegbares Erscheinungsmerkmal bei der Ausübung des Dienstes oder bei einer Tätigkeit mit unmittelbarem Dienstbezug abzugeben,</p>
---	--

<p>§ 59 Dienstliche Beurteilung, Dienstzeugnis</p>	<p>2. ein nicht sofort ablegbares Erscheinungsmerkmal</p> <p>a) bei der Ausübung des Dienstes oder bei einer Tätigkeit mit unmittelbarem Dienstbezug abzudecken oder in geeigneter Weise mit kosmetischen oder ähnlichen Mitteln zu überdecken, b) zur Herstellung eines pflichtgemäßen Zustands dauerhaft zu verändern, oder c) zu entfernen, wenn sich in anderer Weise kein pflichtgemäßer Zustand herstellen lässt. Die Anordnung kann auch darauf gerichtet sein, zur Vermeidung einer künftigen, nicht auf andere Weise abwendbaren Kollision mit den dienstlichen Pflichten ein nicht sofort ablegbares Erscheinungsmerkmal bereits vor dessen Erstellung zu untersagen.</p> <p>(4) Religiös oder weltanschaulich konnotierte Erscheinungsmerkmale dürfen nur dann durch Regelungen nach Absatz 1 und Anordnungen nach Absatz 2 eingeschränkt oder untersagt werden, wenn sie objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die neutrale Amtsführung der Beamtin oder des Beamten zu beeinträchtigen. Die Möglichkeit der Beeinträchtigung setzt voraus, dass die Erscheinungsmerkmale bei der Ausübung des Dienstes oder bei einer Tätigkeit mit unmittelbarem Dienstbezug von Dritten wahrgenommen werden können und die Beamtin oder der Beamte Amtshandlungen vornimmt, bei denen es in besonderem Maße auf die weltanschaulich – religiöse Neutralität des Staates und seiner Amtsträgerinnen und Amtsträger ankommt. Anordnungen über die Einschränkung des Tragens religiös oder weltanschaulich konnotierter Erscheinungsmerkmale sind auf das unbedingt erforderliche Maß zu begrenzen; sie sind zu begründen.</p> <p>(5) Beamtinnen und Beamte sind verpflichtet Dienstkleidung zu tragen, wenn dies bei der Ausübung des Dienstes üblich oder erforderlich ist. Die Vorschriften über die Dienstkleidung erlässt die zuständige oberste Landesbehörde. Für die Dienstkleidung der uniformierten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten wird das Nähere im Einvernehmen mit dem Finanzministerium geregelt.</p> <p>Nr. 13 Änderung von § 59:</p>
---	---

<p>(1) Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Beamtinnen und Beamten sind dienstlich zu beurteilen. Erfolgt eine Auswahlentscheidung auch auf der Grundlage dienstlicher Beurteilungen, besitzen die Beurteilungen hinreichende Aktualität, deren Ende des Beurteilungszeitraumes zum Zeitpunkt der Auswahlentscheidung nicht länger als drei Jahre zurückliegt.</p>	<p>(1) Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Beamtinnen und Beamten sind regelmäßig oder aus besonderem Anlass dienstlich zu beurteilen. In der dienstlichen Beurteilung ist eine gesonderte Eignungsbeurteilung nicht erforderlich, sofern Eignungsmerkmale in der Beurteilung der fachlichen Leistung oder der Beurteilung der Befähigung enthalten sind. Dienstliche Beurteilungen sind mit einem Gesamturteil abzuschließen. Enthält die dienstliche Beurteilung eine von der Beurteilung der fachlichen Leistung (Leistungsbeurteilung) getrennte Beurteilung der Befähigung (Befähigungsbewertung), ist nur die Leistungsbeurteilung mit einem Gesamturteil abzuschließen. Dienstliche Beurteilungen sollen einen Vorschlag für die weitere dienstliche Verwendung enthalten. Erfolgt eine Auswahlentscheidung auch auf der Grundlage dienstlicher Beurteilungen, besitzen die Beurteilungen hinreichende Aktualität, deren Ende des Beurteilungszeitraumes zum Zeitpunkt der Auswahlentscheidung nicht länger als drei Jahre zurückliegt.</p> <p>(2) Bei Elternzeit mit vollständiger Freistellung von der dienstlichen Tätigkeit oder bei einem Urlaub ohne Dienstbezüge nach § 62 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 kann die letzte regelmäßige dienstliche Beurteilung unter Berücksichtigung der Entwicklung vergleichbarer Beamtinnen und Beamten fiktiv fortgeschrieben werden, wenn keine dienstliche Beurteilung vorliegt, die aktuell im Sinne des Absatzes 1 Satz 6 ist. Dabei darf die Fortschreibung sich längstens auf drei Regelbeurteilungszeiträume erstrecken.</p> <p>(3) In den Laufbahnvorschriften können weitere Grundsätze für dienstliche Beurteilungen geregelt werden, insbesondere über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Inhalt der dienstlichen Beurteilung einschließlich der zu beurteilenden Merkmale oder Gruppen von Merkmalen von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung, 2. die Voraussetzungen für regelmäßige Beurteilungen (Regelbeurteilungen) und Beurteilungen aus besonderem Anlass (Anlassbeurteilungen), 3. Ausnahmen von der Verpflichtung zur Regelbeurteilung oder zur Anlassbeurteilung,
--	---

<p>(2) Beamtinnen und Beamten wird auf Antrag ein Dienstzeugnis über Art und Dauer der bekleideten Ämter erteilt, wenn sie daran ein berechtigtes Interesse haben oder das Beamtenverhältnis beendet ist. Das Dienstzeugnis muss auf Verlangen auch über die ausgeübte Tätigkeit und die erbrachten Leistungen Auskunft geben.</p> <p>61 Teilzeitbeschäftigung (§ 43 BeamtStG)</p> <p>(1) Beamtinnen und Beamten mit Dienstbezügen soll auf Antrag Teilzeitbeschäftigung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit bewilligt werden, soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Unter den gleichen Voraussetzungen kann die Teilzeitbeschäftigung für einen Zeitraum bis zu sieben Jahren auch in der Weise bewilligt werden,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dass dabei der Teil, um den die Arbeitszeit ermäßigt ist, zu einem ununterbrochenen Zeitraum zusammengefasst wird, der am Ende der bewilligten Teilzeitbeschäftigung liegen muss (Freistellungsphase) oder 2. dass am Ende des Bewilligungszeitraums eine Arbeitszeitreduzierung steht, die durch eine entsprechend höhere Arbeitszeit in der Anfangsphase erbracht wird. <p>(2) Während der Teilzeitbeschäftigung nach Absatz 1 und Absatz 4 dürfen entgeltliche Tätigkeiten nur in dem Umfang ausgeübt werden wie es Vollzeitbeschäftigten gestattet ist. Ausnahmen können zugelassen werden, soweit durch die Tätigkeiten dienstliche Pflichten nicht verletzt werden.</p> <p>(3) Die oder der Dienstvorgesetzte kann nachträglich die Dauer der Teilzeitbeschäftigung beschränken oder den Umfang der zu leistenden</p>	<p>4. Mindestanforderungen an ein Bewertungssystem für die Beurteilung einschließlich der Bildung eines Gesamturteils nach Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie die Festlegung von Richtwerten,</p> <p>5. die Ausgestaltung des Beurteilungsmaßstabs und</p> <p>6. die Einzelheiten der fiktiven Fortschreibung von Beurteilungen nach Absatz 2.</p> <p>(4) - inhaltlich unverändert.</p> <p>Nr. 14 Änderung von § 61:</p> <p>(1) Beamtinnen und Beamten mit Dienstbezügen soll auf Antrag Teilzeitbeschäftigung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit bewilligt werden, soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Unter den gleichen Voraussetzungen kann die Teilzeitbeschäftigung für einen Zeitraum bis zu sieben Jahren auch in der Weise bewilligt werden,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dass dabei der Teil, um den die Arbeitszeit ermäßigt ist, zu einem ununterbrochenen Zeitraum zusammengefasst wird, der am Ende der bewilligten Teilzeitbeschäftigung liegen muss (Freistellungsphase) oder 2. dass am Ende des Bewilligungszeitraums eine Arbeitszeitreduzierung steht, die durch eine entsprechend höhere Arbeitszeit in der Anfangsphase erbracht wird; dabei muss am Ende des Bewilligungszeitraums mindestens 25% der regelmäßigen Arbeitszeit erbracht werden. <p>- Abs. 2- 4 unverändert</p>
---	---

<p>Arbeitszeit erhöhen, soweit zwingende dienstliche Belange dies erfordern. Sie oder er hat eine Änderung des Umfangs der Teilzeitbeschäftigung oder den Übergang zur Vollzeitbeschäftigung zuzulassen, wenn der Beamtin oder dem Beamten die Teilzeitbeschäftigung im bisherigen Umfang nicht mehr zugemutet werden kann und dienstliche Belange nicht entgegenstehen.</p> <p>(4) Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst, bei denen zum Zeitpunkt der Antragstellung die Schwerbehinderteneigenschaft nach § 2 Absatz 2 oder die Gleichstellung nach § 2 Absatz 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch festgestellt ist, soll auf Antrag Teilzeitbeschäftigung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit bewilligt werden, soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen.</p> <p>§ 66 Hinweispflicht und Benachteiligungsverbot</p> <p>(1) Wird eine Reduzierung der Arbeitszeit oder eine langfristige Beurlaubung nach den §§ 61 bis 64 beantragt, ist die Beamtin oder der Beamte schriftlich auf die Folgen reduzierter Arbeitszeit oder langfristiger Beurlaubungen hinzuweisen, insbesondere auf die Folgen für Ansprüche aufgrund beamtenrechtlicher Regelungen.</p> <p>(2) Die Reduzierung der Arbeitszeit nach den §§ 61 bis 63 darf das berufliche Fortkommen nicht beeinträchtigen. Eine unterschiedliche Behandlung von Beamtinnen und Beamten mit reduzierter Arbeitszeit gegenüber Beamtinnen und Beamten mit regelmäßiger Arbeitszeit ist nur zulässig, wenn zwingende sachliche Gründe sie rechtfertigen.</p> <p>§ 67 Fernbleiben vom Dienst, Erkrankung</p> <p>Die Beamtin oder der Beamte darf dem Dienst nicht ohne Genehmigung ihrer oder seiner Dienstvorgesetzten oder ihres oder seines Dienstvorgesetzten fernbleiben. Sie oder er hat eine Dienstunfähigkeit infolge Krankheit unter Angabe ihrer voraussichtlichen Dauer unverzüglich anzuzeigen. Dauert die Dienstunfähigkeit länger als drei Kalendertage, hat sie oder er</p>	<p>Nr. 15 Änderung von § 66:</p> <p>(1) Wird eine Reduzierung der Arbeitszeit oder eine langfristige Beurlaubung nach den §§ 61 bis 64 beantragt, ist die Beamtin oder der Beamte schriftlich auf die Folgen reduzierter Arbeitszeit oder langfristiger Beurlaubungen hinzuweisen, insbesondere auf die Folgen für Ansprüche aufgrund beamtenrechtlicher Regelungen.</p> <p>- Abs. 2 unverändert</p> <p>Nr. 16 Neufassung von § 67:</p> <p>§ 67 Fernbleiben vom Dienst, Erkrankung</p> <p>(1) Die Beamtin oder der Beamte darf dem Dienst nicht ohne Genehmigung ihrer oder seiner Dienstvorgesetzten oder ihres oder seines Dienstvorgesetzten fernbleiben.</p> <p>(2) Eine Dienstunfähigkeit infolge Krankheit hat die Beamtin oder der Beamte unter Angabe ih-</p>
---	---

<p>eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen; dies gilt auf Verlangen der oder des Dienstvorgesetzten auch bei kürzerer Dauer der Dienstunfähigkeit. Bei längerer Dauer kann die oder der Dienstvorgesetzte erneut die Vorlage von ärztlichen Bescheinigungen verlangen. Die Beamtin oder der Beamte ist verpflichtet, sich nach Weisung der oder des Dienstvorgesetzten von einer Amtsärztin oder einem Amtsarzt oder einer sonstigen beamteten Ärztin oder einem sonstigen beamteten Arzt untersuchen zu lassen; die Kosten dieser Untersuchung trägt der Dienstherr. § 44 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 gilt entsprechend.</p> <p>§ 68 Urlaub (§ 44 BeamStG)</p> <p>(1) Die Landesregierung regelt durch Verordnung Einzelheiten der Gewährung von Erholungsurlaub, insbesondere die Dauer des Erholungsurlaubs, die Gewährung von Zusatzurlaub, die Einzelheiten der Gewährung einer Urlaubsabgeltung für aufgrund von Dienstunfähigkeit bis zur Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht in Anspruch genommenen Erholungsurlaub, die Voraussetzungen für die Urlaubsgewährung und das Verfahren.</p> <p>(2) Den Beamtinnen und Beamten kann Urlaub aus anderen Anlässen (Sonderurlaub) gewährt werden. Die Landesregierung regelt durch Verordnung Einzelheiten der Gewährung von Sonderurlaub, insbesondere die Voraussetzungen und die Dauer des Sonderurlaubs, das Verfahren sowie ob und inwieweit die Dienstbezüge während eines Sonderurlaubs zu belassen sind.</p> <p>§ 95 Mitglieder</p> <p>(1) Der Landesbeamtenausschuss besteht aus neun Mitgliedern.</p> <p>(2) Die Landesregierung beruft die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder auf die Dauer von vier Jahren. Vier ordentliche und drei stellvertretende Mitglieder sind aufgrund von Vorschlägen aus der Landesverwaltung zu berufen, davon</p>	<p>rer voraussichtlichen Dauer unverzüglich anzuzeigen. Dauert die Dienstunfähigkeit länger als drei Kalendertage, hat sie oder er eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen; dies gilt auf Verlangen der oder des Dienstvorgesetzten auch bei kürzerer Dauer der Dienstunfähigkeit. Bei längerer Dauer kann die oder der Dienstvorgesetzte erneut die Vorlage von ärztlichen Bescheinigungen verlangen.</p> <p>(3) Die Beamtin oder der Beamte ist verpflichtet, sich nach Weisung der oder des Dienstvorgesetzten ärztlich untersuchen zu lassen; die Kosten dieser Untersuchung trägt der Dienstherr. § 44 gilt entsprechend.</p> <p>Nr. 17 Änderung von § 68:</p> <p>(1) Die Landesregierung regelt durch Verordnung Einzelheiten der Gewährung von Erholungsurlaub und Zusatzurlaub, insbesondere Dauer und Berechnung des Urlaubs, die Voraussetzungen für die Urlaubsgewährung, dessen Verfall und das Verfahren sowie Einzelheiten der Gewährung einer Urlaubsabgeltung hinsichtlich des Verfahrens, der Voraussetzungen und des Umfangs einer Abgeltung.</p> <p>- Abs. 2 unverändert</p> <p>Nr. 18 Änderung von § 95:</p> <p>- Abs. 1- 5 unverändert</p>
---	---

<p>1. ein ordentliches Mitglied aus der für das allgemeine öffentliche Dienstrecht zuständigen obersten Landesbehörde,</p> <p>2. ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied aus dem für Grundsatzfragen der Beamtensbesoldung und Beamtenversorgung zuständigen Ministerium,</p> <p>3. ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied aus dem für kommunale Angelegenheiten zuständigen Ministerium und</p> <p>4. ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied aus der für ressortübergreifende Personalangelegenheiten zuständigen obersten Landesbehörde. Ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied werden aus dem Kreis der Richterinnen und Richter der Verwaltungsgerichtsbarkeit berufen. Zwei ordentliche und zwei stellvertretende Mitglieder werden aufgrund von Vorschlägen der Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände auf Landesebene und zwei ordentliche und zwei stellvertretende Mitglieder aufgrund von Vorschlägen der kommunalen Landesverbände des Landes Schleswig-Holstein berufen.</p> <p>(3) Vorsitzende oder Vorsitzender des Landesbeamtenausschusses ist das nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 berufene Mitglied. Bei deren oder dessen Verhinderung nimmt das ordentliche Mitglied aus dem für kommunale Angelegenheiten zuständigen Ministerium die Aufgaben der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden wahr. Sind beide verhindert, tritt an ihre Stelle das Mitglied, das dem Landesbeamtenausschuss am längsten ununterbrochen als Mitglied angehört, bei gleichlanger Mitgliedschaft das lebensältere.</p> <p>(4) Bei der Berufung der Mitglieder sollen Frauen und Männer jeweils zur Hälfte berücksichtigt werden. Von den Vorschlagsberechtigten soll jeweils eine Frau und ein Mann pro Gremienplatz benannt werden. Die Landesregierung wählt eine Person als Mitglied aus. Die Person, die nicht als Mitglied bestimmt wurde, wird als stellvertretendes Mitglied berufen.</p> <p>(5) Sämtliche Mitglieder mit Ausnahme der Richterin oder des Richters der Verwaltungsgerichtsbarkeit müssen sich in einem Beamtenverhältnis zu einem der in § 1 Absatz 1 genannten</p>	
--	--

<p>Dienstherren befinden.</p> <p>(6) Scheidet ein nach Absatz 3 berufenes Mitglied vor Ablauf der Amtszeit aus dem Landesbeamtenausschuss aus, wird ein neues Mitglied nur für den Rest der Amtszeit berufen.</p> <p>§ 111 Dienstkleidung</p> <p>(1) Die uniformierten Polizeivollzugsbeamtinnen oder Polizeivollzugsbeamten erhalten die Bekleidung und Ausrüstung, die die besondere Art ihres Dienstes erfordert.</p> <p>(2) Das Nähere regelt das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten im Einvernehmen mit dem Finanzministerium.</p> <p style="text-align: center;">Unterabschnitt 4 Straf- und Abschiebungshaftvollzug</p> <p>§ 118 Professorinnen und Professoren</p> <p>...</p> <p>(3) Die Professorinnen und Professoren können den Antrag nach § 35 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 nur bis spätestens 18 Monate vor Ablauf des letzten Monats des Semesters oder Trimesters, in welchem die Altersgrenze erreicht wird, stellen.</p>	<p>(6) Scheidet ein nach Absatz 2 berufenes Mitglied vor Ablauf der Amtszeit aus dem Landesbeamtenausschuss aus, wird ein neues Mitglied nur für den Rest der Amtszeit berufen.</p> <p>Nr. 19 Änderung von § 111:</p> <p>(1) Die uniformierten Polizeivollzugsbeamtinnen oder Polizeivollzugsbeamten erhalten die Bekleidung und Ausrüstung, die die besondere Art ihres Dienstes erfordert.</p> <p>(2) Das Nähere regelt das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten im Einvernehmen mit dem Finanzministerium.</p> <p>Nr. 20 Änderung der Überschrift zu Abschnitt X Unterabschnitt 4:</p> <p style="text-align: center;">Unterabschnitt 4 Justiz und Abschiebungshaftvollzug</p> <p>Nr. 21 Neuer § 114a:</p> <p>§ 114a Dienstliche Beurteilungen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte</p> <p>Das für Justiz zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Verordnung weitere Grundsätze für dienstliche Beurteilungen nach § 59 Absatz 3 für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte zu regeln. Dabei kann bestimmt werden, dass bei einer überwiegenden Tätigkeit in der Verwaltung die für die Beamtinnen und Beamten der allgemeinen Verwaltung geltenden Beurteilungsvorschriften anzuwenden sind.</p> <p>Nr. 22 Änderung von § 118:</p> <p>(3) Abweichend von § 35 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 kann der Eintritt in den Ruhestand auf Antrag der Professorin oder des Professors hinausgeschoben werden, wenn es im dienstlichen Interesse liegt. Den Antrag kann die Professorin oder der Professor nur bis spätestens 18 Mo-</p>
---	--

	<p>nate vor Ablauf des letzten Monats des Semesters oder Trimesters, in welchem die Altersgrenze erreicht wird, stellen.“</p> <p>Nr. 23 Neuer § 129a: § 129a Übergangsregelung für Beamtinnen und Beamte auf Probe in einem Amt mit leitender Funktion der Besoldungsgruppe A 12</p> <p>Bei Beamtinnen und Beamten auf Probe in einem Amt mit leitender Funktion der Besoldungsgruppe A 12 nach § 5 in der bis zum [Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes] geltenden Fassung, wird das Beamtenverhältnis auf Probe nach § 5 in der bis zum [Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes] geltenden Fassung fortgesetzt. Abweichend von § 5 Absatz 1 in der bis zum [Tag vor dem Inkrafttreten des Gesetzes] geltenden Fassung ist das Amt mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu übertragen, wenn die Beamtin oder der Beamte sich in einer Probezeit von mindestens einem Jahr bewährt hat; diese Probezeit kann bei besonderer Bewährung verkürzt werden, jedoch nicht auf weniger als sechs Monate. § 5 Absatz 1 Satz 4 in der bis zum [Tag vor dem Inkrafttreten des Gesetzes] geltenden Fassung bleibt unberührt.</p> <p>Nr. 24 Neuer § 134: § 134 Übergangsregelung für Dienstkleidungsvorschriften nach § 111</p> <p>Aufgrund von § 111 Absatz 2 in der bis zum [Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes] erlassene Dienstkleidungsvorschriften gelten fort, bis sie durch Dienstkleidungsvorschriften nach § 56 ersetzt werden.</p>
<u>Landesrichtergesetz</u>	<p>Artikel 2 – Änderung des Landesrichtergesetzes</p> <p>Nr. 1 Änderung des Inhaltsverzeichnisses: Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Nach der Angabe zu § 85 wird folgende Angabe eingefügt: „Abschnitt V Gleichstellungsbeauftragte für die Justiz § 86 Gleichstellungsbeauftragte für die Justiz“</p> <p>b) Die Angaben zum Zweiten Teil erhalten folgende Fassung:</p>

<p>§ 6 Geltung des Beamtenrechts</p> <p>(1) Soweit das Deutsche Richtergesetz und dieses Gesetz nichts anderes bestimmen, gelten für die Rechtsverhältnisse der Richterinnen und Richter bis zu einer besonderen Regelung die Vorschriften für Landesbeamtinnen und Landesbeamte entsprechend.</p> <p>(2) In Angelegenheiten der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte gehört dem Landesbeamtenausschuß als ständiges Mitglied auch die Leiterin oder der Leiter der Allgemeinen Abteilung des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung an. An die Stelle der übrigen Mitglieder (§ 95 Abs. 3 des Landesbeamtengesetzes) treten fünf Richterinnen oder Richter sowie eine Staatsanwältin oder ein Staatsanwalt als ordentliche und fünf Richterinnen oder Richter sowie eine Staatsanwältin oder ein Staatsanwalt als stellvertretende Mitglieder. Dabei sind die einzelnen Zweige der Gerichtsbarkeiten zu berücksichtigen. Die Berufsorganisationen der Richterinnen und Richter und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte können Vorschläge einreichen; § 95 Abs. 4 des Landesbeamtengesetzes ist anzuwenden. Die Vorschläge müssen mindestens die doppelte Anzahl der Mitglieder sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter enthalten.</p> <p>§ 7b Teilzeitbeschäftigung</p> <p>(1) Richterinnen und Richtern ist auf Antrag Teilzeitbeschäftigung mit mindestens der Hälfte des regelmäßigen Dienstes zu bewilligen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. das Aufgabengebiet des richterlichen Amtes Teilzeitbeschäftigung zulässt, 2. dienstliche Belange nicht entgegenstehen, und 3. die Richterin oder der Richter zustimmt, mit Beginn oder bei Änderung der Teilzeitbeschäftigung und beim Übergang zur Vollzeitbeschäftigung auch in einem anderen Richteramt desselben Gerichtszweiges verwendet zu werden. 	<p>„Zweiter Teil Übergangs- und Schlussvorschriften § 87 Übergangsvorschrift zu § 18 § 88 Wiederaufnahme früherer Verfahren“</p> <p>Nr. 2 Änderung von § 6:</p> <p>- Abs. 1 unverändert</p> <p>(2) Das für Justiz zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Verordnung weitere Grundsätze für dienstliche Beurteilungen der Richterinnen und Richter entsprechend § 59 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes zu regeln.</p> <p>Nr. 3 Änderung von § 7b:</p> <p>- Abs. 1- 2 unverändert</p>
---	---

<p>(2) § 7 Abs. 4 und § 7 a Abs. 3 gelten entsprechend.</p> <p>(3) Unter den gleichen Voraussetzungen des Absatzes 1 kann die Teilzeitbeschäftigung für einen Zeitraum bis zu sieben Jahren auch in der Weise bewilligt werden,</p> <ol style="list-style-type: none">1. dass dabei der Teil, um den der Dienst ermäßigt ist, zu einem ununterbrochenen Zeitraum zusammengefasst wird, der am Ende der bewilligten Teilzeitbeschäftigung liegen muss (Freistellungsphase) oder2. dass am Ende des Bewilligungszeitraums eine Reduzierung des Dienstes steht, die durch eine entsprechend höhere Dienstleistung in der Anfangsphase erbracht wird.	<p>(3) Unter den gleichen Voraussetzungen des Absatzes 1 kann die Teilzeitbeschäftigung für einen Zeitraum bis zu sieben Jahren auch in der Weise bewilligt werden,</p> <ol style="list-style-type: none">1. dass dabei der Teil, um den der Dienst ermäßigt ist, zu einem ununterbrochenen Zeitraum zusammengefasst wird, der am Ende der bewilligten Teilzeitbeschäftigung liegen muss (Freistellungsphase) oder2. dass am Ende des Bewilligungszeitraums eine Reduzierung des Dienstes steht, die durch eine entsprechend höhere Dienstleistung in der Anfangsphase erbracht wird; dabei muss am Ende des Bewilligungszeitraums mindestens 25% des regelmäßigen Dienstes erbracht werden. <p>Nr. 4 Neuer Abschnitt V: Abschnitt V Gleichstellungsbeauftragte für die Justiz</p> <p>§ 86 Gleichstellungsbeauftragte für die Justiz</p> <p>(1) Das für Justiz zuständige Ministerium bestellt aus dem Kreis der Richterinnen und Staatsanwältinnen eine Gleichstellungsbeauftragte für die Justiz sowie eine Vertreterin. Sie nimmt die Aufgaben und Rechte der Gleichstellungsbeauftragten des für Justiz zuständigen Ministeriums wahr, soweit überwiegend Gerichte und Staatsanwaltschaften betroffen sind.</p> <p>(2) Das Vorschlagsrecht aus § 18 Absatz 1 Satz 4 des Gleichstellungsgesetzes vom 13. Dezember 1994 (GVOBl. Schl.-H. S. 562), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 464), Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 16. Januar 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 30), steht den an den Gerichten und Staatsanwaltschaften tätigen Richterinnen, Staatsanwältinnen, Beamtinnen und weiblichen Tarifbeschäftigten zu.“</p> <p>Nr. 5 Folgeänderung zu Nr. 4: Die bisherigen §§ 86 und 87 werden zu §§ 87 und 88.</p>
--	--

<p><u>Besoldungsgesetz</u></p>	<p>Artikel 3 – Änderung des Besoldungsgesetzes Schleswig- Holstein</p> <p>Nr. 1 In der Inhaltsübersicht wird die folgende Überschrift eingefügt: „§ 57a Zulage für Beamtinnen und Beamte am Ausbildungszentrum für Verwaltung mit besonderen Funktionen“</p> <p>Nr. 2 Neuer § 57 a: § 57a Zulage für Beamtinnen und Beamte am Ausbildungszentrum für Verwaltung mit besonderen Funktionen</p> <p>(1) Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen A 14 und A 15, die am Ausbildungszentrum für Verwaltung tätig sind und neben ihren Lehraufgaben an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung das Amt einer Dekanin oder eines Dekans wahrnehmen, erhalten für die Dauer der Bestellung zur Dekanin oder zum Dekan eine Stellenzulage nach Anlage 8.</p> <p>(2) Beamtinnen und Beamte, die am Ausbildungszentrum für Verwaltung tätig sind, erhalten für die Dauer der Bestellung zur stellvertretenden Präsidentin oder zum stellvertretenden Präsidenten der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung eine Stellenzulage nach Anlage 8.</p> <p>Nr. 3 Änderung der Anlage 8: In Anlage 8 wird nach § 56 folgende Angabe eingefügt:</p> <table border="0"> <tr> <td>§ 57a Absatz 1</td> <td>700,00</td> </tr> <tr> <td>§ 57a Absatz 2</td> <td>500,00</td> </tr> </table>	§ 57a Absatz 1	700,00	§ 57a Absatz 2	500,00
§ 57a Absatz 1	700,00				
§ 57a Absatz 2	500,00				
<p><u>Ausbildungszentrums-gesetz</u></p> <p>§ 11 Aufgaben des Kuratoriums</p> <p>(1) Das Kuratorium ist zuständig für alle wichtigen Angelegenheiten des Ausbildungszentrums und seiner Einrichtungen, insbesondere</p>	<p>Artikel 4 – Änderung des Ausbildungszentrums-gesetzes:</p> <p>Nr. 1 In der Inhaltsübersicht wird die folgende Angabe angefügt: „Fünfter Teil Übergangs- und Schlussvorschriften § 35 Übergangsregelung zu §§ 17 und 28“</p> <p>Nr. 2 Änderung von § 11:</p> <p>(1) Das Kuratorium ist zuständig für alle wichtigen Angelegenheiten des Ausbildungszentrums und seiner Einrichtungen, insbesondere</p>				

<p>1. für die Beschlussfassung über den Wirtschafts- oder den Haushaltsplan sowie den Erlass und die Änderung der Gebührensatzung des Ausbildungszentrums,</p> <p>2. für die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung der Beschäftigten des Ausbildungszentrums, Ernennung und Beförderung der Beamtinnen und Beamten, die Zuweisung der Beschäftigten an die Verwaltungsfachhochschule und die Verwaltungsakademie sowie für die Beschlussfassung des Gleichstellungsplanes nach § 8 Abs. 3 ,</p> <p>3. für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der Verwaltungsfachhochschule sowie der Studienleitung der Verwaltungsakademie,</p> <p>4. für die Aufgaben nach § 2 Abs. 3 Satz 3 , soweit dieses Gesetz keine abweichenden Regelungen trifft,</p> <p>5. hat es darauf hinzuwirken, dass die Beschlüsse der Fachbereichsräte die Einheitlichkeit der Strukturen und Anforderungen in den Studiengängen fördern,</p> <p>6. für die Festlegung der Regellehrverpflichtung für die Verwaltungsfachhochschule als Satzung sowie</p> <p>7. für den Erlass und die Änderung der Satzungen und Benutzungsordnungen der Verwaltungsakademie; der Beschluss über die die innere Organisation regelnde Satzung wird mit einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder gefasst,</p> <p>8. für die Festlegung der Grundzüge der Fortbildung, Weiterbildung und Beratung.</p> <p>(2) Das Kuratorium kann Aufgaben auf die Fachbereichsräte, den Ausbildungsausschuss, die Verwaltungsfachhochschule, die Verwaltungsakademie und die Leitung des Ausbildungszentrums übertragen.</p> <p>(3) Das Kuratorium ist der gesetzliche Vertreter des Ausbildungszentrums und handelt durch seine Vorsitzende oder seinen Vorsitzenden oder die Stellvertretung.</p> <p>(4) Erklärungen, durch die das Ausbildungszentrum verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Dies gilt nicht für Geschäfte der laufenden Verwaltung. Die Geschäfte nach Satz</p>	<p>1. für die Beschlussfassung über den Wirtschafts- oder den Haushaltsplan sowie den Erlass und die Änderung der Gebührensatzung des Ausbildungszentrums,</p> <p>2. für die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung der Beschäftigten des Ausbildungszentrums, Ernennung und Beförderung der Beamtinnen und Beamten, die Zuweisung der Beschäftigten an die Verwaltungsfachhochschule und die Verwaltungsakademie sowie für die Beschlussfassung des Gleichstellungsplanes nach § 8 Abs. 3 ,</p> <p>3. für die Regelung der Grundsätze und des Verfahrens für dienstliche Beurteilungen für den Bereich der Verwaltung und des Lehrpersonals,</p> <p>4. für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der Verwaltungsfachhochschule sowie der Studienleitung der Verwaltungsakademie,</p> <p>5. für die Aufgaben nach § 2 Abs. 3 Satz 3 , soweit dieses Gesetz keine abweichenden Regelungen trifft,</p> <p>6. hat es darauf hinzuwirken, dass die Beschlüsse der Fachbereichsräte die Einheitlichkeit der Strukturen und Anforderungen in den Studiengängen fördern,</p> <p>7. für die Festlegung der Regellehrverpflichtung für die Verwaltungsfachhochschule als Satzung sowie</p> <p>8. für den Erlass und die Änderung der Satzungen und Benutzungsordnungen der Verwaltungsakademie; der Beschluss über die die innere Organisation regelnde Satzung wird mit einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder gefasst,</p> <p>9. für die Festlegung der Grundzüge der Fortbildung, Weiterbildung und Beratung.</p> <p>- Abs. 2- 4 unverändert</p>
---	--

<p>2 werden durch Beschluss des Kuratoriums bestimmt.</p> <p>§ 17 Dienstherr</p> <p>(1) Das Ausbildungszentrum hat Dienstherrnfähigkeit.</p> <p>(2) Es ist berechtigt, die Präsidentin oder den Präsidenten der Verwaltungsfachhochschule sowie die hauptamtlich tätigen Lehrkräfte auch zu Beamtinnen und Beamten auf Zeit für die Dauer von bis zu sechs Jahren, in begründeten Ausnahmefällen bis zu zehn Jahren zu ernennen. Soweit Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit des Landes zu Beamtinnen und Beamten auf Zeit des Ausbildungszentrums ernannt werden, bleibt ihr Beamtenverhältnis zum Land neben dem Beamtenverhältnis zum Ausbildungszentrum bestehen; die Beamtinnen und Beamten sind für die Dauer des Beamtenverhältnisses auf Zeit unter Fortfall der Dienstbezüge zu beurlauben.</p> <p>(3) Das Beamtenverhältnis auf Zeit der hauptamtlichen Lehrkräfte kann verlängert werden. Daneben findet § 117 Abs. 5 LBG sinngemäß auf hauptamtliche Lehrkräfte der Verwaltungsakademie Anwendung.</p> <p>§ 28 Lehrkräfte</p> <p>(1) Für die Verleihung von Bezeichnungen, die den Amtsbezeichnungen der Lehrkräfte an staatlichen Hochschulen entsprechen, stellt das Kuratorium den nach § 77 HSG notwendigen Antrag. Dabei dürfen auch Mitglieder der Verwaltungsfachhochschule berücksichtigt werden. Zur Vorbereitung des Antrags nach Satz 1 kann ein Ausschuss aus Vertreterinnen und Vertretern des Ausbildungszentrums, der Verwaltungsfachhochschule und weiteren sachverständigen Personen gebildet werden. Dabei müssen Frauen zu mindestens einem Drittel vertreten sein. Näheres regelt das Kuratorium durch Beschluss. Das Recht, die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ zu führen, wird auf die Dauer der Verwendung an der Verwaltungsfachhochschule begrenzt; § 63 Abs. 3 Satz 2 HSG findet keine Anwendung.</p>	<p>Nr. 3 Änderung von § 17:</p> <p>- Abs. 1 unverändert</p> <p>(2) Das Ausbildungszentrum kann als hauptamtlich tätige Lehrkräfte Beamtinnen und Beamte in Laufbahnen der Fachrichtungen nach § 13 Absatz 2 Landesbeamtengesetz einstellen, die den Fachrichtungen entsprechen, für die nach § 19 Absatz 1 Studiengänge angeboten werden oder in denen nach § 32 ausgebildet wird.</p> <p>(3) Das Beamtenverhältnis auf Zeit der hauptamtlichen Lehrkräfte kann verlängert werden. Daneben findet § 117 Abs. 5 LBG sinngemäß auf hauptamtliche Lehrkräfte der Verwaltungsakademie Anwendung.</p> <p>Nr. 4 Änderung von § 28:</p> <p>- Abs. 1 unverändert</p>
---	---

<p>(2) Zur Sicherstellung der nach § 94 HSG geforderten anwendungsbezogenen Lehre können an der Verwaltungsfachhochschule auch Lehrkräfte tätig sein, die die Voraussetzungen für die Einstellung als Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nicht erfüllen. Lehrkräfte nach Satz 1 müssen ein abgeschlossenes Hochschulstudium in der geforderten Fachrichtung oder eine gleichwertige Vor- und Ausbildung, eine langjährige entsprechende berufliche Tätigkeit sowie pädagogische und didaktische Eignung nachweisen. Die Vorschriften des Landesbeamtengesetzes für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer im Sinne des § 116 LBG finden entsprechende Anwendung. Abweichend von § 117 Abs. 6 LBG treten Lehrkräfte, die zu Beamtinnen und Beamten auf Zeit ernannt wurden, mit Ablauf ihrer Amtszeit in den Ruhestand, wenn sie in keinem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu einem anderen Dienstherrn stehen; dies gilt nicht, wenn sich die Beamtin oder der Beamte nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Beamtenstatusgesetzes aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit entlassen lässt.</p> <p>(3) Hauptamtliche Lehrkräfte an der Verwaltungsfachhochschule nach Absatz 2 gehören der Mitgliedergruppe entsprechend § 13 Abs. 1 Nr. 1 HSG an. Ihre Aufgaben bestimmen sich entsprechend § 60 HSG.</p> <p>(4) Die nebenamtlichen Lehrkräfte sind Lehrbeauftragte entsprechend § 66 HSG und gehören der Mitgliedergruppe entsprechend § 13 Abs. 1 Nr. 2 HSG mit aktivem und passivem Wahlrecht an.</p>	<p>(2) Als hauptamtliche Lehrkräfte an der Verwaltungsfachhochschule sollen Personen eingestellt werden, die die Voraussetzungen des § 61 HSG erfüllen. Abweichend hiervon können zur Sicherstellung der nach § 94 HSG geforderten anwendungsbezogenen Lehre auch Personen als hauptamtliche Lehrkräfte eingestellt werden, die ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder eine gleichwertige Vor- und Ausbildung in der jeweiligen Fachrichtung, eine langjährige entsprechende berufliche Tätigkeit sowie pädagogische und didaktische Eignung nachweisen. Für die Einstellung hauptamtlicher Lehrkräfte im Beamtenverhältnis bedarf es der Laufbahnbefähigung für die Laufbahngruppe 2 in der jeweiligen Fachrichtung.</p> <p>- Abs. 3- 4 unverändert</p> <p>Nr. 5 neuer 5. Teil (§ 35): Fünfter Teil Übergangs- und Schlussvorschriften</p> <p>§ 35 Übergangsregelung zu §§ 17 und 28</p> <p>(1) Für Lehrkräfte, die sich am <i>[Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes]</i> in einem Beamtenverhältnis auf Zeit befinden, ohne zugleich in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu einem anderen Dienstherrn zu stehen, gelten die §§ 17 und 28 in der bis zum <i>[Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes]</i> geltenden Fassung mit der Maßgabe fort, dass das Beamtenverhältnis auf Zeit in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit</p>
--	--

	<p>umzuwandeln ist, wenn die Lehrkräfte sich mindestens drei Jahre in einem Beamtenverhältnis auf Zeit befunden und darin bewährt haben. § 7 Absatz 6 Landesbeamtengesetz findet keine Anwendung.</p> <p>(2) Für Beamtinnen und Beamte des Landes, die am [Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes] nach § 17 Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2 in der bis zum [Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes] geltenden Fassung beurlaubt sind, gelten die §§ 17 und 28 in der bis zum [Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes] geltenden Fassung bis zum Ablauf ihrer Beurlaubung fort.</p>
<p>Allgemeine Laufbahnverordnung</p> <p>§ 4 Befähigung, Erwerb der Befähigung</p> <p>(1) Der Erwerb der Befähigung für eine Laufbahn eröffnet der Beamtin oder dem Beamten den Zugang zu allen Ämtern ihrer oder seiner Laufbahn. Satz 1 gilt nicht, wenn eine bestimmte Vorbildung, Ausbildung oder Prüfung für bestimmte Ämter der Laufbahn</p> <p>1. durch besondere Rechtsvorschrift vorgeschrieben ist, 2. aufgrund der Eigenart der wahrzunehmenden Aufgaben erforderlich ist oder 3. lediglich einen partiellen Zugang aufgrund der Richtlinie 2005/36/EG nach § 31 Absatz 3 ermöglicht.</p>	<p>Artikel 5 – Änderung der Allgemeinen Laufbahnverordnung</p> <p>Nr. 1 Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Nach der Überschrift zu § 27 wird die folgende Überschrift eingefügt: „§ 27a Praxisaufstieg“</p> <p>b) Die Überschrift zu § 41 wird wie folgt gefasst: „§ 41 Bewertungsskala, Richtwerte“</p> <p>c) Die Überschrift zu § 42 wird wie folgt gefasst: „§ 42 Beurteilungsrichtlinien, Ausnahmen“</p> <p>Nr.2 Änderung von § 4:</p> <p>(1) Der Erwerb der Befähigung für eine Laufbahn eröffnet der Beamtin oder dem Beamten den Zugang zu allen Ämtern ihrer oder seiner Laufbahn. Satz 1 gilt nicht, 1. wenn eine bestimmte Vorbildung, Ausbildung oder Prüfung für bestimmte Ämter der Laufbahn a) durch besondere Rechtsvorschrift vorgeschrieben ist, b) aufgrund der Eigenart der wahrzunehmenden Aufgaben erforderlich ist oder c) lediglich einen partiellen Zugang aufgrund der Richtlinie 2005/36/EG¹⁾ nach § 31 Absatz 3 ermöglicht, 2. bei einer im Rahmen des Aufstiegs nach § 27a erworbenen, auf bestimmte Ämter beschränkten Befähigung.</p>

<p>(2) Die Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber erwerben die Befähigung für ihre Laufbahn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. durch Erfüllen der vorgeschriebenen Bildungsvoraussetzungen und hauptberufliche Tätigkeit, 2. durch Erfüllen der Bildungsvoraussetzungen, Ableisten des Vorbereitungsdienstes und, soweit vorgeschrieben, durch Bestehen der Laufbahnprüfung, 3. durch Erfüllen der Bildungsvoraussetzungen und Abschluss einer inhaltlich dem Vorbereitungsdienst entsprechenden abgeschlossenen beruflichen Ausbildung oder Fortbildung (§ 14 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b LBG), soweit dies durch Verordnung nach § 25 Absatz 2 Satz 2 LBG geregelt ist, 4. durch Feststellung der Befähigung nach § 19 Abs. 4 Satz 1, 5. durch Zuerkennung der Befähigung (§ 16 Abs. 2), 6. nach den Vorschriften über den Aufstieg (§§ 25 bis 27), 7. nach den Vorschriften über den Laufbahnwechsel (§ 6), 8. durch Anerkennung bei einem anderen Dienstherrn (§ 15 LBG) oder 9. durch Anerkennung von Berufsqualifikationen nach der Richtlinie 2005/36/EG (§§ 30 bis 38c). <p>(3) Andere Bewerberinnen und andere Bewerber erwerben die Befähigung für ihre Laufbahn nach § 17 LBG.</p> <p>§ 7 Probezeit (§ 19 LBG)</p> <p>(1) Die Probezeit dient der Bewährung für die Laufbahn. Sie soll insbesondere erweisen, dass die Beamtin oder der Beamte nach Einarbeitung die übertragenen Aufgaben erfüllt und zugleich erste Erkenntnisse vermitteln, für welche Verwendung die Beamtin oder der Beamte besonders geeignet erscheint. Die Beamtin oder der Beamte soll während der Probezeit in unterschiedlichen Aufgabengebieten eingesetzt werden. Bestandteil der Bewährung ist die erfolgreiche Teilnahme an verpflichtenden Fortbildungsmaßnahmen, die unter Berücksichtigung</p>	<p>(2) Die Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber erwerben die Befähigung für ihre Laufbahn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. durch Erfüllen der vorgeschriebenen Bildungsvoraussetzungen und der sonstigen Voraussetzungen nach § 14 LBG, 2. durch Erfüllen der Bildungsvoraussetzungen, Ableisten des Vorbereitungsdienstes und, soweit vorgeschrieben, durch Bestehen der Laufbahnprüfung, 3. durch Erfüllen der Bildungsvoraussetzungen und Abschluss einer inhaltlich dem Vorbereitungsdienst entsprechenden abgeschlossenen beruflichen Ausbildung oder Fortbildung (§ 14 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b LBG), soweit dies durch Verordnung nach § 25 Absatz 2 Satz 2 LBG geregelt ist, 2. durch Feststellung der Befähigung nach § 19 Abs. 4 Satz 1, 3. durch Zuerkennung der Befähigung (§ 16 Abs. 2), 4. nach den Vorschriften über den Aufstieg (§§ 25 bis 27), 5. nach den Vorschriften über den Laufbahnwechsel (§ 6), 6. durch Anerkennung der bei einem anderen Dienstherrn erworbenen Laufbahnbefähigung (§ 15 Absatz 2 LBG) oder 7. durch Anerkennung von Berufsqualifikationen nach der Richtlinie 2005/36/EG (§§ 30 bis 38c) <p>- Abs. 3 unverändert</p> <p>Nr. 3 Änderung von § 7:</p> <p>(1) Die Probezeit dient der Bewährung für die Laufbahn. Sie soll insbesondere erweisen, dass die Beamtin oder der Beamte nach Einarbeitung die übertragenen Aufgaben erfüllt und zugleich erste Erkenntnisse vermitteln, für welche Verwendung die Beamtin oder der Beamte besonders geeignet erscheint. Die Beamtin oder der Beamte soll während der Probezeit in unterschiedlichen Aufgabengebieten eingesetzt werden. Bestandteil der Bewährung ist die erfolgreiche Teilnahme an verpflichtenden Fortbildungsmaßnahmen, die unter Berücksichtigung</p>
--	--

<p>der erworbenen Laufbahnbefähigung, der bisher wahrgenommenen hauptberuflichen Tätigkeiten und der bisherigen Qualifizierungsmaßnahmen festzulegen sind. Die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde kann die zum Abschluss der Probezeit in der Laufbahn zu fordernden fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten regeln. In einer Laufbahn der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, sollen von der Probezeit mindestens sechs Monate außerhalb einer obersten Bundes- oder Landesbehörde abgeleistet werden; Zeiten nach Absatz 2 können angerechnet werden.</p> <p>(2) Die Zeit einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge ist keine Probezeit. Die Zeit einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. für die Tätigkeit in öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtungen oder zur Übernahme von Aufgaben der Entwicklungshilfe, 2. für sonstige Tätigkeiten, die überwiegend dienstlichen Interessen oder öffentlichen Belangen dienen, <p>gilt als Probezeit, soweit die Tätigkeit nach Art und Bedeutung der Tätigkeit in der Laufbahn gleichwertig ist und das Vorliegen der Voraussetzungen spätestens bei Gewährung der Beurlaubung von der obersten Dienstbehörde schriftlich festgestellt wurde. Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident bestimmt, für welche Einrichtungen nach Satz 1 Nr. 1 die Feststellung zulässig ist. Die Mindestprobezeit nach § 19 Abs. 2 Satz 3 LBG ist außerhalb einer solchen Beurlaubung abzuleisten.</p> <p>(3) Die Anrechnung von Zeiten hauptberuflicher Tätigkeiten innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes nach § 19 Abs. 2 LBG darf nur in dem Umfang erfolgen, der die ordnungsgemäße Feststellung der Bewährung gewährleistet. Dabei werden Tätigkeiten in einem Kirchenbeamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Probe wie Zeiten im Beamtenverhältnis mit Dienstbezügen behandelt.</p>	<p>der erworbenen Laufbahnbefähigung, der bisher wahrgenommenen hauptberuflichen Tätigkeiten und der bisherigen Qualifizierungsmaßnahmen festzulegen sind. Die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde kann die zum Abschluss der Probezeit in der Laufbahn zu fordernden fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten regeln. In einer Laufbahn der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, können von der Probezeit mindestens sechs Monate außerhalb einer obersten Bundes- oder Landesbehörde abgeleistet werden; Zeiten nach Absatz 2 können angerechnet werden.</p> <p>- Abs. 2 unverändert</p> <p>(3) Die Anrechnung von Zeiten hauptberuflicher Tätigkeiten innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes nach § 19 Abs. 2 LBG darf nur in dem Umfang erfolgen, der die ordnungsgemäße Feststellung der Bewährung gewährleistet. Dabei werden Tätigkeiten in einem Kirchenbeamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Probe, in einem Dienstverhältnis nach §§ 144 und 145 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung (SGB VII) oder in einem Arbeitsverhältnis bei einem Spitzenverband oder einer Arbeitsgemeinschaft nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Sozialgesetzbuches Sechstes Buch – Gesetzliche Rentenversiche-</p>
---	--

<p>(4) Wird einer Bewerberin oder einem Bewerber mit der Ernennung zur Beamtin oder zum Beamten auf Probe gleichzeitig ein Amt mit leitender Funktion nach § 5 LBG übertragen, endet mit dem erfolgreichen Abschluss der zweijährigen Probezeit nach § 5 Abs. 1 LBG auch die laufbahnrechtliche Probezeit nach Absatz 1.</p> <p>§ 12 Nachteilsausgleich</p> <p>(1) Als Nachteilsausgleich nach § 23 Absatz 3 LBG werden auf Antrag je Kind die tatsächliche Verzögerung bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren, bei mehreren Kindern insgesamt höchstens drei Jahre berücksichtigt. Zeiten der Betreuung eines Kindes werden jeweils nur bei einer Person zum Ausgleich gebracht. Werden in einem Haushalt mehrere Kinder gleichzeitig betreut, wird für denselben Zeitraum der Ausgleich nur einmal gewährt.</p> <p>(2) Absatz 1 gilt entsprechend bei der tatsächlichen Pflege einer oder eines nach ärztlichen Gutachten pflegebedürftigen Angehörigen, insbesondere aus dem Kreis der Eltern, Großeltern, Schwiegereltern, Ehegatten, eingetragenen Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner, Geschwister sowie volljährigen Kinder und im Falle eines Ausgleichs nach § 23 Absatz 4 LBG.</p> <p>§ 14 Hauptberufliche Tätigkeit</p> <p>(1) Als Zugangsvoraussetzung nach § 14 LBG können hauptberufliche Tätigkeiten innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes nur berücksichtigt werden, soweit sie nach Erwerb der Bildungsvoraussetzungen abgeleistet wurden. Die hauptberuflichen Tätigkeiten müssen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Vorbildung entsprechen, 2. nach ihrer Art und Bedeutung der Tätigkeit einer Beamtin oder eines Beamten mindestens im betreffenden Einstiegsamt der Laufbahn 	<p>runge (SGB VI), für das beamten-rechtliche Vorschriften gelten, wie Zeiten in einem Beamtenverhältnis mit Dienstbezügen behandelt. Für die Berücksichtigung hauptberuflicher Tätigkeiten gilt § 14 Absatz 1 entsprechend. Dabei können nur Zeiten hauptberuflicher Tätigkeiten auf die Probezeit angerechnet werden, die nicht bereits bei der Feststellung der Laufbahnbefähigung berücksichtigt worden sind.</p> <p>- Abs. 4 unverändert</p> <p>Nr. 4 Änderung von § 12:</p> <p>(1) Als Nachteilsausgleich nach § 23 Absatz 3 LBG werden von Amts wegen je Kind die tatsächliche Verzögerung bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren, bei mehreren Kindern insgesamt höchstens drei Jahre berücksichtigt. Zeiten der Betreuung eines Kindes werden jeweils nur bei einer Person zum Ausgleich gebracht. Werden in einem Haushalt mehrere Kinder gleichzeitig betreut, wird für denselben Zeitraum der Ausgleich nur einmal gewährt.</p> <p>- Abs. 2 unverändert.</p> <p>Nr. 5 Änderung von § 14:</p> <p>- Abs. 1- 4 unverändert</p>
---	---

<p>gleichwertig sein und</p> <p>3. die Eignung zur selbständigen Tätigkeit in der betreffenden Laufbahn vermitteln.</p> <p>(2) Die hauptberufliche Tätigkeit nach Absatz 1 ist nachzuweisen</p> <p>1. für das zweite Einstiegsamt einer Laufbahn der Laufbahngruppe 1 mindestens in einem Umfang von einem Jahr und sechs Monaten und</p> <p>2. für eine Laufbahn der Laufbahngruppe 2 in einem Umfang von zwei Jahren und sechs Monaten.</p> <p>Auf die hauptberufliche Tätigkeit nach Satz 1 Nr. 2 kann die Zeit einer nichthauptberuflichen wissenschaftlichen Tätigkeit, die nach erfolgreichem Abschluss des Hochschulstudiums (§ 20 Abs. 2) abgeleistet worden ist, in einem Umfang von höchstens zwölf Monaten angerechnet werden.</p> <p>(3) Für Ärztinnen und Ärzte beträgt die Dauer der hauptberuflichen Tätigkeit abweichend von Absatz 2 mindestens ein Jahr.</p> <p>(4) Über die Anerkennung hauptberuflicher Tätigkeiten nach den Absätzen 1 bis 3 entscheidet die oberste Dienstbehörde; sie stellt unter Berücksichtigung der Bildungsvoraussetzungen und der hauptberuflichen Tätigkeiten die Befähigung für die Laufbahn fest. In Zweifelsfällen entscheidet die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde.</p> <p>(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, wenn an Stelle eines für die Laufbahn geregelten Vorbereitungsdienstes eine hauptberufliche Tätigkeit nachgewiesen wird.</p> <p>§ 18 Bildungsvoraussetzungen</p> <p>(1) Für eine Laufbahn der Laufbahngruppe 1 ist als Bildungsvoraussetzung für das erste Einstiegsamt der Erste allgemeinbildende Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungstand nachzuweisen. Bewerberinnen und Bewerber für die Laufbahn Technische Dienste müssen außerdem die vorgeschriebenen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten nachweisen durch Zeugnisse über</p> <p>1. mindestens die Gesellenprüfung in einem der</p>	<p>(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, wenn an Stelle eines für die Laufbahn geregelten Vorbereitungsdienstes eine hauptberufliche Tätigkeit nachgewiesen wird.</p> <p>Nr. 6 Änderung von § 18:</p> <p>(1) Für eine Laufbahn der Laufbahngruppe 1 ist als Bildungsvoraussetzung für das erste Einstiegsamt der Erste allgemeinbildende Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungstand nachzuweisen. Bewerberinnen und Bewerber für die Laufbahn Technische Dienste müssen außerdem die vorgeschriebenen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten nachweisen durch Zeugnisse über</p> <p>1. mindestens die Gesellenprüfung in einem der</p>
---	--

<p>betreffenden Fachrichtung entsprechenden Handwerk oder eine entsprechende Abschlussprüfung im Sinne des § 37 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), zuletzt geändert durch Artikel 15 Abs. 90 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), oder</p> <p>2. eine zum Erwerb dieser Fähigkeiten und Kenntnisse ausreichende hauptberufliche Tätigkeit.</p> <p>(2) Für die Laufbahngruppe 1 sind für das zweite Einstiegsamt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ein Mittlerer Schulabschluss oder der Real- schulabschluss oder 2. der Erste allgemeinbildende Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss und eine förderliche abgeschlossene Berufsausbildung oder 3. der Erste allgemeinbildende Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss und eine abgeschlossene Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis oder 4. ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand nachzuweisen. <p>(3) Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident stellt im Einvernehmen mit dem für Bildung zuständigen Ministerium fest, ob ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 4 vorliegt.</p> <p>(4) Die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde kann Ausnahmen von Absatz 2 Satz 2 zulassen.</p> <p>§ 27 Bewährungsaufstieg</p> <p>(1) Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die ihre Laufbahn durchlaufen und 2. die den Nachweis einer breiten Verwendung erbracht haben, <p>können zum Aufstieg zugelassen werden, wenn sie in mindestens zwei Beurteilungen die höchste Bewertungsstufe erreicht haben, wobei mindestens die letzte Beurteilung im Endamt der Laufbahn erfolgt sein muss. Zum Nachweis der breiten Verwendung nach Satz 1 Nummer 2</p>	<p>betreffenden Fachrichtung entsprechenden Handwerk oder eine entsprechende Abschlussprüfung im Sinne des § 37 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), zuletzt geändert durch Artikel 15 Abs. 90 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), oder</p> <p>2. eine zum Erwerb dieser Fähigkeiten und Kenntnisse ausreichende hauptberufliche Tätigkeit.</p> <p>(2) Für die Laufbahngruppe 1 sind für das zweite Einstiegsamt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ein Mittlerer Schulabschluss oder der Real- schulabschluss oder 2. der Erste allgemeinbildende Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss und eine förderliche abgeschlossene berufliche Ausbildung oder 3. der Erste allgemeinbildende Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss und eine abgeschlossene Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis oder 4. ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand nachzuweisen. <p>- Abs. 3 unverändert</p> <p>(4) Die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde kann Ausnahmen von Absatz 2 Satz 2 zulassen.</p> <p>Nr. 7 Änderung von § 27:</p> <p>(1) Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt, die</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ihre Laufbahn durchlaufen, 2. den Nachweis einer breiten Verwendung erbracht und 3. in mindestens einer Regelbeurteilung sowie einer weiteren Beurteilung im Endamt der Laufbahn mindestens die zweithöchste Bewertungsstufe erreicht haben, <p>können zum Aufstieg in die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt nach Absatz 2 bis 5 oder zum Aufstieg in die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt für Ämter bis zur Besoldungsgruppe A 11 nach § 27a zugelassen werden. Zum Nachweis der breiten Verwendung nach</p>
--	--

<p>sind mindestens zwei sich voneinander unterscheidende Dienstposten für eine Dauer von jeweils mindestens zwei Jahren wahrzunehmen.</p> <p>(2) Die Beamtinnen und Beamten müssen nach der Zulassung zum Aufstieg mindestens drei Jahre ununterbrochen selbständig Aufgaben der Laufbahngruppe 2 ihrer Fachrichtung wahrnehmen und sich dabei bewähren. In dieser Zeit müssen die Beamtinnen und Beamten an geeigneten theoretischen Veranstaltungen zur Aufstiegsfortbildung von insgesamt mindestens 400 Stunden Dauer teilnehmen. Am Ende der Aufstiegsfortbildung ist eine Prüfung abzulegen. Die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde kann Einzelheiten der Aufstiegsfortbildung und der abschließenden Prüfung in der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung regeln.</p> <p>(3) Die oberste Dienstbehörde stellt den erfolgreichen Abschluss der Bewährung fest. Bei der Entscheidung ist das Ergebnis der Prüfung nach Absatz 2 zu berücksichtigen. Mit der Feststellung wird die Befähigung für die neue Laufbahn erworben. Bis zur Verleihung eines Amtes der neuen Laufbahn verbleiben die Beamtinnen und Beamten in ihrer bisherigen Rechtsstellung. Beamtinnen und Beamte, die sich nicht bewährt haben, treten in die frühere Beschäftigung zurück.</p>	<p>Satz 1 Nummer 2 sollen mindestens zwei Dienstposten unterschiedlicher Aufgabengebiete für eine Dauer von jeweils mindestens zwei Jahren wahrgenommen werden.</p> <p>(2) Die Beamtinnen und Beamten müssen nach der Zulassung zum Aufstieg mindestens zwei Jahre ununterbrochen selbständig Aufgaben der Laufbahngruppe 2 ihrer Fachrichtung wahrnehmen und sich dabei bewähren. In dieser Zeit müssen die Beamtinnen und Beamten an geeigneten theoretischen Veranstaltungen zur Aufstiegsfortbildung von insgesamt mindestens 400 Stunden Dauer teilnehmen. Am Ende der Aufstiegsfortbildung ist eine Prüfung abzulegen. Die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde kann Einzelheiten der Aufstiegsfortbildung und der abschließenden Prüfung in der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung regeln. Nach Maßgabe der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen kann von der Aufstiegsfortbildung abgesehen werden, wenn ein mindestens gleichwertiger mit einer Prüfung abgeschlossener Lehrgang, der in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung zu benennen ist, vor der Zulassung zum Aufstieg absolviert wurde. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen können bestimmen, dass Lehrgänge oder Teile von Lehrgängen auf die Aufstiegsfortbildungen angerechnet werden, soweit diese geeignet sind, Teile der Aufstiegsfortbildung zu ersetzen.</p> <p>- Abs. 3 unverändert</p> <p>(4) Ist mit der Verleihung eines Amtes der neuen Laufbahn gleichzeitig eine Beförderung in das erste Beförderungsamts vorgesehen, muss das Einstiegsamt der neuen Laufbahn nicht durchlaufen werden. § 20 Absatz 2 Nummer 2 LBG bleibt unberührt.</p>
--	---

<p>(4) § 25 Absatz 2 und 7 gilt entsprechend.</p>	<p>(5) § 25 Absatz 2 und 7 gilt entsprechend.</p> <p>(6) Beamtinnen und Beamte, die den Praxisaufstieg nach § 27a absolviert und sich mindestens ein Jahr in einem Amt der Besoldungsgruppe A 11 bewährt haben, können zum Bewährungsaufstieg nach Absatz 1 bis 5 zugelassen werden. Die Bewährungszeit nach § 27a Absatz 1 Satz 2 kann im Umfang von bis zu zwölf Monaten auf die Bewährungszeit nach Absatz 2 Satz 1 angerechnet werden. Die Verpflichtung zur erfolgreichen Teilnahme an der Aufstiegsfortbildung und –prüfung nach Absatz 2 Satz 2 und 3 bleibt hiervon unberührt. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen können bestimmen, dass Fortbildungsmaßnahmen nach § 27a Absatz 1 Satz 2 bis zu 200 Stunden auf den Umfang der Aufstiegsfortbildung nach Absatz 2 Satz 2 angerechnet werden können, wenn sie den Inhalten der Aufstiegsfortbildung entsprechen.</p> <p>Nr. 8 Neuer § 27a: § 27a Praxisaufstieg</p> <p>(1) Zum Erwerb der Laufbahnbefähigung für eine Laufbahn der Laufbahngruppe 2 für Ämter bis zur Besoldungsgruppe A 11 müssen die Beamtinnen und Beamten nach der Zulassung zum Aufstieg mindestens zwei Jahre ununterbrochen selbständig Aufgaben der Laufbahngruppe 2 ihrer Fachrichtung wahrnehmen und sich dabei bewähren. In dieser Zeit müssen die Beamtinnen und Beamten an geeigneten Fortbildungsmaßnahmen nach § 11 Absatz 2 Satz 1 im Umfang von insgesamt mindestens 200 Stunden Dauer teilnehmen. Die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde kann Einzelheiten der Fortbildung in der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung regeln. Dabei kann sie auch regeln, in welchem Umfang bereits vor der Bewährungszeit absolvierte Fortbildungen auf die Fortbildungen nach Satz 2 angerechnet werden können.</p> <p>(2) Die oberste Dienstbehörde stellt den erfolgreichen Abschluss der Bewährung fest. Mit der Feststellung wird die Befähigung für die neue Laufbahn bis zum Erreichen eines Amtes der Besoldungsgruppe A 11 erworben. Bis zur Verleihung eines Amtes der neuen Laufbahn verbleiben die Beamtinnen und Beamten in ihrer bis-</p>
---	---

<p>§ 28 In anderen Ländern oder beim Bund erworbene Befähigung</p> <p>In den Fällen des § 15 Abs. 2 LBG entscheidet die oberste Dienstbehörde über Notwendigkeit und Durchführung der Einführungsfortbildung (§ 11 Abs. 2 Nr. 1). In Zweifelsfällen ist die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde zu beteiligen.</p> <p>§ 39 Dienstliche Beurteilung, Allgemeines</p> <p>(1) Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Beamtin oder des Beamten sind regelmäßig alle drei Jahre, mindestens aber alle fünf Jahre zu beurteilen (Regelbeurteilung).</p> <p>(2) Von der Regelbeurteilung sind Beamtinnen und Beamte ausgenommen, 1. die eine Probezeit ableisten,</p>	<p>herigen Rechtsstellung. Beamtinnen und Beamte, die sich nicht bewährt haben, treten in die frühere Beschäftigung zurück. (3) § 25 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 7 sowie § 27 Absatz 4 gelten entsprechend.</p> <p>Nr. 9 Neufassung von § 28: § 28 In anderen Ländern oder beim Bund erworbene Befähigung</p> <p>(1) Soweit die Versetzung einer Beamtin oder eines Beamten oder die Einstellung einer Bewerberin oder eines Bewerbers beabsichtigt ist, die oder der nach den Vorschriften eines anderen Landes oder des Bundes die Laufbahnbefähigung erworben hat, entscheidet die oberste Dienstbehörde, welcher Laufbahn und welchem Einstiegsamt innerhalb der Laufbahn nach § 13 LBG die erworbene Laufbahnbefähigung zuzuordnen ist und erteilt hierüber eine Feststellung. In Zweifelsfällen ist die für die Gestaltung der Laufbahn zuständige oberste Landesbehörde zu beteiligen. Mit der Feststellung wird die Laufbahnbefähigung erworben.</p> <p>(2) In der Feststellung ist anzugeben, ob Einführungsfortbildungen im Sinne von § 15 Absatz 2 Satz 2 LBG in Verbindung mit § 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 erforderlich sind. Die Festlegung der zusätzlichen Fortbildungsmaßnahmen kann durch gesonderte Entscheidung erfolgen. Bei der Entscheidung, ob und in welchem Umfang zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen erforderlich sind, ist auf die Ausbildung, die zum Erwerb der bisherigen Laufbahnbefähigung geführt hat, alle sonstigen Qualifikationen sowie die bisher wahrgenommenen hauptberuflichen Tätigkeiten abzustellen.</p> <p>(3) Soweit Einführungsfortbildungen erforderlich sind, ist deren Abschluss Voraussetzung für eine Beförderung oder den Aufstieg.</p> <p>Nr. 10 Änderung von § 39:</p> <p>(1) Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Beamtin oder des Beamten sind regelmäßig alle drei Jahre, mindestens aber alle fünf Jahre zu beurteilen (Regelbeurteilung).</p> <p>(2) Von der Regelbeurteilung sind Beamtinnen und Beamte ausgenommen.</p>
--	---

<p>2. die sich in einer Einführungszeit oder Bewährungszeit befinden (Aufstieg),</p> <p>3. denen ein Amt oberhalb der Besoldungsgruppe B 2 verliehen worden ist,</p> <p>4. die in ein Beamtenverhältnis auf Zeit berufen sind,</p> <p>5. die am Beurteilungsstichtag bereits länger als ein Jahr beurlaubt sind oder</p> <p>6. die einer Laufbahn der Laufbahngruppe 1, erstes Einstiegsamt, angehören, soweit die oberste Dienstbehörde nichts anderes bestimmt.</p> <p>(3) Beurteilungen aus besonderem Anlass sind</p> <p>1. vor jeder Ernennung,</p> <p>2. während der Probezeit,</p> <p>3. vor der Zulassung zum Aufstieg,</p> <p>4. vor Ablauf der Einführungs- oder der Bewährungszeit nach §§ 10 a, 25, 26 und 27,</p> <p>5. vor Beginn einer mindestens dreimonatigen Beurlaubung, wenn die letzte Beurteilung zum Beurlaubungsbeginn länger als zwölf Monate zurückliegt, oder</p> <p>6. wenn sonstige dienstliche oder persönliche Verhältnisse es erfordern, zu fertigen.</p> <p>In den Fällen des Satzes 1 Nr. 1 und 3 soll von einer Beurteilung abgesehen werden, wenn die letzte Beurteilung weniger als drei Jahre zurückliegt. Abweichend von Satz 2 ist eine Beurteilung zu fertigen, wenn</p> <p>1. seit der letzten Beurteilung erhebliche Änderungen, insbesondere in Bezug auf das Amt der Beamtin oder des Beamten, eingetreten sind oder</p> <p>2. bei einer beabsichtigten Ernennung das Alter der Beurteilungen der Bewerberinnen und Bewerber mehr als drei Jahre voneinander abweicht.</p> <p>Liegt im Fall des Satzes 1 Nr. 5 die letzte Beurteilung zum Beurlaubungsbeginn höchstens zwölf Monate zurück, so ist die Beurteilung zu diesem Zeitpunkt zu aktualisieren.</p> <p>(4) Regelbeurteilungen und Beurteilungen aus besonderem Anlass sind frühestens nach einer</p>	<p>1. die eine Probezeit ableisten,</p> <p>2. die sich in einer Einführungs- oder Bewährungszeit nach §§ 6, 10 a, 25, 26, 27 oder 27a befinden,</p> <p>3. denen ein Amt oberhalb der Besoldungsgruppe B 2 verliehen worden ist,</p> <p>4. die in ein Beamtenverhältnis auf Zeit berufen sind,</p> <p>5. die am Beurteilungsstichtag bereits länger als ein Jahr beurlaubt sind oder</p> <p>6. die einer Laufbahn der Laufbahngruppe 1, erstes Einstiegsamt, angehören, soweit die oberste Dienstbehörde nichts anderes bestimmt.</p> <p>(3) Beurteilungen aus besonderem Anlass sind</p> <p>1. vor jeder Ernennung,</p> <p>2. während der Probezeit,</p> <p>3. vor der Zulassung zum Aufstieg nach §§ 25, 26, 27 oder 27a,</p> <p>4. vor Ablauf der Einführungs- oder der Bewährungszeit nach §§ 6, 10 a, 25, 26, 27 oder 27a; in der Einführungszeit ist eine Anlassbeurteilung auch bei Wechsel der Beschäftigungsbehörde zu erstellen,“</p> <p>5. vor Beginn einer mindestens dreimonatigen Beurlaubung, wenn die letzte Beurteilung zum Beurlaubungsbeginn länger als zwölf Monate zurückliegt, oder</p> <p>6. wenn sonstige dienstliche oder persönliche Verhältnisse es erfordern, zu fertigen.</p> <p>In den Fällen des Satzes 1 Nr. 1 und 3 soll von einer Beurteilung abgesehen werden, wenn die letzte Beurteilung weniger als drei Jahre zurückliegt. Abweichend von Satz 2 ist eine Beurteilung zu fertigen, wenn</p> <p>1. seit der letzten Beurteilung erhebliche Änderungen, insbesondere in Bezug auf das Amt der Beamtin oder des Beamten, eingetreten sind oder</p> <p>2. bei einer beabsichtigten Ernennung das Alter der Beurteilungen der Bewerberinnen und Bewerber mehr als drei Jahre voneinander abweicht.</p> <p>Liegt im Fall des Satzes 1 Nr. 5 die letzte Beurteilung zum Beurlaubungsbeginn höchstens zwölf Monate zurück, so ist die Beurteilung zu diesem Zeitpunkt zu aktualisieren.</p> <p>- Abs. 4- 5 unverändert</p>
--	--

<p>sechsmoatigen Wahrnehmung der übertragene Aufgaben zu erstellen; dies gilt nicht für Beurteilungen vor einer Ernennung.</p> <p>(5) Nach Vollendung des 57. Lebensjahres wird eine Regelbeurteilung nur auf Antrag der Beamtin oder des Beamten erstellt.</p> <p>(6) Die Beurteilung ist der Beamtin oder dem Beamten in ihrem vollen Wortlaut zu eröffnen und auf Verlangen mit ihr oder ihm zu besprechen. Die Beurteilung ist zusammen mit dem Vermerk über die Eröffnung zur Personalakte zu nehmen.</p> <p>§ 40 Inhalt der Beurteilung</p> <p>(1) Die dienstliche Beurteilung erstreckt sich auf Leistung und Befähigung. Die Leistungsbeurteilung soll sich besonders auf Arbeitsgüte und Arbeitsweise erstrecken; sie schließt mit einer Leistungsbewertung ab. Eine Zusammenfassung der Leistungsbewertung und der Befähigungsbewertung zu einem Gesamturteil ist nicht erforderlich.</p> <p>Qualifizierungsmaßnahmen (§ 9 Abs. 1) sind in der Beurteilung aufzuführen. Die dienstliche Beurteilung kann einen Vorschlag für die weitere dienstliche Verwendung und für die Teilnahme an Personalentwicklungsmaßnahmen enthalten; die oberste Dienstbehörde kann abweichende Regelungen treffen.</p>	<p>(6) Bei Beamtinnen und Beamten, die sich in Elternzeit mit vollständiger Freistellung von der Tätigkeit oder in einem Urlaub ohne Dienstbezüge nach § 62 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 LBG befinden und für die keine aktuelle dienstliche Beurteilung vorliegt, ist die letzte Regelbeurteilung unter Berücksichtigung des seinerzeit angelegten Maßstabs und der durchschnittlichen Entwicklung vergleichbarer Beamtinnen und Beamter fiktiv fortzuschreiben. Die Fortschreibung darf sich auf längstens drei Regelbeurteilungszeiträume erstrecken.</p> <p>(7) Die Beurteilung ist der Beamtin oder dem Beamten in ihrem vollen Wortlaut zu eröffnen und auf Verlangen mit ihr oder ihm zu besprechen. Die Beurteilung ist zusammen mit dem Vermerk über die Eröffnung zur Personalakte zu nehmen.</p> <p>Nr. 11 Änderung von § 40:</p> <p>(1) Die dienstliche Beurteilung erstreckt sich auf Eignung, Leistung und Befähigung (Leistungsbeurteilung und Befähigungsbewertung). Mit der Leistungsbeurteilung werden die dienstlichen Aufgaben erfasst und die Arbeitsergebnisse (Arbeitsleistung) bewertet. Bewertungsmaßstab ist das statusrechtliche Amt; die Anforderungen der im Beurteilungszeitraum übertragenen Aufgaben sind dabei zu berücksichtigen. Die Leistungsbeurteilung soll sich besonders auf Arbeitsmenge, Arbeitsgüte und Arbeitsweise erstrecken. Sie schließt mit einer Leistungsbewertung (Gesamturteil) ab. In der Befähigungsbewertung werden die im dienstlichen Umgang gezeigten Fähigkeiten und Kenntnisse differenziert bewertet, die für die dienstliche Verwendung und berufliche Entwicklung von Bedeutung sind. Eine Zusammenfassung der Leistungsbewertung und der Befähigungsbewertung zu einem Gesamturteil erfolgt nicht. Qualifizierungsmaßnahmen (§ 9 Abs. 1) sind in der</p>
---	--

<p>(2) Bei der dienstlichen Beurteilung schwerbehinderter Beamtinnen und Beamten ist eine etwaige Minderung der Einsatz- und Verwendungsfähigkeit durch die Behinderung zu berücksichtigen.</p> <p>§ 41 Richtwerte für die Leistungsbewertung</p> <p>Bei der Leistungsbewertung können Richtwerte für die prozentuale Verteilung der einzelnen Bewertungsstufen festgelegt werden. Bei Beamtinnen und Beamten des Landes soll der Anteil von Angehörigen eines Amtes, die beurteilt werden, in der höchsten Stufe insgesamt 10 % nicht überschreiten. In den Beurteilungsrichtlinien für die Landesverwaltung können Regelungen über die Verteilung weiterer Bewertungsstufen getroffen werden. Ist die Bildung von Vergleichsgruppen für die Anwendung der Richtwerte wegen zu geringer Fallzahlen nicht möglich, sind die Beurteilungen in geeigneter Weise zu differenzieren.</p> <p>§ 42 Ausnahmen für Beamtinnen und Beamte in der Rechtspflege und für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte</p> <p>Für die Beurteilung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte finden die §§ 39 bis 41 keine Anwendung.</p>	<p>Beurteilung aufzuführen. Die dienstliche Beurteilung soll sich auch auf die weitere dienstliche Verwendung erstrecken; sie kann einen Vorschlag für die Teilnahme an Personalentwicklungsmaßnahmen enthalten.</p> <p>- Abs. 2 unverändert.</p> <p>Nr. 12 Neufassung von §§ 41 und 42:</p> <p>§ 41 Bewertungsskala, Richtwerte</p> <p>(1) In der Leistungsbeurteilung wird in einer mindestens fünfstufigen Bewertungsskala bewertet, in welcher Ausprägung die zu stellenden Anforderungen erfüllt, nicht erfüllt, oder übertroffen werden. Bei der Leistungsbewertung ist eine Binnendifferenzierung (oberer und unterer Bereich) zulässig. Die Leistungsbewertung soll verbal begründet werden.</p> <p>(2) Bei der Leistungsbewertung können Richtwerte für die prozentuale Verteilung der einzelnen Bewertungsstufen festgelegt werden. Bei Beamtinnen und Beamten des Landes soll der Anteil von Angehörigen eines Amtes, die beurteilt werden, in der höchsten Stufe insgesamt 10 % nicht überschreiten. Ist die Bildung von Vergleichsgruppen für die Anwendung der Richtwerte wegen zu geringer Fallzahlen nicht möglich, sind die Beurteilungen in geeigneter Weise zu differenzieren.</p> <p>§ 42 Beurteilungsrichtlinien, Ausnahmen</p> <p>(1) Die zuständige oberste Dienstbehörde kann nähere Bestimmungen treffen. Sie kann dazu Beurteilungsrichtlinien erlassen; für die Landesverwaltung kann hierzu eine Vereinbarung nach § 59 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG Schl.-H.) getroffen werden. Die oberste Dienstbehörde kann ihre Befugnis auf andere Stellen übertragen.</p> <p>(2) In den Bestimmungen nach Absatz 1 können Einzelheiten zu den §§ 39 bis 41 und zum Beur-</p>
--	--

	<p>teilungsverfahren geregelt werden, insbesondere über</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Festlegung einzelner Bewertungsmerkmale,2. die konkrete Ausgestaltung der Beurteilungsskala für die Leistungsbeurteilung,3. die Festlegung von Richtwerten für die Leistungsbewertung,4. die Bewertung der Ausprägung der für die Befähigungsbewertung relevanten Bewertungsmerkmale,5. die Mehrstufigkeit des Beurteilungsverfahrens (Erstbeurteilung und Zweitbeurteilung),6. die Zuständigkeit der Beurteilerinnen und Beurteiler,7. die Koordinierung der Beurteilungen,8. Beurteilungsgespräche und9. die Bekanntgabe der Beurteilungen. <p>In den Beurteilungsrichtlinien für die Landesverwaltung können ferner über § 41 Absatz 2 Satz 2 hinaus Regelungen über die Verteilung weiterer Bewertungsstufen getroffen werden.</p> <p>(3) Soweit es die besonderen Verhältnisse einer Laufbahn erfordern, können in den Laufbahnverordnungen nach § 25 Absatz 2 Satz 2 LBG von den §§ 39 bis 41 abweichende Regelungen getroffen werden. Im Bereich der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts mit und ohne Gebietshoheit und der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts kann von § 40 Absatz 1 Satz 7 und von § 41 Absatz 1 abgewichen werden.</p>
	<p>Artikel 6 Inkrafttreten</p> <p>(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 5 Nummer 10 Buchstabe a am 1. Juli 2023 in Kraft.</p>